

Europol- Jahresbericht

Allgemeiner Bericht über die Tätigkeiten von Europol

Den Haag, 7. Mai 2012 Aktenzeichen 1423-74r2

Inhalt

Vorwort

Zusammenfassung

1. Über Europol

- 1.1 Auftrag, Schwerpunkte und Vision
- 1.2 Ressourcen
- 1.3 Neuer Sitz von Europol

2. Arbeitsweise von Europol

- 2.1 Nationale Europol-Stellen
- 2.2 Verwaltungsrat von Europol
- 2.3 Sichere Kommunikationsinfrastruktur
- 2.4 Europol-Informationssystem
- 2.5 SIENA (Secure Information Exchange Network Application)
- 2.6 Analyse von Straftaten
- 2.7 EU-Kompetenzzentrum für die Strafverfolgung
- 2.8 Datenschutzbeauftragter

3. Operative Tätigkeiten von Europol

- 3.1 Drogen
- 3.2 Menschenhandel
- 3.3 Beihilfe zur illegalen Einwanderung
- 3.4 Computerkriminalitätszentrum von Europol
- 3.5 Kriminalität im Zusammenhang mit geistigem Eigentum
- 3.6 Zigarettenschmuggel
- 3.7 Euro-Fälschung
- 3.8 Mehrwertsteuerbetrug
- 3.9 Geldwäsche und Aufspüren von Vermögenswerten
- 3.10 Mobile Gruppierungen der organisierten Kriminalität
- 3.11 Kriminelle Motorradgangs
- 3.12 Terrorismus

4. Reichweite von Europol

- 4.1 Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten
- 4.2 Externe Zusammenarbeit von Europol
- 4.3 European Police Chiefs Convention

5. Ausblick auf künftige Zielsetzungen

- 5.1 Strategie und Ziele
- 5.2 Ausblick

Anhang 1: Kriminalitätsschwerpunktgebiete in der EU

Vorwort

Die Handlungen von Netzwerken der organisierten Kriminalität (OK; Organised Crime, OC) sind heute wesentlich komplexer, vielfältiger und internationaler als je zuvor. Terroristen nehmen verstärkt Ereignisse im weit entfernten Ausland zum Anlass für grenzüberschreitende Verschwörungen zur Vorbereitung von Angriffen. Im Zuge der immer stärkeren Verbreitung von Breitbandinternet und mobilen Geräten ist von einer anhaltenden Zunahme der Internetgestützten organisierten Kriminalität auszugehen, was zu "neuen" Straftätern und "neuen" Opfern in Gegenden der Welt führen wird, in denen der Internetzugang bislang eingeschränkt war. Trotz größter Bemühungen lokaler und nationaler Strafverfolgungsbehörden innerhalb der gesamten EU können diese keine umfassenden Erfolge verzeichnen, wenn sie allein agieren. Ein multilateraler Ansatz ist daher unabdingbar, und in diesem Zusammenhang steigt die Anerkennung für die zentrale Rolle von Europol.

Der Europol-Jahresbericht 2011¹ bietet die Möglichkeit zur Bestandsaufnahme in Bezug auf die erzielten Leistungen, aber auch zur Betrachtung der Herausforderungen und Möglichkeiten, die vor uns liegen. Ich habe den Eindruck, dass die Tätigkeiten von Europol an Einfluss gewinnen, und zwar durch die zunehmende Einbeziehung seitens unserer operativen Partner in Verbindung mit dem wachsenden Interesse unserer strategischen Interessenträger.

Die Eröffnung unseres neuen Sitzes in Den Haag zählt zu den Highlights des Jahres 2011. Das fantastische neue Gebäude wurde zweckorientiert konzipiert und verfügt über modernste Ausstattung, beispielsweise für unser operatives Zentrum, das mit der Koordinierung des Austauschs kriminalpolizeilicher Erkenntnisse mit unseren internationalen Partnern im Bereich der Strafverfolgung betraut ist. Unsere neuen Räumlichkeiten wurden erstmals im Zuge des Anschlags in Norwegen mit seinen tragischen Folgen auf die Probe gestellt, als Europol sein First Response Network (FRN, Ersthilfenetz) aktivieren musste. Über das FRN wurden Sachverständige für die Terrorismusbekämpfung aus acht EU-Mitgliedstaaten angefordert, um die Ermittlungen in Norwegen gezielt zu unterstützen.

Hierbei handelt es sich nur um ein Beispiel der Kerntätigkeit von Europol: den Strafverfolgungsbehörden der EU rund um die Uhr operative Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2011 sind wir dieser Aufgabe im Zusammenhang mit mehr als 13 500 grenzübergreifenden Fällen nachgekommen, dies entspricht einem Anstieg von mehr als 17 % im Vergleich zum Jahr 2010. Die enge Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern im Bereich der Strafverfolgung hat zu einer Vielzahl erfolgreicher Operationen und zur Aufdeckung von Netzwerken des organisierten Verbrachens geführt, von denen einige im vorliegenden Jahresbericht beschrieben werden.

Auf der zeitgleich mit der Einweihung des neuen Sitzes stattfindenden Tagung der europäischen Polizeichefs (European Police Chiefs Convention) kamen Minister, leitende Strafverfolgungsbeamte, Sachverständige und Vertreter unserer zusammen. Im Anschluss an umfassende Debatten wurden gemeinsame Schlussfolgerungen sowie Richtlinien für die künftige Bekämpfung und Vermeidung von schwerer organisierter Kriminalität und Terrorismus in Europa verabschiedet. Auf diese wird in den Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität (OCTA) in der EU eingehend Bezug genommen. Dieses Dokument bildet die Grundlage für das erste Paket von Prioritäten, die im Rahmen des neuen EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität vereinbart wurden, in dem Europol eine wichtige Rolle spielt. Im Januar 2012 beginnen die EU-Mitgliedstaaten und die Partneragenturen in der EU mit der Umsetzung multilateraler operativer Aktionspläne für diese als vorrangig eingestuften Kriminalitätsbereiche.

_

Das Dokument Europol-Jahresbericht – Allgemeiner Bericht über die Tätigkeiten von Europol wird gemäß Artikel 37 Absatz 10 Buchstabe c des Ratsbeschlusses zu Europol erstellt. Der Bericht wird dem Rat der Europäischen Union zur Genehmigung vorgelegt und dann zur Information an das Europäische Parlament weitergeleitet.

Die Europäische Kommission beabsichtigt, auf Grundlage von Artikel 88 des Vertrags von Lissabon einen Vorschlag über einen neuen Rechtsstatus für Europol vorzulegen. Meiner Meinuna nach ist dies eine hervorragende Gelegenheit, die demokratische Rechenschaftspflicht von Europol weiter zu verbessern und außerdem die Wirksamkeit von Europol als Agentur zu steigern. Der erste Schritt ist die bereits aufgenommene unabhängige Evaluierung der Umsetzung der derzeitigen Rechtsgrundlage von Europol, nämlich des Ratsbeschlusses zu Europol (Europol Council Decision, ECD). Mit dieser Evaluierung sollen die erforderlichen Erkenntnisse aus der Umsetzung des Europol-Ratsbeschlusses gewonnen und weiteres Verbesserungspotenzial im Bereich der Tätigkeiten von Europol ermittelt werden.

Ganz gleich, was die Zukunft für uns bereithält: Die Schwächung internationaler krimineller und terroristischer Netzwerke bleibt auch weiterhin die zentrale Aufgabe von Europol. Die im vorliegenden Europol-Jahresbericht 2011 enthaltenen Informationen belegen, dass wir so gut aufgestellt sind wie nie zuvor, um den derzeitigen Herausforderungen in der Strafverfolgung zu begegnen, d. h., wir sind auch für künftige Herausforderungen bestens gerüstet.

Wainwright Direktor von Europol

Zusammenfassung

Die Aufgabe von Europol ist es, zur Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden der EU eine Plattform für den Austausch und die Analyse kriminalpolizeilicher Erkenntnisse bereitzustellen, um die Sicherheit in Europa für alle EU-Bürger zu erhöhen.

Der Europol-Jahresbericht beinhaltet Informationen über die Tätigkeiten und Erfolge der Agentur für die umfangreiche Gemeinschaft der Interessenträger von Europol. Hierzu zählt beispielsweise, die Mitgliedstaaten und Organe der EU beim Erreichen politischer Ziele zu unterstützen, sich als Organisation weiterzuentwickeln und vor allem, die Handlungen von Straftätern aus dem Bereich der organisierten Kriminalität und von Terroristen zu unterbinden.

1. Über Europol

Aus organisatorischer Sicht war der Umzug an den neuen Sitz das wichtigste Ereignis des Jahres 2011. Der vorliegende Bericht beinhaltet Informationen über die Verlegung der Mitarbeiter und des Geschäftsbetriebs von Europol in das neue Gebäude. Hierbei handelte es sich um ein groß angelegtes Unterfangen, dem ein erheblicher logistischer Planungs- und Verwaltungsaufwand vorausging, damit die operative Leistungsfähigkeit von Europol während des gesamten Umzugs gewahrt werden konnte. Die neuen Räumlichkeiten sowie die dort verfügbare professionelle Ausstattung entsprechen der von Europol zu erfüllenden Anforderung, in den Bereichen Technologie und Innovation vorausschauend und proaktiv zu handeln, um sich auf dem Gebiet der Strafverfolgung einen strategischen Vorteil zu verschaffen.

2. Arbeitsweise von Europol

Kompetenz im Bereich der Strafverfolgung

Im vorliegenden Bericht wird die Europol-interne Entwicklung neuer Instrumente für die Zusammenarbeit beschrieben, z. B. der Europol-Sachverständigenplattform (Europol Platform for Experts, EPE), die als Online-Plattform für Fachleute aus der Praxis mit Schwerpunktgebieten wie Zeugenschutz, Entführung und Mord fungieren soll. Derartige Instrumente gestatten die Zusammenarbeit und den Austausch von Ideen über das Internet. Auch neue Online-Plattformen für andere Fachgebiete, die derzeit entwickelt werden, sind im vorliegenden Bericht aufgeführt.

Das EU-Netz der Beraterteams (European Network of Advisory Teams, EuNAT) bietet eine permanente Verbindung zu Strafverfolgungsbehörden, um die unmittelbare Zusammenarbeit in Notfällen und Krisensituationen zu ermöglichen. Die zugehörigen Teams sind in Kriminalitätsbereichen wie Entführungen, Umgang mit Informanten, Zeugenschutz usw. aktiv. Ausführliche Informationen enthält der entsprechende Abschnitt des vorliegenden Berichts.

Rund um die Uhr einsatzbereit

Das rund um die Uhr verfügbare operative Europol-Zentrum ist die zentrale Anlaufstelle für den Datenaustausch zwischen Europol, den Mitgliedstaaten und Dritten. Dieser Jahresbericht beinhaltet weitere Informationen über dieses Zentrum und die neuen Einsatzräume von Europol.

Alle operativen und IKT-basierten Dienste von Europol stehen den Mitgliedstaaten ständig zur Verfügung. Darüber hinaus bietet das mobile office im Rahmen von Operationen der Mitgliedstaaten Unterstützung vor Ort über eine Echtzeitverbindung zu den Datenbanken und Sachverständigenplattformen von Europol.

Im Jahr 2011 konnte im Bereich der Bereitstellung operativer Unterstützung ein Anstieg von 17 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Von den Ermittlern, die bei Operationen von Europol unterstützt wurden, hat das Europäische Polizeiamt durchweg positive Rückmeldungen erhalten. Ausführliche Informationen und Statistiken zum Bereich der operativen Unterstützung bietet Abschnitt 3 des vorliegenden Berichts.

Kommunikation

Die wichtigsten Plattformen, über die Mitgliedstaaten und operative Partner mit Europol interagieren können, sind das Europol-Informationssystem (Europol Information System, EIS) und die Netzanwendung für den sicheren Informationsaustausch (Secure Information Exchange Network Application, SIENA). In diesem Bericht wird erläutert, wie die verschiedenen von Europol bereitgestellten Kommunikationsinstrumente die Mitgliedstaaten beim Erreichen ihrer Ziele im Bereich der Strafverfolgung unterstützen.

Analyse

Die Analysemöglichkeiten von Europol stützen sich auf hoch qualifizierte Analysten, die zur Unterstützung von Strafverfolgungsbehörden innerhalb der gesamten EU und darüber hinaus modernste Technologien einsetzen. Im vorliegenden Bericht werden das Europol-Analysesystem (Europol Analysis System, EAS), das Netzwerk für Computerforensik (Computer Forensic Network, CFN) sowie die wesentlichen Bestandteile des Ressourcenpakets für operative Analysten beschrieben.

Auch die strategische Analyse zählt zu den Eckpfeilern des Ansatzes von Europol. Unter die wichtigsten Berichte fallen der Tendenz- und Lagebericht über den Terrorismus in der EU (TE-SAT), der Informationen über die Terrorismussituation für das Europäische Parlament und den Rat beinhaltet, und die Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität (OCTA) in der EU, bei der es sich um einen wesentlichen Bestandteil des europäischen Modells der kriminalpolizeilichen Erkenntnisgewinnung (European Criminal Intelligence Model, ECIM) handelt, das wiederum die Grundlage für die Ermittlung von vorrangig zu behandelnden Kriminalitätsbereichen in der EU bildet. Der OCTA wurde in seiner derzeitigen Fassung im Jahr 2011 letztmalig veröffentlicht, und die Arbeiten an einer verbesserten Methodik für eine Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität (Serious and Organised Crime Threat Assessment, SOCTA) als Teil des neuen EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität haben begonnen.

3. Operative Tätigkeiten von Europol

Im Lauf des Jahres 2011 hat Europol Strafverfolgungsbehörden in der gesamten EU bei der Bekämpfung von Kriminalität in allen Mandatsbereichen unterstützt. In Kapitel 3 sind Ergebnisse und spezifische Informationen zur Art der gewährten Unterstützung sowie Informationen zum Ausgang zahlreicher polizeilicher Operationen in ganz Europa und teilweise sogar im internationalen Ausland aufgeführt.

3.1 Drogen

Die operative Unterstützung von Europol umfasst die Koordinierung und Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen im Bereich der Drogenkriminalität sowie die Unterstützung der EU-Strafverfolgungsbehörden vor Ort bei der Aufdeckung illegaler Drogenproduktionsstätten und das Sammeln von Beweisen. Das Europol Illicit Laboratory Comparison System (EILCS, Europol-System für den Vergleich von illegalen Labors) und das Europol Synthetic Drug System (ESDS, Europol-System zu synthetischen Drogen) sind zwei der Instrumente, die bei derartigen Operationen zum Einsatz kommen und im vorliegenden Bericht erwähnt werden. Zu den von den Behörden beschlagnahmten Drogen zählen Kokain, Amphetamine, Cannabis, Ecstasy und Heroin.

Im vorliegenden Bericht werden einige Operationen ausführlicher vorgestellt, in deren Rahmen besondere Erfolge bei der Bekämpfung von Drogen verzeichnet werden konnten, z. B. **Operation De-Bads** (Amphetamine, Cannabis, Ecstasy), **Operation Aigle 35/Vortice Due** (Kokain), **Operation Salonica** (Kokain und Cannabis), **Teilprojekt Watani** (Heroin) und **Operation Mango** (Cannabis und Euro-Fälschungen).

3.2 Menschenhandel

Im Jahr 2011 hat Europol 22 umfangreiche Ermittlungen gegen Schleuserringe aktiv unterstützt. In einigen dieser Fälle erfolgte die operative Unterstützung durch die Entsendung des mobile office (Laptop mit VPN-Tunnel) von Europol. Besonderes Augenmerk gebührt der **Operation Veerde** mit Beteiligung der Tschechischen Republik und des Vereinigten Königreichs, die zu elf Festnahmen führte.

3.3 Beihilfe zur illegalen Einwanderung

Im Jahr 2011 hat Europol neun groß angelegte europäische Operationen unterstützt, deren Ziele kriminelle Netzwerke waren, die Beihilfe zur illegalen Einwanderung leisten. Zu diesen Operationen zählten **Operation Cestia** (Einschleusung afghanischer Staatsbürger), **Operation Schwarz/White** (Einschleusung vietnamesischer Staatsbürger) und **Operation Truck** (Einschleusung chinesischer Staatsbürger). Darüber hinaus ist Europol an zwei gemeinsamen Ermittlungsgruppen (GEG; Joint Investigation Teams, JIT) beteiligt, die im Bereich der Beihilfe zur illegalen Einwanderung ermitteln. Ausführliche Informationen enthält der entsprechende Abschnitt des vorliegenden Berichts.

3.4 Computerkriminalitätszentrum von Europol

Das Zentrum für Hightech-Kriminalität (High Tech Crime Centre, HTCC) von Europol wurde im Jahr 2002 eingerichtet. Durch die Erweiterung des Zentrums durch Fachkenntnisse aus weiteren Spezialgebieten ging im Jahr 2011 das Computerkriminalitätszentrum von Europol (Europol Cyber Crime Centre) hervor. Dank dieser Weiterentwicklung können Fachleute für Online-Kriminalität in Kriminalitätsbereichen, in denen das Internet eine Schlüsselrolle spielt (sexuelle Ausbeutung von Kindern, Zahlungskartenbetrug und Computerkriminalität) gezieltere und wirksamere Gegenmaßnahmen ergreifen. Im Jahr 2011 Europol verschiedene groß angelegte Operationen auf dem Computerkriminalität (auch "Cyberkriminalität") unterstützt, darunter die Operationen Crossbill (Malware) und Mariposa II (Butterfly-Bots). Im Zusammenhang mit der internetbasierten Ausbeutung von Kindern unterstützte Europol die Operation Rescue bei dem erfolgreichen Versuch, die Tätigkeiten eines weltweiten Netzes von Kinderschändern zu unterbinden. An dem Fall, der in den Medien größte Beachtung fand, waren 14 Länder beteiligt, und die Ermittlungen dauern noch an. Bei der Operation Icarus handelt es sich um eine ähnliche Operation, an der 23 Länder beteiligt sind.

3.5 Kriminalität im Zusammenhang mit geistigem Eigentum

Europol ist an Tätigkeiten zur Unterstützung, Schulung und Sensibilisierung für Mitgliedstaaten im Bereich von Verstößen gegen Rechte des geistigen Eigentums (Intellectual Property Rights, IPR) beteiligt, zu dem auch Teilbereiche wie nachgeahmte Lebensmittel und Pestizide zählen. Die erfolgreiche **Operation Opson** (zehn Länder) im Zusammenhang mit nachgeahmten Lebensmitteln und Getränken wird im vorliegenden Bericht beschrieben. Europol unterstützte außerdem die **Operation Leatherface** (Spanien).

3.6 Zigarettenschmuggel

Europol unterstützt Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung der illegalen Herstellung und Verbreitung von Zigaretten und Tabakerzeugnissen, durch die der EU jährlich Verluste in Höhe von etwa 10 Mrd. EUR an entgangenen Einnahmen entstehen. Im Rahmen der **Operation Tsar** (sechs Länder) gelang die Zerschlagung eines umfangreichen kriminellen Netzwerks, das nachgeahmte Zigaretten aus der Ukraine in das Vereinigte Königreich schmuggelte.

3.7 Euro-Fälschung

Der Auftrag von Europol beinhaltet die Prävention und Bekämpfung von Geldfälschung, daher bietet das Amt eine breite Palette von Instrumenten und Dienstleistungen für diesen Bereich,

die im vorliegenden Bericht beschrieben werden. Im Rahmen der **Operation Gazeta** (Polen) wurde eine der größten Falschgelddruckereien in Europa aufgedeckt, und mit dem Ergebnis der **Operation Chipmunk** konnten die belgischen Behörden einen Erfolg verzeichnen. Europol beteiligte sich außerdem an der gemeinsamen Ermittlungsgruppe **Limón**, deren Aufgabe die Bekämpfung von Euro-Fälschungen und des Skimmings von Kreditkarten ist.

3.8 Mehrwertsteuerbetrug

Schätzungen zufolge verzeichnen die EU-Mitgliedstaaten jährlich Verluste in Höhe von etwa 60 Mrd. EUR, die auf Mehrwertsteuerbetrug zurückzuführen sind. Innergemeinschaftlicher Mehrwertsteuerbetrug durch verschwundene Händler (Missing Trader Intra-Community, MTIC) – auch als Mehrwertsteuer-Karusselbetrug bezeichnet – ist eine Form des organisierten Steuerbetrugs, die sich gegen die Mehrwertsteuerregelungen von EU-Mitgliedstaaten richtet. Das Europol-Analyseprojekt betreffend MTIC-Betrug ist die einzige Datenbank auf EU-Ebene mit strafrechtlich relevanten Informationen zu diesem Phänomen. Im Laufe des Jahres 2011 unterstützte Europol im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug die **Operation Jacquo New**.

3.9 Geldwäsche und Aufspüren von Vermögenswerten

Durch Handlungen der organisierten Kriminalität erzielen Straftäter illegale Einnahmen in großer Höhe. Europol unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche sowie beim Aufspüren illegal erworbener Vermögenswerte. Unter anderem war Europol im Jahr 2011 an der **Operation Spectre II** beteiligt, die in diesem Bericht vorgestellt wird.

3.10 Mobile Gruppierungen der organisierten Kriminalität

Mobile Gruppierungen der organisierten Kriminalität (Mobile Organised Crime Groups, MOCG) sind im Jahr 2011 verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Sie sind in erster Linie an Betrugsfällen und Beschaffungskriminalität beteiligt. Europol unterstützte sowohl EU-Mitgliedstaaten als auch Nicht-EU-Länder bei den vier in diesem Bericht beschriebenen grenzüberschreitenden Operationen gegen MOCG.

3.11 Kriminelle Motorradgangs

Das Europol-Spezialprojekt Monitor dient der Vermeidung und Bekämpfung der gesetzeswidrigen Handlungen krimineller Motorradgangs (Outlaw Motorcycle Gangs, OMCGs). Europol unterstützt seine Partner im Bereich der Strafverfolgung bei der polizeilichen Überwachung von Großveranstaltungen von Motorradfahrern, z. B. dem HAMC (Hells Angels Motorcycle Club) World Run in Laconia (USA).

3.12 Terrorismus

Terrorismus stellt immer noch eine ernste Bedrohung für die Europäische Union dar. Auch im Jahr 2011 hat Europol den Mitgliedstaaten eine Reihe von Produkten und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt, die ihnen bei der Bekämpfung des Terrorismus helfen sollen. Die Unterstützung von Europol wird in Form von Analysen und Analyseinstrumenten, Bewertungen der Bedrohungslage, Informationsaustausch und dem jährlichen Tendenz- und Lagebericht über den Terrorismus in der EU (TE-SAT) bereitgestellt, in dem Daten und Fakten über Festnahmen in der EU im Zusammenhang mit Terrorismus sowie neue Tendenzen bei terroristischen Handlungen zusammengefasst werden.

Der vorliegende Bericht bietet außerdem Informationen über das First Response Network (FRN, Ersthilfenetz) von Europol, das Europäische Netz für die Beseitigung von Explosivstoffen (European Explosive Ordnance Disposal Units Network, EEODN) und das Europäische Bombendatensystem (EBDS). Zu den sonstigen Spezialgebieten zählen u. a. das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (Terrorism Finance Tracking Programme (TFTP) und die Initiative "Check the Web".

4. Reichweite von Europol

Europol hat eine rund um die Uhr verfügbare Echtzeitverbindung zu den nationalen Europol-Stellen in allen 27 EU-Mitgliedstaaten eingerichtet und organisiert regelmäßig Schulungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen, "Roadshows" und Seminare, um das Wissen über seine Dienste und sein Fachwissen zu verbessern.

Europol arbeitet außerdem extern mit 18 Nicht-EU-Ländern, neun EU-Organen und - Agenturen sowie drei weiteren internationalen Organisationen zusammen, die alle im vorliegenden Bericht genannt werden. Die Zusammenarbeit mit Interpol und EU-Agenturen wie Eurojust, CEPOL und Frontex gestattet es Europol, seine Reichweite um ein Vielfaches auszudehnen.

5. Ausblick auf künftige Zielsetzungen

Die Europol-Strategie 2010-2014 wird auch weiterhin als Bezugsrahmen für das Tagesgeschäft dienen, um die optimale Unterstützung für die Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung in der EU zu gewährleisten.

Die Beteiligung von Europol an der Umsetzung der EU-Strategie der inneren Sicherheit verläuft aufgrund von durch den Vertrag von Lissabon bedingten Änderungen, dem neuen Rechtsstatus als EU-Agentur seit dem Jahr 2010, aber auch dank der eigenen Strategie und verbesserter Kapazitäten der Agentur deutlich kohärenter.

Im Jahr 2011 wurde unter der Aufsicht des Verwaltungsrats mit der Evaluierung der Umsetzung des Europol-Ratsbeschlusses sowie der Tätigkeiten von Europol begonnen. Die Ergebnisse dieser Bewertung werden nach der voraussichtlichen Fertigstellung im Jahr 2012 bei der Erstellung einer Folgenabschätzung der Europäischen Kommission sowie schließlich der Erarbeitung eines Vorschlags für eine künftige Europol-Verordnung berücksichtigt werden, die den Beschluss des Rates ersetzen soll.

Ungeachtet neuer politischer Möglichkeiten bleibt der Hauptzweck von Europol die Unterstützung der europäischen Strafverfolgungsgemeinschaft bei der Aufdeckung und Verhinderung von Gruppierungen der schweren organisierten Kriminalität und des Terrorismus. Die Strafverfolgungsgemeinschaft als Ganzes muss weiterhin neue Strategien, Instrumente und Taktiken erarbeiten, um mit den globalen Entwicklungen Schritt zu halten und den Straftätern einen Schritt voraus zu sein.

Angesichts der zunehmenden Raffinesse krimineller Handlungen wären lokale oder nationale Bemühungen, im Alleingang gegen die internationale organisierte Kriminalität oder den internationalen Terrorismus vorzugehen, nur von mäßigem Erfolg gekrönt. Europol kann jedoch gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten und Partnerorganisationen bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit der EU eine immer bedeutendere Rolle spielen.

Eine gestärkte Europol-Behörde ist gleichbedeutend mit einer höheren Zahl von Ermittlungserfolgen und verbessertem Schutz für die EU-Bürger vor den Bedrohungen durch die schwere internationale Kriminalität und den Terrorismus.

1. Über Europol

1.1 Auftrag, Schwerpunkte und Vision

Als Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union hat Europol den Auftrag, die Mitgliedstaaten bei der Prävention und Bekämpfung aller Formen schwerer internationaler Kriminalität und des Terrorismus zu unterstützen. Die Aufgabe von Europol ist es, zum Nutzen aller EU-Bürger die Sicherheit in Europa zu erhöhen und zur Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden der EU den Austausch und die Analyse kriminalpolizeilicher Erkenntnisse zu fördern.

Umfangreiche kriminelle und terroristische Netzwerke stellen eine erhebliche Bedrohung für die innere Sicherheit der EU sowie die Sicherheit und Existenz ihrer Bevölkerung dar. Die Sicherheitsbedrohungen ergeben sich aus Terrorismus, Drogenhandel, Menschenhandel, Produkt-, Euro- und Zahlungskartenfälschungen, Betrug, Korruption und Geldwäsche sowie anderen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Existenz von Gruppierungen der organisierten Kriminalität (OK-Gruppierungen) in der Wirtschaft. Gefahren Form Darüber hinaus entstehen neue in von Computerkriminalität, Mehrwertsteuerbetrug und anderen raffinierten Straftaten, deren Urheber sich moderne Technologie und die Freiheiten des EU-Binnenmarktes zunutze machen. Viele dieser Bereiche wurden vom Rat der Europäischen Union bereits zu Schwerpunkten erklärt, und Europol ist federführend bei der Suche nach Schutzmechanismen gegen diese Gefahren.

Die Vision von Europol ist es, die Strafverfolgungsbehörden in den EU-Mitgliedstaaten bestmöglich zu unterstützen, um so zu mehr Sicherheit in Europa beizutragen. Dieses Ziel soll durch die Bereitstellung einer ganzen Reihe operativer Dienste für die Europäische Union erreicht werden, indem sich Europol in folgenden Bereichen als zentrale Anlaufstelle etabliert:

- Zentrum zur Unterstützung von Strafverfolgungsmaßnahmen;
- Drehscheibe für kriminalpolizeiliche Informationen;
- Kompetenzzentrum für die Strafverfolgung.

Neben der Einhaltung der Prioritäten des EU-Politikzyklus ist für Europol die EU-Strategie der inneren Sicherheit ein wichtiges Dokument; mit diesem wird die langfristige EU-Politik im Bereich der Strafverfolgung festgelegt. Die Strategie bildet die verschiedenen Aspekte der europäischen Politik für die innere Sicherheit ab und enthält strategische Aktionsleitlinien. Zur Förderung ihrer Umsetzung wird die Strategie durch die entsprechende Mitteilung der Europäischen Kommission² ergänzt. Darin werden fünf Ziele im Bereich der Sicherheit ermittelt. Drei dieser Ziele – die Schwächung krimineller Netzwerke, Maßnahmen gegen Terrorismus und die Sicherheit im Cyperspace – fallen größtenteils in den Aufgabenbereich von Europol.³ Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zum Erreichen dieser Ziele spiegeln die fest verankerten Schwerpunktbereiche von Europol wider. Beide Dokumente sprechen Europol eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Ziele zu und bieten eine wichtige Gelegenheit, sich in den kommenden Jahren weiterzuentwickeln. Dabei zählt die erkenntnisgestützte Strafverfolgung ("intelligence-led policing") zu den zentralen Konzepten.

Europol hat sich zusammen mit Frontex und Eurojust an der ersten jährlichen Überprüfung der Strategie für die innere Sicherheit beteiligt, deren Ergebnisse im November 2011 vorgelegt wurden.

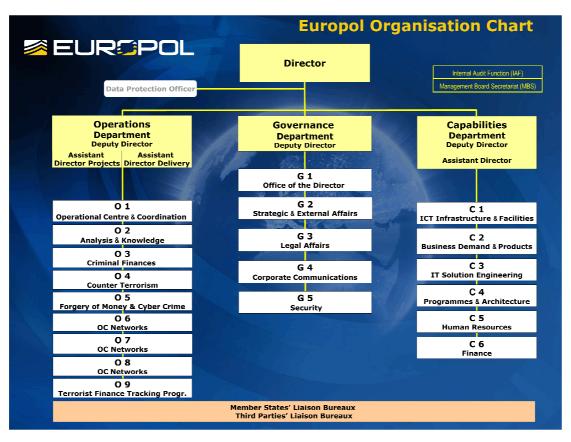
² Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – EU-Strategie der inneren Sicherheit: Fünf Handlungsschwerpunkte für mehr Sicherheit in Europa (KOM(2010) 673 endgültig).

Gemäß Anhang zum Beschluss des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol) (2009/371/JI).

1.2 Ressourcen

Europol nutzt seine einzigartigen Fähigkeiten zur Informationsgewinnung und die Erfahrung seiner 777 Mitarbeiter, darunter 92 Analysten, zur Identifizierung und Verfolgung der gefährlichsten kriminellen und terroristischen Netzwerke Europas. Strafverfolgungsbehörden sind bei Europol durch 145 Europol-Verbindungsbeamte vertreten, zusammen mit dem rund die Uhr besetzten um Hochsicherheitsdienstleistungszentrum und mithilfe der sicheren Datenbanken bereits erfolgreich dafür gesorgt haben, dass kriminelle und terroristische Netzwerke geschwächt, Tausende gefährliche Straftäter festgenommen, Millionen von Euro sichergestellt und Hunderte Opfer von Straftaten gerettet wurden, darunter auch missbrauchte Kinder, die aus den Händen von Menschenhändlern befreit wurden.

Europol wird aus dem EU-Haushalt finanziert. Der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament entscheiden auf Grundlage von Vorschlägen der Europäischen Kommission und des Verwaltungsrats von Europol über den Haushalt von Europol. Dieser belief sich im Jahr 2011 auf 84,8 Mio. EUR.



	Europol-Organigramm	
Datenschutzbeauftragter	Direktor	Interne Auditstelle (IAF)
		Sekretariat des Verwaltungsrats (MBS)
Abteilung Operative	Abteilung	Abteilung Ressourcen
Tätigkeiten	Organisationsführung	Stellvertretender Direktor
Stellvertretender Direktor	Stellvertretender Direktor	
Beigeordneter Direktor Projekte		Beigeordneter Direktor
Beigeordneter Direktor Ausführung		

Operatives Zentrum und Koordinierung O 2 Analyse und Fachwissen O 3 Kriminalität – Finanzierung O 4 Terrorismusbekämpfung O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten Verbindungsbüros Dritter	0 1	G 1	C 1	
Analyse und Fachwissen Strategische und externe Angelegenheiten O 3 Kriminalität – Finanzierung O 4 Terrorismusbekämpfung O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	Operatives Zentrum und	Büro des Direktors	IKT-Infrastruktur und	
Analyse und Fachwissen Strategische und externe Angelegenheiten O 3 Kriminalität – Finanzierung O 4 Terrorismusbekämpfung O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	Koordinierung		Einrichtungen	
Analyse und Fachwissen Strategische und externe Angelegenheiten O 3 Kriminalität – Finanzierung O 4 Terrorismusbekämpfung O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	0.2	G 2	C 2	
Angelegenheiten O 3 Kriminalität – Finanzierung O 4 Terrorismusbekämpfung O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten				
Kriminalität – Finanzierung O 4 Terrorismusbekämpfung O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,			
Kriminalität – Finanzierung O 4 Terrorismusbekämpfung O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten				
O 4 Terrorismusbekämpfung O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten				
Terrorismusbekämpfung Kommunikation Programme und Architektur O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	Kriminalität – Finanzierung	Rechtsangelegenheiten	Entwicklung von IT-Lösungen	
Terrorismusbekämpfung Kommunikation Programme und Architektur O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	0.4	G 4	C 4	
O 5 Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	_		=	
Geldfälschung und Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten				
Computerkriminalität O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten				
O 6 OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten		Sicherheit	Personal	
OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	Computerkriminalität			
OK-Netze O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	0.6		C 6	
O 7 OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten				
OK-Netze O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten				
O 8 OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	_			
OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	OK-Netze			
OK-Netze O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	0.0			
O 9 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten				
Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	OK-Netze			
Finanzierung des Terrorismus (TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	0 9			
(TFTP) Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten	Programm zum Aufspüren der			
Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten				
	(TFTP)			
	,) nn	
Verbindungsbüros Dritter	verbillaurigsbaros der Pilitgliedstaateri			
e e e u ere e e e e		Verbindungsbüros Dritter		
\mathbf{I}				

Basisdaten zu Europol (2011)

Sitz: Den Haag, Niederlande

Personal: 777 Mitarbeiter in Den Haag, einschließlich 145 Europol-Verbindungsbeamte

Haushalt: 84,8 Mio. EUR

Dienstleister für: 27 EU-Mitgliedstaaten, 500 Millionen EU-Bürger **Unterstützung für:** 13 697 grenzüberschreitende Strafverfolgungsfälle

1.3 Neuer Sitz von Europol

Am 1. Juli 2011 eröffnete Ihre Majestät Königin Beatrix der Niederlande offiziell den neuen Sitz von Europol in Den Haag. Der Eröffnungsfeier wohnten neben den Mitarbeitern von Europol und anderen geladenen Gästen zahlreiche leitende Strafverfolgungsbeamte, prominente Ehrengäste und Würdenträger bei.

Königin Beatrix enthüllte eine Gedenktafel zur Erinnerung an die offizielle Eröffnung und wurde vom Direktor von Europol, Rob Wainwright, durch die neuen Räumlichkeiten geführt; dabei besichtigte sie u. a. das Drogenlabor und das Referat Computerkriminalität.

Der neue Sitz von Europol befindet sich im internationalen Viertel von Den Haag in unmittelbarer Nachbarschaft zum Internationalen Strafgerichtshof der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und zur Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW). Das Gebäude mit einer Grundfläche von 32 000 m² wurde im Auftrag der niederländischen Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung vom Architekturbüro Quist Wintermans Architekten by entworfen.

Die Räumlichkeiten und die moderne Ausstattung des neuen Sitzes stehen im Einklang mit dem Bestreben von Europol, seine Partner im Bereich der Strafverfolgung als moderne und dynamische Organisation zu unterstützen, und somit den EU-Bürgern zur Seite zu stehen.

Mahnmal für getötete europäische Strafverfolgungsbeamte

Im Jahr 2011 wurde zu Ehren von europäischen Strafverfolgungsbeamten, die im Dienst ihr Leben verloren haben, ein neues Mahnmal am Sitz von Europol enthüllt.

Die ungarische Landespolizei stiftete Europol während der ungarischen Ratspräsidentschaft die – nun am neuen Sitz von Europol prominent platzierte – Stahlskulptur des ungarischen Künstlers Apolka Erős.

Die Skulptur wurde bei der European Police Chiefs Convention am Sitz von Europol enthüllt. Im Anschluss daran hielten die rund 250 anwesenden Polizeichefs und leitenden Strafverfolgungsbeamten aus ganz Europa sowie die Europol-Mitarbeiter eine Schweigeminute.

2. Arbeitsweise von Europol

Internationale kriminelle und terroristische Vereinigungen operieren weltweit und nutzen dabei modernste Technologien. Um eine wirksame und koordinierte Reaktion sicherzustellen, muss Europol ebenso flexibel und innovativ sein und dafür sorgen, dass seine Methoden und Instrumente auf dem neuesten Stand sind. Europol unterhält modernste Datenbanken und Kommunikationskanäle, die eine schnelle und sichere Möglichkeit zum Speichern, Suchen, Anzeigen, Analysieren und Verknüpfen von Schlüsselinformationen bieten. Die Erfassung, Analyse und Verbreitung dieser Informationen zieht den Austausch großer Mengen personenbezogener Daten nach sich. Bei der Ausübung dieser Aufgaben hält Europol die strengsten Datenschutz- und Datensicherheitsnormen ein.

Alle Datenbanken und Dienste von Europol sind täglich rund um die Uhr erreichbar. Auf Anfrage der Mitgliedstaaten entsendet Europol außerdem Sachverständige und stellt seine Dienste vor Ort über ein mobile office zur Verfügung.

Das rund um die Uhr verfügbare operative Europol-Zentrum ist die zentrale Anlaufstelle für den Datenaustausch zwischen Europol, den EU-Mitgliedstaaten und Dritten. Dem operativen Zentrum fallen fünf Hauptaufgaben zu:

- Zentraler Gegenprüfungsdienst: Für eingehende Daten erfolgt eine schnelle Gegenprüfung mit allen vorhandenen Daten. Operative Informationen werden innerhalb des Europol-Systems mittels Arbeitsdateien zu Analysezwecken (Analysis Work Files, AWF) geprüft, Schwerpunkt auf einem bestimmten Kriminalitätsbereich lieat. Übereinstimmungen werden diese Informationen Analysebericht in einem zusammengefasst. Der Bereitsteller der Daten erhält so eine schnelle Rückmeldung zu den bestehenden Verbindungen, damit neue Tendenzen und Entwicklungen in der Kriminalitätslandschaft der EU ermittelt werden können. Das operative Zentrum ist bereits an der Bearbeitung von etwa einem Viertel der operativen Anfragen beteiligt, die bei Europol eingehen.
- Das operative Zentrum verfügt über die Möglichkeit, bestimmte Daten über einen begrenzten Zeitraum zu speichern, um festzustellen, ob diese Daten für die Aufgaben von Europol von Bedeutung sind und in das Europol-Informationssystem oder in Arbeitsdateien zu Analysezwecken aufgenommen werden können.
- Unterstützung für Analysen in "themenspezifischen" Fällen: Ermittlungsdaten, die Bestandteil mehrerer bestehender Analyseprojekte sind, können nun von Europol umgehend untersucht werden.
- Kommunikation mit Dritten: Jeglicher Informationsaustausch mit Dritten läuft über das operative Zentrum. So wird sichergestellt, dass die Daten zur weiteren Verarbeitung an das richtige Projekt weitergeleitet werden und der ursprüngliche Bereitsteller der Daten eine zeitnahe und korrekte Antwort erhält.
- Unterstützung für die polizeiliche Überwachung von Großveranstaltungen: Das operative Zentrum koordiniert die Unterstützung von Europol für die polizeiliche Überwachung von Großveranstaltungen, d. h. Sport-, Wirtschafts-, Politik- oder Kulturveranstaltungen von internationalem Rang, die zur Zielscheibe krimineller und terroristischer Handlungen werden könnten. Im Jahr 2011 zählten hierzu die Eishockey-Weltmeisterschaft in der Slowakei und die Basketball-Europameisterschaft EuroBasket in Litauen sowie die Vorbereitungen für die Fußballeuropameisterschaft UEFA EURO 2012 in Polen und der Ukraine und für die Olympischen Spiele 2012 in London.

Neue Einsatzräume

Knapp zwei Wochen nach dem Umzug des Personals an den neuen Sitz von Europol am 1. Juni wurde in einem der neuen Einsatzräume ein Koordinierungszentrum für die Operation Truck eingerichtet. Die Operation richtete sich gegen ein chinesisches Netz, das chinesischen Staatsbürgern Beihilfe zur illegalen Einwanderung in das Vereinigte Königreich leistete. Beamte aus Frankreich und Portugal sowie von Eurojust arbeiteten mit Europol-Mitarbeitern in einem von drei eigens zu diesem Zweck eingerichteten Einsatzräumen, die es Europol ermöglichen soll, in verstärktem Maße Räumlichkeiten für Operationen zur Verfügung zu stellen bzw. operative Unterstützung zu leisten.

Im Rahmen der Operation kam es zu sechs Festnahmen in Frankreich sowie zu Hausdurchsuchungen in Portugal, bei denen wertvolle Beweismittel sichergestellt und sechs weitere Personen festgenommen wurden. Beschlagnahmt wurden u. a. Dokumente, Geld, Kontoauszüge, Mobiltelefone und andere sachdienliche Beweismittel.

Seitdem waren die Einsatzräume von Europol Ausgangspunkt für zahlreiche weitere Operationen. Die bisher vermutlich ehrgeizigste davon war die Operation Night Clone unter italienischer Leitung mit Unterstützung aus Bulgarien, Polen, Spanien und den USA. Diese Operation richtete sich gegen eine OK-Gruppierung bulgarischen Ursprungs, die jedoch weltweit operierte. Die kriminelle Gruppierung hatte durch Betrug schätzungsweise 50 Mio. EUR erbeutet.

Am 6. Juli, dem Tag der Operation, stellte Europol die Räumlichkeiten für die Einsatzleitung der Operation, an der mehr als 200 aus ganz Europa abgestellte Polizeibeamte beteiligt waren, zur Verfügung. Mithilfe des nach Bulgarien entsandten mobile office von Europol sorgten Europol-Mitarbeiter für den schnellen und sicheren Austausch von Erkenntnissen. Im Laufe des Tages der Operation nahmen die bulgarischen Behörden Verdächtige fest, durchsuchten Fahrzeuge und Häuser und stellten Beweismittel sicher. Bei der Aufdeckung der in Europa, Amerika und Afrika operierenden OK-Gruppierung wurden mehr als 60 Personen festgenommen.

2.1 Nationale Europol-Stellen

Jeder EU-Mitgliedstaat verfügt über eine designierte nationale Europol-Stelle (Europol National Unit, ENU), bei der es sich um die Verbindungsstelle zwischen Europol und den zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten handelt. Die Leiter der nationalen Europol-Stellen (Heads of Europol National Units, HENU) treffen sich regelmäßig, um Europol und den Verwaltungsrat von Europol in operativen und anderen Fragen zu beraten.

Jede nationale Europol-Stelle entsendet mindestens einen Verbindungsbeamten zu Europol, der am Sitz von Europol in einem eigenen Verbindungsbüro untergebracht wird. Die Verbindungsbüros sind Teil der nationalen Stellen der jeweiligen Länder und vertreten die Interessen ihres Landes bei Europol im Einklang mit dem nationalen Recht des entsendenden Mitgliedstaats.

Die Verbindungsbeamten der Mitgliedstaaten sind das persönliche, rund um die Uhr verfügbare Bindeglied zwischen dem Sitz von Europol in Den Haag und den 27 nationalen Europol-Stellen in den Hauptstädten der EU-Mitgliedstaaten. Dieses einzigartige Netz der 145 Verbindungsbeamten spielt bei der täglichen Arbeit der Strafverfolgungsbehörden eine wichtige Rolle, indem es den Informationsaustausch erleichtert und laufende Ermittlungen unterstützt und koordiniert.

Bei Europol sind außerdem Verbindungsbeamte aus zehn Nicht-EU-Ländern und -Organisationen vertreten, die auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen mit Europol zusammenarbeiten.⁴

Unterstützung erhält dieses Netz durch die sicheren Kommunikationskanäle von Europol. Darüber hinaus hat Europol zwei Verbindungsbeamte nach Washington, D. C. und einen an den Hauptsitz von Interpol in Lyon (Frankreich) entsandt.

2.2 Verwaltungsrat von Europol

Der Verwaltungsrat von Europol leistet strategische Hilfestellung und überwacht die Arbeit des Direktors und die Ausführung der Aufgaben von Europol. Dem Verwaltungsrat gehören je ein hochrangiger Vertreter aus den einzelnen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission an. Die Beschlüsse des Verwaltungsrats werden mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder gefasst, wobei jedes Mitglied eine Stimme hat.

Der Verwaltungsrat tritt mehrmals jährlich zusammen, um eine Vielzahl von Themen zu erörtern, die mit den aktuellen Tätigkeiten von Europol sowie künftigen Entwicklungen in Zusammenhang stehen. Jedes Jahr nimmt der Verwaltungsrat den endgültigen Haushaltsplan, das Arbeitsprogramm für künftige Tätigkeiten sowie den vorliegenden allgemeinen Bericht über die Tätigkeiten des Vorjahres an, die anschließend dem Rat der Europäischen Union zur Genehmigung vorgelegt und dann zur Information an das Europäische Parlament weitergeleitet werden.

2.3 Sichere Kommunikationsinfrastruktur

Zur Unterstützung seiner Tätigkeiten und zur Bereitstellung einer wachsenden Anzahl operativer und strategischer Dienste für Mitgliedstaaten, Nicht-EU-Länder und Dritte unterhält Europol dauerhaft eine technisch ausgefeilte, zuverlässige, effiziente und sichere Telekommunikationsinfrastruktur, die stetig weiterentwickelt wird.

Das Rückgrat dieser Infrastruktur bildet das sichere Europol-Netzwerk, über das die Strafverfolgungsbehörden in allen Mitgliedstaaten und eine wachsende Anzahl von Nicht-EU-Ländern und Dritte verbunden sind, mit denen Europol Kooperationsabkommen geschlossen hat. Im Jahr 2011 wurde das sichere Netzwerk um Verbindungen zu Interpol sowie nach Kolumbien und in die Schweiz erweitert.

Die Sicherheit der Netzinfrastruktur hat bei Europol oberste Priorität, da die moderne Sicherheitslösung die Vertrauensgrundlage für alle Parteien bildet, die Informationen und Erkenntnisse mit und über Europol gemeinsam nutzen.

_

⁴ Albanien, Australien, Island, Kanada, Kolumbien, Kroatien, Norwegen, die Schweiz, Interpol und die folgenden Strafverfolgungsbehörden der Vereinigten Staaten: Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms And Explosives (ATF); Drug Enforcement Administration (DEA); Secret Service (USSS); Federal Bureau of Investigations (FBI); Immigration and Customs Enforcement (ICE) und Internal Revenue Service (IRS).

2.4 Europol-Informationssystem (EIS)

Das oberste Ziel des Europol-Informationssystems (EIS) besteht darin, als Referenzsystem für Straftaten, die beteiligten Personen und andere zugehörige Daten zu fungieren, um die Mitgliedstaaten, Europol und seine Kooperationspartner bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus sowie anderer Formen von schwerer Kriminalität zu unterstützen.

EUROPOL-INFORMATIONSSYSTEM Dezember 2011

Inhalt:

183 240 Objekte 41 193 Einträge vom Typ "Person" Anstieg um **5** % gegenüber 2010

Vorrangige Kriminalitätsbereiche:

Drogenhandel: 25 % aller Objekte Menschenhandel: 23 %

Geldfälschung: 18 %

Raub: 10 %
Betrugsdelikte: 5 %

Verwendung im Jahr 2011:

111 110 Suchläufe

Deutschland hat die meisten Daten für das EIS zur Verfügung gestellt, gefolgt von Belgien, Frankreich, Spanien und Europol (im Auftrag von Dritten). Der Großteil der Daten im EIS wurde mithilfe von automatischen Dateneinspeisungssystemen importiert. Im Jahr 2011 wurde der Ansatz für die Datenerhebung durch Mitgliedstaaten geändert und der Schwerpunkt verstärkt auf abgleichbare Objekte aeleat (z. B. Kommunikationsmittel, Transportmittel). Diese Änderung spiegelt sich auch in den aktualisierten Berichten zur Datenqualität wider und hat zu einer Verbesserung der allgemeinen Qualität der EIS-Inhalte geführt. Ein Beispiel ist in diesem Zusammenhang die große Datenmenge, die vom Vereinigten Königreich im August 2011 hochgeladen wurde und zu einer relativ hohen Anzahl von Suchergebnissen geführt hat (1 Übereinstimmung je 200 Objekte).

Anfang 2011 wurde eine neue Version des EIS entwickelt. Die wichtigste neue Funktion ist das sogenannte Treffer/Kein-Treffer-Suchsystem ("hit/no-hit") für designierte zuständige Behörden. Im Zuge dessen wurde außerdem zum ersten Mal neben den nationalen Europol-Stellen der Mitgliedstaaten auch Grenzschutzbeamten Zugang zum EIS gewährt.

Darüber hinaus machte die Einführung von automatischen Dateneinspeisungssystemen in den Mitgliedstaaten dank der Unterstützung von Europol Fortschritte. Im Jahr 2011 führte Litauen ein entsprechendes System ein; damit stieg die Gesamtanzahl der Mitgliedstaaten, die automatisch Daten in die Systeme von Europol hochladen können, auf 13. In mehreren weiteren Ländern laufen Vorbereitungen zur Einführung dieses Instruments.

Auch bei der Interoperabilität der zentralen Informationsmanagementsysteme konnte eine erhebliche Verbesserung erzielt werden. Im Oktober 2011 wurde eine neue Funktion namens Europol Links Manager (ELM) in Betrieb genommen. Diese Funktion gestattet die

automatisierte Gegenprüfung der Arbeitsdateien zu Analysezwecken, des 10.4-Repositorys, des EIS und der verbesserten Lösung für Einheiten mit hohem Risiko (Enhanced Risk Entities Solution, ERES) innerhalb der Grenzen des Rechtsrahmens von Europol. Bei ERES handelt es sich um eine Datenbank mit Open-Source-Daten, die Europol von einem kommerziellen Informationsanbieter erworben hat. Im Vergleich zu den bisherigen Gegenprüfungsmethoden erweitert die Funktion ELM die Palette der Datenquellen, verbessert die Nutzbarkeit und Flexibilität und bietet eine Lösung für zahlreiche entscheidende Datenschutzfragen.

HANDHABUNGSRICHTLINIEN

Die Handhabungsrichtlinien sind ein Mittel zum Schutz einer Informationsquelle. Mit den Richtlinien werden die Sicherheit von Informationen sowie ihre sichere und angemessene Verarbeitung gemäß den Vorstellungen des Eigentümers der Informationen und unter strenger Einhaltung der nationalen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten sichergestellt. Die Handhabungsrichtlinien geben vor, zu welchem Zweck bestimmte Informationen genutzt werden dürfen und wer künftig darauf zugreifen darf.

City of London Police, Operation Theo

Die Operation Theo wurde im März 2011 eingeleitet, um gegen das verstärkte Aufkommen von Kriminalität in Verbindung mit Geldautomaten im Zentrum Londons vorzugehen. Die Operation zeigte schon bald Erfolge in Form von Festnahmen und der Beschlagnahme von Materialien, die zur Manipulation der Automaten eingesetzt worden waren.

Die Zwischenfälle an den Geldautomaten ereigneten sich jedoch Nacht für Nacht auch in den folgenden drei Wochen an unterschiedlichen Orten, obwohl die Operation Theo weiterlief, was schließlich dazu führte, dass insgesamt 29 rumänische Staatsangehörige festgenommen und angeklagt wurden. Unter anderem wurden die personenbezogenen Daten der Verdächtigen im Rahmen der Ermittlungen in einer Reihe von Erkenntnisdatenbanken überprüft, darunter dem EIS, zu dem die Beamten der City of London Police erst kurz vor Beginn der Operation eine Schulung erhalten hatten.

Diese Schulung erwies sich schon sehr bald als äußerst nützlich, da sich bei der Überprüfung herausstellte, dass drei der im Rahmen von Operation Theo festgenommenen Personen namentlich im EIS registriert waren. Sie wurden verdächtigt, mit ähnlichen Straftaten in anderen europäischen Ländern in Verbindung zu stehen. Gegen eine der Personen bestand der Verdacht der Beteiligung an Menschenhandel im Zusammenhang mit Zwangsprostitution, gegen eine andere der Verdacht der Beteiligung an Raubdelikten in einer Reihe von Ländern. Bei allen Festgenommenen handelte es sich um Mitglieder internationaler OK-Gruppierungen.

Die im EIS gespeicherten Erkenntnisse waren für die Einsatzteams von hohem Nutzen und gestatteten es der Staatsanwaltschaft, nur schwer anfechtbare Anträge auf Untersuchungshaft zu stellen. Da sich die nützlichen Erkenntnisse aus dem EIS nicht nur in Form eines schriftlichen Berichts, sondern auch in grafischer Form extrahieren lassen, hatten die Beamten keine Schwierigkeiten, Verbindungen zu Komplizen und anderen Straftaten zu erkennen und nachzuweisen.

Die City of London Police ist nun dabei, alle inhaftierten europäischen Staatsbürger mithilfe des EIS zu überprüfen. Seit der Operation Theo konnte sie eine Reihe weiterer Erfolge verzeichnen, die nicht möglich gewesen wären, bevor die Beamten in der Verwendung des Systems geschult wurden und Zugriff darauf hatten.

Quelle: City of London Police

2.5 SIENA (Secure Information Exchange Network Application)

Die Netzanwendung für den sicheren Informationsaustausch SIENA ist ein Instrument der nächsten Generation, das die schnelle, sichere und nutzerfreundliche Kommunikation sowie den Austausch operativer und strategischer Informationen und Erkenntnisse im Zusammenhang mit Kriminalität zwischen Europol, den Mitgliedstaaten und Dritten, die über Kooperationsabkommen mit Europol verfügen, ermöglichen soll.

Bei der Konzeption der Anwendung sowie in Bezug auf die Funktionsweise wurde besonderer Wert auf Datenschutz und Vertraulichkeit gelegt, um die Einhaltung aller gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Auch die Sicherheit wird als entscheidend betrachtet, und es wurden alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um den sicheren Austausch von vertraulichen Informationen zu ermöglichen. Abgesehen davon wurden bewährte Verfahren für den Informationsaustausch in der Strafverfolgung mit einem hohen Maß an Zuverlässigkeit sowie die Verwendung von Handhabungs- und Evaluierungsrichtlinien untersucht, aus denen die Verwendungsbedingungen hervorgehen. Im Jahr 2011 gab es folgende Entwicklungen:

- SIENA wurde bei den folgenden Kooperationspartnern mit einem operativen Abkommen eingeführt: Australien, Island, Kroatien und Norwegen.
- Im Zusammenhang mit dem Europäischen Drogenpakt (European Drugs Pact) erhielt Europol die Aufgabe, SIENA für die regionalen Plattformen in Westafrika zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck wurden Lösungen entwickelt und die regionalen Plattformen in Accra (Ghana) und Dakar (Senegal) verfügen jetzt über die Möglichkeit des Fernzugriffs auf SIENA. SIENA wurde außerdem für den Informationsaustausch mit der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX) bereitgestellt.
- SIENA wurde angepasst und ermöglicht nun die Nachbereitung von Suchläufen im EIS durch die designierten zuständigen Behörden. Außerdem wurde die Funktion der automatischen Einspeisung von Beiträgen in das Europol-Analysesystem (Europol Analysis System, EAS) bereitgestellt. Auf diese Weise wird nicht nur die Sicherheit erheblich verbessert, sondern für die Analysten von Europol ergeben sich auch immense Zeitersparnisse.
- SIENA wurde außerdem so angepasst, dass es auch von Kooperationspartnern mit strategischen Abkommen, wie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien und der Türkei, eingesetzt werden kann.
- Es wurden Vorkehrungen getroffen, um diesen Ländern im Jahr 2012 den Zugang zu SIENA zu ermöglichen. Dazu wurden Schulungen abgehalten und sichere Netzwerkerweiterungen eingerichtet. Die Vorkehrungen für die Einbeziehung der Schweiz im Jahr 2012 dauern noch an.

Des Weiteren wird derzeit noch daran gearbeitet, eine direkte Verbindung zwischen SIENA und nationalen Fallmanagementsystemen einzurichten, mit deren Hilfe Polizeibeamte ein einziges System für nationale Fälle und Fälle, in denen eine internationale Kommunikation erforderlich ist, verwenden können.

Informationsaustausch mittels SIENA (2011)

13 697 neue Fälle eingeleitet Monatsdurchschnitt: 1 141 (Anstieg um 17 % im Vergleich zu 2010)

30 % der neuen Fälle stehen im Zusammenhang mit Drogen,

gefolgt von Betrugsdelikten (14 %), Terrorismus (10 %), Geldfälschung (9 %) und Raub (9 %).

330 633 operative Mitteilungen wurden

zwischen den Mitgliedstaaten, Europol und Dritten ausgetauscht.

Monatsdurchschnitt: 27 553

103 zuständige Behörden wurden

auf Ersuchen der Mitgliedstaaten in SIENA konfiguriert, die Gesamtzahl der zuständigen Behörden beläuft sich damit auf 287.

2.6 Analyse von Straftaten

2.6.1 Operative Analyse

Die Analyse ist der Grundpfeiler aller erkenntnisgestützten Strafverfolgungsaktivitäten und allen Tätiakeiten von Europol eine entscheidende Analysemöglichkeiten basieren auf fortschrittlicher Technologie, die an die Anforderungen der Strafverfolgung angepasst ist. Die bei Europol beschäftigten Analysten verwenden modernste Methoden und Techniken, mit deren Hilfe sich Verbindungslücken in grenzüberschreitenden EU-Ermittlungen ausfindig machen lassen. Sie arbeiten mit themenspezifischen Arbeitsdateien zu Analysezwecken, um Informationen zu laufenden Ermittlungen in den EU-Mitgliedstaaten verfügbar zu machen. Diese Informationen stellen für viele internationale Ermittlungen häufig den Durchbruch dar.

Das **Analysesystem von Europol** (Europol Analysis System, EAS) ist das operative Informationssystem, in dem Daten gespeichert sind, die von Europol-Interessenträgern stammen.

Die verschiedenen Komponenten des Systems bieten die folgenden Vorteile:

- Zentralisierung und Verwaltung von Informationen;
- Analysefunktionen durch eine breite Palette von Analyseinstrumenten.

Europol bewertet fortlaufend seine analytischen Fähigkeiten und die zugehörigen Technologien, um zu gewährleisten, dass die Analysten von Europol für ihre Arbeit die bestmögliche technische Unterstützung erhalten.

Netzwerk für Computerforensik (CFN)

Europol ist dabei, die letzten Schritte zur Einführung eines modernen Systems abzuschließen, mit dem Informationen im Zusammenhang mit Kriminalität aus digitalen Daten extrahiert und analysiert werden können: das Netzwerk für Computerforensik (Computer Forensic Network, CFN).

Die Möglichkeit zur wirksamen Ermittlung relevanter Informationen aus großen Mengen von Computerdaten bei gleichzeitiger Wahrung der Rechtsgültigkeit wird bei der Bekämpfung von Kriminalität zu einer immer wichtigeren Waffe.

Mit dieser neuen technischen Lösung kann Europol den europäischen Strafverfolgungsbehörden nun einen hochwertigen Dienst zur Ermittlung und Verarbeitung dieser Informationen bieten, wobei die Menge der Daten, die abgerufen werden kann, deutlich erhöht wurde.

Ergänzend zu diesem zentral angebotenen Dienst bestehen Unterstützungsmöglichkeiten durch die lokale Bereitstellung eines von Sachverständigen zu bedienenden mobilen Ressourcenpakets für die Computerforensik. Das CFN ist eine leistungsstarke technische Plattform für die Tätigkeiten des Computerkriminalitätszentrums von Europol.

2.6.2 Strategische Analyse

Die strategische Analyse ist ein weiterer wichtiger Aspekt der Analysetätigkeiten von Europol. Dank Europol-Berichten für die strategische Analyse wie OCTA, ROCTA, OCTA-WA und TE-SAT⁵ erhalten Entscheidungsträger mehr Unterstützung bei der Ermittlung spezieller Schwerpunkte im komplexen Bereich der organisierten Kriminalität und des Terrorismus. Basierend auf politischen Leitlinien können Strafverfolgungsbeamte dann ihre operative Arbeit national, regional und lokal abstimmen. Darüber hinaus können sie regionale Kooperationsmechanismen nutzen, die von Europol unterstützt werden, z. B. die Taskforce "Organisierte Kriminalität im Ostseeraum" (Baltic Sea Task Force, BSTF).⁶

Im Rahmen des Vertrags von Lissabon nehmen umfassende Bewertungen der Bedrohungslage stetig an Bedeutung zu, sodass Europol maßgeblich am Prozess der Politikgestaltung beteiligt ist.

Tendenz- und Lagebericht über den Terrorismus in der EU (TE-SAT)

Im Jahr 2011 hat Europol zum fünften Mal den jährlichen Tendenz- und Lagebericht über den Terrorismus in der EU (Terrorism Situation and Trend Report, TE-SAT) vorgelegt. Der TE-SAT-Bericht dient dem Europäischen Parlament und dem Rat seit dem Jahr 2007 als Informationsquelle zum Phänomen Terrorismus in der EU aus Strafverfolgungssicht.

Beim TE-SAT handelt es sich um ein öffentlich zugängliches Dokument auf der Grundlage von Informationen, die von EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern sowie Partnerorganisationen wie Eurojust, SitCen (Gemeinsames Lagezentrum der Europäischen Union, Joint Situation Centre) und Interpol zur Verfügung gestellt werden.

Der Bericht 2011 zeigt einen stetigen Rückgang der Anzahl von Angriffen im Zusammenhang mit Terrorismus in der EU, weist jedoch darauf hin, dass der Terrorismus in der EU weiterhin eine ernst zu nehmende Bedrohung darstellt, deren Ziele und Auswirkungen sehr vielfältig sind. Im Bericht wird auch die zunehmende internationale Zusammenarbeit zwischen terroristischen und extremistischen Gruppierungen inner- und außerhalb der EU erläutert. Darüber hinaus weist der TE-SAT darauf hin, dass die Risiken von einer äußerst heterogenen Gruppe von Verdächtigen ausgehen, sowohl von organisierten terroristischen Gruppierungen als auch von radikalisierten Einzelpersonen, wie der Anschlag in Norwegen im Jahr 2011 gezeigt hat.

Der TE-SAT 2011 zeigt ferner die Tendenz auf, dass die professionelle Propaganda rechtsextremer Gruppierungen darauf schließen lässt, dass diese bestrebt sind, weitere Mitglieder zu rekrutieren und ihre Ideologie zu verbreiten, weswegen sie in den EU-Mitgliedstaaten weiterhin eine Bedrohung darstellen.

Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität (OCTA) in der EU; Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der russischen organisierten Kriminalität (ROCTA); Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität – Westafrika (OCTA-WA); Tendenz- und Lagebericht über den Terrorismus in der EU (TE-SAT).

Bei der Taskforce "Organisierte Kriminalität im Ostseeraum" (Baltic Sea Task Force, BSTF) handelt es sich um ein Netz von Ländern und Organisationen, die sich an Kooperationsinitiativen im Bereich der Strafverfolgung beteiligen, um gegen die organisierte Kriminalität im Ostseeraum vorzugehen. Zu den teilnehmenden Ländern zählen: Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Russland und Schweden. Darüber hinaus beteiligen sich dauerhafte Vertreter von Europol, Eurojust, Frontex, Interpol und der Europäischen Kommission an der Taskforce.

Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität (OCTA) in der EU

Die Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität (Organised Crime Threat Assessment) ist das wichtigste von Europol erstellte Dokument zur strategischen Analyse. Auf dieses Dokument gründet der Rat der Europäischen Union seine Schwerpunkte und Empfehlungen für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Europa. Der OCTA wird gemäß den Grundsätzen der erkenntnisgestützten Strafverfolgung erstellt und als Pionierprojekt betrachtet. Obwohl die Einführung im Jahr 2006 noch nicht sehr lange zurückliegt, sind daraus bereits einige innovative Konzepte hervorgegangen, z. B. die Kriminalitätsschwerpunktgebiete und die Typologie der OK-Gruppierungen. Im Jahr 2011 lieferte der Bericht die folgenden wichtigen Ergebnisse:

- Die organisierte Kriminalität ist Veränderungen unterworfen, ihre Methoden, Gruppierungsstrukturen und Auswirkungen auf die Gesellschaft werden immer vielfältiger.
- Die Handlungen einzelner krimineller Gruppierungen erstrecken sich verstärkt auf gleich mehrere Kriminalitätsbereiche und verschiedene Güter.
- Zwischen verschiedenen OK-Gruppierungen ist eine zunehmende Kooperation zu verzeichnen, die Unterschiede in Bezug auf Nationalität, ethnische Herkunft und Kriminalitätsbereiche außer Acht lässt und dem Tauschhandel Vorschub leistet.
- Kriminelle Gruppierungen machen sich in großem Stil die Transportinfrastruktur im Güterund Personenverkehr zunutze, insbesondere Containerlieferungen.
- Die wissentliche Kooperation von Spezialisten trägt wesentlich dazu bei, Handlungen der organisierten Kriminalität zu erleichtern.
- Durch die anhaltenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sind die EU-Bürger stärker der organisierten Kriminalität ausgesetzt.
- Auf dem Markt für illegale Drogen haben schwankende Preise und Reinheitsgrade von Kokain und Heroin in Verbindung mit einer Knappheit an Grundstoffen für synthetische Drogen zu einem erhöhten Aufkommen von "Legal Highs" und anderen Ersatzstoffen geführt.
- Die große Mehrheit nicht Internet-basierter Handlungen der organisierten Kriminalität wird dennoch durch Internettechnologie begünstigt.
- Nigerianische, albanischsprachige und türkische kriminelle Gruppierungen sowie kriminelle Gruppierungen aus der ehemaligen Sowjetunion sind bestrebt, ihre Geschäfte in der EU auszudehnen und nutzen dazu alle verfügbaren Möglichkeiten.
- Nord-West⁷ Das Schwerpunktgebiet bleibt auch weiterhin das zentrale Koordinierungszentrum für den Drogenhandel. Durch das Schwerpunktgebiet Nord-Ost gelangen immer noch illegale Güter in die und aus der ehemaligen Sowjetunion. Zudem befindet sich dort der Ausgangspunkt für die Handlungen gewalttätiger Gruppierungen mit internationaler Reichweite, die in einer Vielzahl von Kriminalitätsbereichen aktiv sind. Das Kriminalitätsschwerpunktgebiet Süd-West spielt weiterhin eine führende Rolle in den Bereichen Beförderung von und Handel mit Kokain und Cannabisharz. Darüber hinaus dient es als Transitgebiet für Opfer von Menschenhandel (Trafficking in Human Beings, THB) mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung. Im Kriminalitätsschwerpunktgebiet Süden sind kriminelle Unternehmungen nach wie vor verbreitet. Es handelt sich um ein Zentrum für Falschgeld und nachgeahmte Waren, ein Transitgebiet für die Opfer von Menschenhandel und illegale Einwanderer sowie um einen Ausgangspunkt für die Handlungen einiger der ressourcenreichsten kriminellen Gruppierungen in Europa. Das Kriminalitätsschwerpunktgebiet Süd-Ost hatte in der jüngsten Vergangenheit die größte Ausbreitung zu verzeichnen, dies ist auf den verstärkten illegalen Handel mit Transport über das Schwarze Meer, das Florieren zahlreicher Balkanrouten für den Transport illegaler

Anhang 1 enthält die Definitionen zu den Kriminalitätsschwerpunktgebieten.

Güter in die und aus der EU, einen deutlichen Anstieg der illegalen Einwanderung über Griechenland und das Entstehen einer Balkanachse zwischen den Ländern des westlichen Balkans und Südosteuropa für den illegalen Handel mit dem Ziel EU zurückzuführen.

Der OCTA ist bereits wesentlicher Bestandteil des europäischen Modells der kriminalpolizeilichen Erkenntnisgewinnung, gewinnt jedoch seit der Verabschiedung der Schlussfolgerungen des Rates zur Schaffung und Umsetzung eines EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität immer mehr an Bedeutung. Gemäß diesem Politikzyklus bildet der OCTA die Grundlage für die Ermittlung der vorrangig zu behandelnden Kriminalitätsbereiche in der EU und der davon ausgehenden Reaktion der EU auf diese Prioritäten. Für den Zeitraum 2011-2013 wurden die nachstehenden politischen Prioritäten ermittelt:

- organisierte Kriminalität in Westafrika
- organisierte Kriminalität in den Ländern des westlichen Balkans
- illegale Einwanderung
- synthetische Drogen
- Schmuggel per Containerlieferung
- Menschenhandel
- mobile OK-Gruppierungen
- Computerkriminalität.

Europol organisierte im Jahr 2011 einen dreitägigen Workshop, an dem insgesamt 164 Delegierte der 27 EU-Mitgliedstaaten und Vertreter des Ratssekretariats, der Europäischen Polizeiakademie (CEPOL), der Europäischen Kommission, der EBDD sowie von Eurojust, Frontex und Interpol teilnahmen. Die vorstehend genannten vorrangigen Kriminalitätsbereiche wurden in acht Gruppen erörtert, daraus ergaben sich Ideen und Vorschläge für die Erarbeitung eines kohärenten Plans für künftige Arbeiten. Das Europol-Personal trug ebenfalls zu den Workshops bei und lieferte operative Informationen zum Umfang der verschiedenen Kriminalitätsbereiche und zur Reichweite der Instrumente und Dienste von Europol, die den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Straftaten unterstützend zur Verfügung stehen.

SCAN-Team

Das SCAN-Team von Europol (Scanning, Analysis & Notification) wurde gebildet, um den national zuständigen Behörden in der EU ein weiteres strategisches Instrument zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität an die Hand zu geben: Frühwarnmeldungen zu neuen Bedrohungen durch die organisierte Kriminalität. Im Jahr 2011 hat das SCAN-Team vier OK-SCAN-Bedrohungsmeldungen⁸ zu den folgenden Bereichen herausgegeben.

• Illegaler Abfallhandel und illegale Abfallentsorgung: Ausgehend von der Aussicht auf ein außerordentlich geringes Risiko und hohe Gewinne und angespornt durch Wirtschaftswachstum und Globalisierung haben sich der grenzüberschreitende illegale Abfallhandel sowie die illegale Abfallentsorgung zu einem der am schnellsten wachsenden Bereiche der organisierten Kriminalität in der EU entwickelt. Straftäter und OK-Gruppierungen machen sich die hohen Kosten, mit denen das legale Abfallmanagement verbunden ist, zunutze und erwirtschaften mit dem illegalen Handel und der illegalen Entsorgung erhebliche Gewinne, indem sie die Rechtsvorschriften im Umweltbereich umgehen.

⁸ Auf der Website von Europol zum Herunterladen verfügbar.

Die Bedrohungsmeldung wurde auf Ersuchen der ungarischen Ratspräsidentschaft verfasst und basiert auf Daten, die im Rahmen des Projekts Augias unter der Leitung der belgischen Ratspräsidentschaft gesammelt wurden.

- Illegaler Handel mit gestohlenem Rhinozeroshorn: 10 Europol liegen Erkenntnisse über Mitglieder von OK-Gruppierungen vor, die illegal mit Rhinozeroshorn handeln, einer wertvollen und seltenen Ware. Die bei Antiquitätenhändlern, Auktionshäusern, Kunstgalerien, Museen sowie aus Privatsammlungen und Zoos gestohlenen Rhinozeroshörner können pro Stück je nach Größe und Qualität 25 000 bis 200 000 EUR wert sein. Sie werden zur Dekoration, zur Herstellung von Luxusgütern und auch in der traditionellen Medizin verwendet, auch wenn sie nachweislich keine heilenden Eigenschaften haben.
- Handel mit bedrohten Tierarten:¹¹ OK-Gruppierungen in der EU handeln illegal mit bedrohten Arten wilder Tiere und Pflanzen und erzielen damit weltweit extrem hohe Einnahmen. Exotische und seltene Tiere und Vögel, Korallen, wertvolle Pflanzen, Tigerfelle u. a. werden mit falschen Papieren nach Europa geschmuggelt häufig über Routen, die auch für die illegale Einwanderung und den Drogenhandel genutzt werden.
- Zunehmender Handel mit nachgeahmten Pestiziden:

 In Europa ist ein zunehmender Handel mit illegalen und nachgeahmten Pestiziden zu verzeichnen, der von äußerst raffinierten kriminellen Netzwerken ausgeht, die komplexe globale Lieferketten aufgebaut haben und legale Unternehmen als Tarnung für ihre Handlungen nutzen. Schätzungen zufolge stammen mehr als 25 % der in einigen EU-Mitgliedstaaten in Verkehr befindlichen Pestizide von diesem illegalen Markt. Derartige Chemikalien stellen eine Bedrohung für die Gesundheit von Landwirten und Verbrauchern und ein Risiko für die Umwelt dar. Aufgrund mangelnder Nachverfolgungsmöglichkeiten besteht außerdem die Gefahr, dass diese illegalen Pestizide als Grundstoffe für selbst hergestellte Explosivstoffe verwendet werden.

Neben der Erstellung der vorstehend genannten Bedrohungsmeldungen führte das SCAN-Team im Jahr 2011 das E-SCAN-System¹³ für die Online-Zusammenarbeit ein, das als Referenzsystem für Bereiche wie Umwelt- und Computerkriminalität dient.

In Zusammenarbeit mit den Sachverständigen von Europol erarbeitete das SCAN-Team außerdem drei Risikoprofile für die polnische Ratspräsidentschaft zur Unterstützung einer europaweiten gemeinsamen Polizeioperation im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugkriminalität. An der Operation EuroCar waren neben Europol, Frontex und Interpol Beamte von Strafverfolgungsbehörden in 14 EU-Ländern beteiligt.

2.6.3 Analyseschulungen

Europol bietet den zweiwöchigen Analyseschulungskurs OIAT (Operational Integrated Analysis Training, Operative Integrierte Analyse-Schulung) an. Als Reaktion auf die steigende Nachfrage aus den Mitgliedstaaten hat das Team für Analyseschulungen zwei unterschiedliche Varianten der Schulung ausgearbeitet – eine für die bei Europol beschäftigten Analysten und Sachverständigen und eine entsprechend dem Konzept "Train the Trainer" (Ausbildung für Ausbilder). Letztere wurde speziell für potenzielle Ausbilder in den Mitgliedstaaten entwickelt und deckt die grundlegenden Bestandteile des sogenannten "Intelligence Cycle" ab; dabei liegt der Schwerpunkt auf der Analyse.

Insgesamt hat Europol bereits sechs Kurse dieser Art für 68 Teilnehmer aus 28 europäischen Ländern sowie aus Australien und den Vereinigten Staaten veranstaltet. Zahlreiche Mitgliedstaaten haben mithilfe der Unterlagen, Methoden und Übungen der Europol-Schulung eigene Kurse zum Thema operative Analyse erarbeitet. Im Laufe des Jahres 2011 fanden neu strukturierte Schulungen in Finanzanalyse und strategischer Analyse für die operativen

Die Bedrohungsmeldung wurde von den Sachverständigen von Europol verfasst, die mit den irischen Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten.

Die Bedrohungsmeldung ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen Sachverständigen von Europol und Interpol.

Die Bedrohungsmeldung wurde infolge einer gemeinsamen Bewertung durch Sachverständige von Europol und die Europäische Kommission verfasst.

¹³ E-SCAN: Suche, Analyse, Meldung und Frühwarnung im Bereich der Umweltkriminalität.

Mitarbeiter von Europol und Analysten aus den EU-Mitgliedstaaten statt. Darüber hinaus wurde ein fünftägiger Kurs zur Analyse sozialer Netzwerke (Social Network Analysis, SNA) erarbeitet und insgesamt fünf Mal abgehalten. An den fünf Kursen nahmen insgesamt 50 operative Analysten teil, für 2012 sind weitere Kurse geplant.

Im Jahr 2011 nahmen außerdem mehr als 50 Europol-Verbindungsbeamte und mehr als 120 Beamte von Strafverfolgungsbehörden in der EU und Nicht-EU-Ländern am neuen dreitägigen SAT-EWC-Kurs (Strategic Analysis Training for Early Warning Capabilities, strategische Analyseschulung zu Frühwarnkapazitäten) teil.

2.7 EU-Kompetenzzentrum für die Strafverfolgung

Zur Stärkung seiner Stellung als Plattform für Fachgebiete und zur Vereinfachung des Austauschs von Wissen und der Kommunikation zwischen verschiedenen Sachverständigengemeinschaften hat Europol seine **Sachverständigenplattform (Europol Platform for Experts, EPE)** entwickelt. Die EPE soll Sachverständigen aus einer Reihe von Bereichen der Strafverfolgung als sichere Umgebung dienen, um mit ihrer jeweiligen Gemeinschaft Wissen, bewährte Verfahren und nicht personenbezogene Daten zu Kriminalität auszutauschen. Sie wurde nicht nur zur Veröffentlichung von Dokumenten entwickelt, sondern soll autorisierten Nutzern auch als Instrument für die Online-Zusammenarbeit dienen und bietet zu diesem Zweck eine Reihe entsprechender Werkzeuge.

Im Jahr 2011 hat Europol die nachstehenden Online-Plattformen für Sachverständige bereitgestellt:

- Spezielle Taktiken:
 - Zeugenschutz
 - EuNAT (Entführungen, Geiselnahme und Erpressung)
 - Europol Homicide Working Group (EHWG, Europol-Arbeitsgruppe Tötungsdelikte)
- E-SCAN
- European Anti Corruption Training (Europäische Antikorruptionsschulung)
- EnviCrimeNet (Netz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität)
- Europäische Sachverständigenplattform für Bandenkriminalität
- Aufstände in Nordafrika und im Nahen Osten
- European Law Enforcement Communicators Platform (Europäische Plattform für Kommunikationsbeauftragte in der Strafverfolgung)
- UMF2 (Universal Messaging Format, universelles Nachrichtenformat).

Eine Reihe zusätzlicher Plattformen befindet sich in Vorbereitung:

- Computerkriminalität (I-FOREX, Internet and Forensic Expertise)
- Sexuelle Ausbeutung von Kindern
- Spezielle Taktiken: Grenzüberschreitende Observation und kontrollierte Lieferungen sowie ISLE¹⁴
- Geldfälschung und Zahlungskartenbetrug (PaySafe)
- Umsetzung des Vertrags von Prüm.

¹⁴ International Special Law Enforcement, die europäische Spezialeinheit hochrangiger Sachverständiger für verdeckte Ermittlungen.

Außerdem bereitet Europol die Überführung dreier vorhandener Ad-hoc-Websites in die EPE vor:

- Financial Crime Information Centre (FCIC, Informationszentrum für Finanzkriminalität)
- Atlas-Kommunikationsplattform für Spezialeinheiten und Einheiten zur Terrorismusbekämpfung
- "Crime Scene Web Site" (Website Tatort) des ENFSI.

2.7.1 EU-Netz der Beraterteams

Das EU-Netz der Beraterteams (EU Network of Advisory Teams, EuNAT) umfasst Beraterteams und Krisenstäbe von Strafverfolgungsbehörden, die bei Ermittlungen in Fällen von Entführung, Geiselnahme und Erpressung strategisch und/oder taktisch beraten, koordinieren und unterstützen.

EuNAT dient als ständiges Bindeglied zwischen den Beraterteams und Europol und erleichtert die umgehende internationale Zusammenarbeit als Reaktion auf lebensbedrohliche Risikolagen. Innerhalb des Netzes werden bewährte Verfahren ausgetauscht und Normen für dieses spezielle Gebiet für die gesamte EU erarbeitet. In diesem Zusammenhang bereitet Europol derzeit auch die Übersetzung und Verbreitung einer Broschüre über die Vermeidung von Entführungen, Geiselnahmen, Erpressung und Gewalttaten sowie Bewältigungsstrategien für diese Kriminalitätsformen vor. Die Broschüre soll Organisationen und Unternehmen als Informationsquelle dienen, die Mitarbeiter in risikoreichen Gebieten einsetzen.

2.7.2 Bewährte Verfahren für den Umgang mit Informanten

Informanten spielen bei der Polizeiarbeit eine wichtige Rolle. Wird bereits frühzeitig ein Informant in den Prozess der Erfassung kriminalpolizeilicher Erkenntnisse einbezogen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Ermittlungserfolg erzielt wird. Die Qualität der erfassten Erkenntnisse ist direkt proportional zur Qualität des Informanten.

Die schwere organisierte Kriminalität wird durch Landesgrenzen nicht eingeschränkt, daher können Informanten Erkenntnisse zur Unterstützung der Strafverfolgung in einer Reihe von Ländern liefern. Die aktuelle Rechtslage in der EU ist in Bezug auf den Umgang mit Informanten nicht einheitlich, obwohl die Zusammenarbeit mit Informanten eine übliche und verbreitete Vorgehensweise darstellt.

- Europol koordiniert ein Netz von Sachverständigen für den Umgang mit Informanten (Covert Human Intelligence Source, CHIS), um den Austausch bewährter Verfahren und Erfahrungen in diesem sensiblen Bereich zu ermöglichen.
- Europol bietet außerdem ein nicht öffentliches Handbuch zum Einsatz und Umgang mit Informanten. Hierbei handelt es sich um ein gemeinsam erarbeitetes Dokument, das von europäischen CHIS-Einheiten verwendet wird, um ähnliche Aspekte in ihrem jeweiligen Land anzugehen und zu harmonisieren.
- In Zusammenarbeit mit CEPOL¹⁵ bietet Europol eine jährliche Schulung zum Umgang mit Informanten an, die auf den Erfahrungen und Anforderungen der Mitgliedstaaten basiert.
- Für Einheiten, die speziell mit dem Umgang mit Informanten betraut sind, wird derzeit eine dedizierte Plattform für die EPE entwickelt, über die sie Wissen austauschen und direkt mit anderen europäischen Strafverfolgungsbehörden kommunizieren können.

_

¹⁵ Europäische Polizeiakademie.

2.7.3 Bewährte Verfahren für grenzüberschreitende Observationen und kontrollierte Lieferungen

Die verdeckte Überwachung zählt zu den wichtigsten modernen Ermittlungsinstrumenten zur Erlangung maßgeblicher Informationen über kriminelle Strukturen. Da OK-Gruppierungen heutzutage jedoch grenzüberschreitend agieren, haben Strafverfolgungsbehörden immer häufiger mit Fällen zu tun, in denen grenzüberschreitende Observation und Überwachung erforderlich sind, was zu Schwierigkeiten auf rechtlicher und operativer Ebene führt.

Europol ist Mitglied der Cross-Border Surveillance Working Group (Arbeitsgruppe grenzüberschreitende Observation), die die internationale Zusammenarbeit fördern und ein Forum zur Erarbeitung sicherer und wirksamer Überwachungstechniken in der Strafverfolgung bieten soll.

Ein weiteres maßgebliches Ermittlungsinstrument ist die Bereitstellung und systematische operative Verwendung von Methoden für die verdeckte Überwachung in Verbindung mit kontrollierten Lieferungen. Die Rechtsvorschriften der verschiedenen Mitgliedstaaten zu kontrollierten Lieferungen wurden in Form einer CD-ROM zusammengestellt und stehen so Sachverständigen als Informationsquelle zu Problemen zur Verfügung, die bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auftreten können.

2.7.4 Bewährte Verfahren für den Zeugenschutz

Der Zeugenschutz bildet einen der Grundpfeiler der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus. Europol verfügt über das weltweit größte Zeugenschutznetz. Europol bietet im Bereich Zeugenschutz Folgendes:

- Harmonisierung der verschiedenen nationalen Programme;
- Entwicklung neuer Zeugenschutzeinheiten und -programme;
- Standardisierung von Prozessen, z. B. dem Wohnortwechsel von Zeugen;
- Ausbildung von Zeugenschutzbeamten, u. a. durch eine einzigartige zweiwöchige Schulung zum Thema Zeugenschutz, die im Jahr 2011 erstmals durchgeführt wurde.

2.7.5 Europol Homicide Working Group (EHWG)

Im Rahmen der Europol Homicide Working Group (Europol-Arbeitsgruppe Tötungsdelikte) sollen Spezialkenntnisse über strafrechtliche Ermittlungen und forensische Aspekte von Tötungsdelikten ausgetauscht werden. Der Schwerpunkt liegt auf der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Strafverfolgungsbehörden in diesem Bereich und deckt Tötungsdelikte im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität, Serienmorde sowie transnationale Fälle von Totschlag oder Mord mit speziellen Modi Operandi wie Ehrenmorde oder Morde aus ethnischen, kulturellen oder religiösen Motiven ab.

Die EHWG unter der Leitung der Metropolitan Police des Vereinigten Königreichs ist das Sachverständigengremium zu Fragen in Bezug auf grenzüberschreitende Tötungsdelikte und bietet europäischen Mordermittlern folgende Unterstützungsleistungen:

- Funktion als Forum für Diskussionen und die Erlangung von Spezialkenntnissen zu Ermittlungsverfahren sowie kriminaltechnischen und forensischen Methoden im Zusammenhang mit Tötungsdelikten durch OK-Gruppierungen, Serienmorden oder transnationalen Ermittlungen bei Tötungsdelikten;
- Erleichterung und Förderung der internationalen Zusammenarbeit, Austausch von bewährten Verfahren sowie Gewährleistung einer engen Arbeitsbeziehung zwischen Europol, Eurojust und Interpol in diesem Bereich;
- Untersuchung und Analyse strategischer Erkenntnisse und Informationen zu grenzüberschreitenden Tötungsdelikten zur Ermittlung neuer Tendenzen bzw. zur Entwicklung neuer Verfahren und ermittlungs- bzw. kriminaltechnischer Instrumente;

• beratende Funktion für Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf ermittlungs- oder kriminaltechnische bzw. rechtliche Aspekte im Zusammenhang mit transnationalen Ermittlungen bei Tötungsdelikten.

Im Rahmen seiner Unterstützungsaufgabe veranstaltet Europol im Jahr 2012 gemeinsam mit CEPOL die Senior Investigating Officers Conference on Homicide (Konferenz für leitende Ermittlungsbeamte zum Thema Tötungsdelikte). In Zusammenarbeit mit der Christ Church University in Canterbury (Vereinigtes Königreich) sammelt Europol außerdem mit Blick auf die mögliche Erstellung eines europäischen Handbuchs zu diesem Thema Informationen zu nationalen Verfahren bei Ermittlungen im Fall von Tötungsdelikten.

2.8 Datenschutzbeauftragter

Europol verfügt über eines der strengsten Datenschutzsysteme im Bereich der Strafverfolgung. Der Datenschutzbeauftragte (DSB) von Europol sorgt auf unabhängige Weise für die Einhaltung der Rechtsvorschriften innerhalb des Datenschutzrahmens, einschließlich der Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem Europol-Personal. Seine Hauptaufgabe besteht darin, einen maßgeschneiderten Rechtsrahmen zu überwachen, der die Anforderungen der operativen Einheiten erfüllt und gleichzeitig die Grundrechte der Betroffenen in allen Bereichen des Datenschutzes wahrt. Darüber hinaus fungiert der DSB als zentrale Kontaktstelle für die Gemeinsame Kontrollinstanz (GKI) und unterstützt diese bei ihren Untersuchungen.

Der Prüfungsrahmen ist jetzt in den Richtlinien für Datenschutzprüfungen bei Europol festgelegt. In diesem Zusammenhang hat der DSB eine Strategie bezüglich der Überwachung der Abfrage eingeführt, die Einzelheiten zu Kontrollmechanismen für die Rechtmäßigkeit der Abfrage personenbezogener Daten aus den Systemen von Europol enthält. Gemäß Artikel 18 des Europol-Ratsbeschlusses (ERB) legt die Strategie genaue Anforderungen für Datenschutzprotokolle und Prüfpfade fest. Auf Grundlage dieser Strategien hat der DSB Prüfungen vorgenommen und relevante Berichte für das EIS, die AWF und andere Systeme zusammengestellt, in denen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Im Laufe des vergangenen Jahres war der DSB an allen wichtigen Projekten beteiligt, in deren Rahmen personenbezogene Daten verarbeitet werden. In diesem Zusammenhang hat er jeweils die Datenschutzanforderungen zusammengestellt oder gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit der GKI koordiniert. Zu den wichtigsten Projekten im Jahr 2011 zählte die Ausarbeitung eines neuen AWF-Konzepts.

Der DSB hat auch 2011 die Datenschutzberichte für Drittparteien erstellt, mit denen Europol operative Kooperationsabkommen abschließen möchte. Europol hat außerdem zwei Kandidatenländer besucht (Albanien und Serbien), um die administrativen Verfahren im Zusammenhang mit dem Datenschutz zu prüfen.

Bei personalbezogenen Daten konzentrierte sich der DSB auf Verarbeitungen, die spezifische Risiken für die Rechte und Freiheiten des Personals darstellen können, insbesondere in Bezug auf Personal- und Sicherheitsfragen. Der DSB unterstützte die Europol-Referate bei der Erstellung von Datenschutzmeldungen und konzentrierte sich im vergangenen Jahr insbesondere auf die Sicherheitssysteme am neuen Sitz von Europol. Des Weiteren informierte der DSB auch 2011 die GKI über Verarbeitungen, die von der GKI vorab zu kontrollieren waren.

Gemäß dem Europol-Ratsbeschluss hat der Datenschutzbeauftragte seinen Jahresbericht dem Verwaltungsrat und der Gemeinsamen Kontrollinstanz vorgelegt.

3. Operative Tätigkeiten von Europol

Eine der wichtigsten Aufgaben von Europol ist es, den Strafverfolgungsbehörden der EU rund um die Uhr operative Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Diese Unterstützung wird in den Mandatsbereichen¹⁶ und auch in Fällen bereitgestellt, die sich über mehrere Kriminalitätsbereiche erstrecken.

Die operative Unterstützung kann durch die Entsendung des mobile office von Europol mit speziellen Analysten und Sachverständigen auch auf Hilfe vor Ort in den Mitgliedstaaten ausgeweitet werden.

Mobile office von Europol

Echtzeitverbindung zu den zentralen Datenbanken und Sachverständigenplattformen von Europol

Europol hat eine leistungsstarke Lösung für ein mobile office entwickelt, über die Europol-Beamte von jedem externen Standort aus unter Anwendung der höchsten Sicherheitsstandards auf alle Instrumente für Informationsabfragen und Analysen zugreifen können.

Das mobile office von Europol wurde **im Jahr 2011 84 Mal** zur Unterstützung europäischer Strafverfolgungsbeamter **entsandt**, dies entspricht einem Anstieg um mehr als 150 % gegenüber 2010 (31 Entsendungen).

Europol spielt eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität. Im Rahmen dieses mehrjährigen Zyklus soll den wesentlichen Bedrohungen durch schwere Kriminalität in der EU auf kohärente Weise begegnet werden.

Auf Grundlage des von Europol erarbeiteten OCTA 2011 hat der Rat acht strategische Prioritäten ermittelt. Nach der Festlegung strategischer Ziele für die einzelnen Prioritäten veranstaltete Europol einen Workshop zur Erarbeitung operativer Aktionspläne, mit deren Hilfe sich aus den politischen Zielen konkrete operative Maßnahmen ableiten lassen. Europol stellt außerdem die Unterstützungseinheit für EMPACT (European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats, multidisziplinäre europäische Plattform gegen Bedrohungen durch Kriminalität), die alle EMPACT-Projekte überwacht und gegebenenfalls Hilfestellung bietet. ¹⁷

Europol hat sich zusammen mit Frontex und Eurojust an der ersten jährlichen Überprüfung der Strategie für die innere Sicherheit (Internal Security Strategy, ISS) beteiligt, deren Ergebnisse im November 2011 vorgelegt wurden.

¹⁶ Gemäß Anhang zum Beschluss des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol) (2009/371/JI).

EMPACT (European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats), EU-Organe und -Einrichtungen, Drittländer und (öffentliche und private) Organisationen, die sich mit europaweiten oder regionalen Bedrohungen durch schwere internationale und organisierte Kriminalität befassen, die vom Rat auf Grundlage der Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität (Serious and Organised Crime Threat Assessment, SOCTA; ab 2013) als vorrangig eingestuft wurden. Dies erfolgt mittels eines mehrjährigen strategischen Aktionsplans oder strategischen Zielen, die von einer Ad-hoc-Sachverständigengruppe der genannten Akteure ausgearbeitet werden, und aus denen konkrete problemorientierte Lösungen für einen wirksamen Umgang mit der als vorrangig eingestuften Bedrohung hervorgehen.

2011 in Zahlen

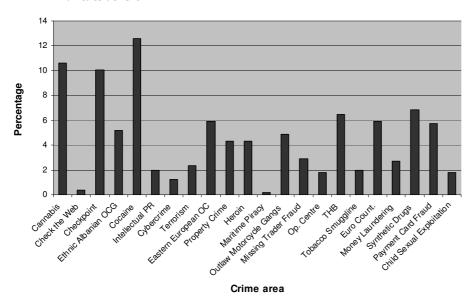
- Im Jahr 2011 hat Europol seine Fähigkeiten zur Informationsgewinnung und seine operativen Kenntnisse eingesetzt, um die Behörden in den EU-Mitgliedstaaten bei 13 697 grenzüberschreitenden Fällen zu unterstützen dies entspricht einem Anstieg um 17 % gegenüber 2010.
- Zur Unterstützung der Ermittlungen der Mitgliedstaaten hat Europol Folgendes erarbeitet:
 - 716 Übereinstimmungsmeldungen
 - 984 Abgleichsberichte
 - 376 Wissenserzeugnisse
 - 340 Berichte zu operativen Analysen.

Tabelle 1 zeigt die Anzahl der Leistungen im Bereich der operativen Unterstützung für die Ermittlungen der Mitgliedstaaten, aufgeschlüsselt nach Art der Leistungen. In den meisten Bereichen hat im Jahr 2011 die Anzahl der erbrachten Leistungen im Vergleich zum Vorjahr stark zugenommen. Diese Daten bestätigen eine allgemeine Tendenz, die darauf zurückzuführen ist, dass Europol die Strategie verfolgt, sich auf operative Tätigkeiten und deren Auswirkungen zu konzentrieren.

Tabelle 1: Art der operativen Unterstützung für die Mitgliedstaaten im Jahr 2011

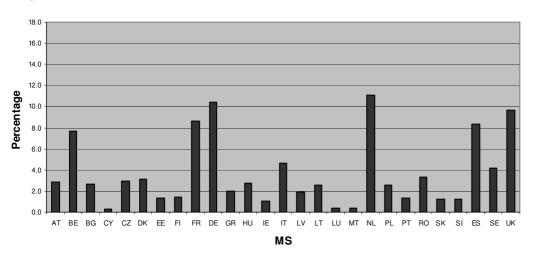
Art der operativen Unterstützung (Anzahl der erbrachten Leistungen)	2011 insgesamt	2010 insgesamt
Kriminaltechnische/forensische Unterstützung	594	543
Finanzielle Unterstützung für operative Sitzungen	142	60
Finanzielle Unterstützung für Ermittlungen (Euro-Fälschung)	28	35
Abhalten von operativen Sitzungen/Koordinierungssitzungen	214	56
Mobile Office (Vor-Ort-Analyse)	84	31
Bereitschaftsdienst rund um die Uhr	26	-

Tabelle 2: Prozentsatz der Operationen mit Unterstützung von Europol im Jahr 2011 nach Kriminalitätsbereich



Percentage	Prozentsatz	Crime area	Kriminalitätsbereich
Cannabis	Cannabis	Outlaw Motorcycle	Kriminelle
		Gangs	Motorradgangs
Check the Web	"Check the Web"	Missing Trader Fraud	MTIC
Checkpoint	AWF Checkpoint	Op. Centre	Operationszentrum
Ethnic Albanian OCG	Ethnisch-albanische OK-	THB	Menschenhandel
	Gruppierungen		
Cocaine	Kokain	Tobacco Smuggling	Tabakschmuggel
Intellectual PR	Verstöße gegen Rechte	Euro Count.	Euro-Fälschung
	des geistigen Eigentums		
Cybercrime	Computerkriminalität	Money Laundering	Geldwäsche
Terrorism	Terrorismus	Synthetic Drugs	Synthetische Drogen
Eastern European OC	OK-Gruppierungen aus	Payment Card Fraud	Zahlungskartenbetrug
	Osteuropa		
Property Crime	Beschaffungskriminalität	Child Sexual	Sexuelle Ausbeutung
		Exploitation	von Kindern
Heroin	Heroin		
Maritime Piracy	Seepiraterie		

Tabelle 3: Prozentsatz der Operationen mit Unterstützung von Europol im Jahr 2011 nach Mitgliedstaat



percentage	Prozentsatz
MS	Mitgliedstaat

Umfrage zur Nutzerzufriedenheit

Auch im Jahr 2011 hat das Europäische Polizeiamt direkt die leitenden Ermittler, die bei Operationen von Europol unterstützt wurden, um Rückmeldungen gebeten. Diese Rückmeldungen haben gezeigt, dass die Analyseerzeugnisse von Europol von den Ermittlern geschätzt werden:

"Die Erkenntnisberichte waren hervorragend, sowohl Inhalt als auch Format sind exzellent."

"In Bezug auf Erstellungsdauer und Vollständigkeit der Analyseberichte gab es bereits in der Vergangenheit nichts zu beanstanden. Strukturell und inhaltlich sind die Berichte sowohl übersichtlich als auch leicht verständlich und damit für die Ermittler problemlos nutzbar."

Die Befragten gaben auch an, die Qualität des Fachwissens und der Beratungsleistungen von Europol zu schätzen, und sie waren sehr zufrieden mit den unterschiedlichen Arten der bereitgestellten operativen Unterstützung, darunter kriminaltechnische und forensische Analysen, finanzielle Unterstützung für Ermittlungen sowie weitergegebenes Fachwissen in den Bereichen synthetische Drogen und Computerkriminalität.

Äußerst positiv bewertet wurden ferner die Räumlichkeiten von Europol in Den Haag, koordinierte Aktionen, finanzielle Unterstützung für die Teilnahme an operativen Sitzungen und Vor-Ort-Analysen. Aus den Rückmeldungen der befragten Ermittler geht eindeutig hervor, dass es sich bei der Kommunikation, der Koordinierung und der operativen Analyse um die am meisten geschätzten Dienste von Europol handelt.

"Die technische Unterstützung war bei den Ermittlungen in Lille äußerst willkommen, denn so konnten die Beamten Zeit und Aufwand sparen. Die technischen Berichte der Spezialisten von Europol wurden von den Ermittlern bei den Vernehmungen der Verdächtigen unmittelbar eingesetzt."

"Die erhaltene technische Unterstützung war sehr gut und spielte eine wichtige Rolle bei der Identifizierung der mehr als 69 000 Verdächtigen im Zusammenhang mit der Website. Ebenfalls zu erwähnen ist die wirksame Art und Weise, in der Hinweise von Europol an die Mitgliedstaaten ergehen."

"Meiner Meinung nach wird sich die fachliche Unterstützung von Europol bei der technischen Analyse von Druckpressen als äußerst wertvoll erweisen, wenn Anklage gegen die Festgenommenen erhoben werden soll."

Die Befragten unterbreiteten Verbesserungsvorschläge betreffend die Analyse und die operative Unterstützung, u. a. schnellere Erstellung der Analyseberichte und frühere Beteiligung von Europol an Ermittlungen.

Tabelle 4: Umfrage zur Zufriedenheit der leitenden Ermittler 2011

Art der bereitgestellten operativen Unterstützung	Durchschnittliche Punktzahl (Höchstwertung: 10)
Sonstige:	
"AWF Synergy im Bereich Kenntnisse über Ausrüstung"	9,5
"Neben den professionellen Fähigkeiten würde ich gern auch auf die Verfügbarkeit der Kollegen von Europol hinweisen, die an der koordinierten Aktion in Frankreich teilgenommen haben."	
"Die an der AWF Twins beteiligten Beamten standen während der gesamten Ermittlungen in diesem Fall in ständigem Kontakt mit den Strafverfolgungsbeamten, die für die Ermittlungen zuständig waren."	
Kriminaltechnische/forensische Analyse (z. B. Kreditkarten)	9,1
Technische Untersuchung von Ausgangsmaterial und Geräten (Geldfälschung)	9,0
Finanzielle Unterstützung für Ermittlungen (Euro-Fälschung)	9,0
Nutzung der Räumlichkeiten von Europol in Den Haag	8,8
(Von Europol) koordinierte Aktionen	8,8
Finanzielle Unterstützung für die Teilnahme an operativen Sitzungen	8,5
Vor-Ort-Analyse	8,2
Unterstützung bei der Aufdeckung illegaler Labors	8,0
Unterstützung bei der Aufdeckung von Falschgelddruckereien	6,0

3.1 Drogen

Die Drogenproblematik gibt den Bürgern Europas aufgrund ihrer Auswirkungen auf die kollektive und individuelle Gesundheit und Sicherheit erheblichen Anlass zur Sorge. Die Bekämpfung der Drogenkriminalität hat bei Europol seit jeher einen hohen Stellenwert. Im Jahr 2011 stand mehr als ein Viertel der von Europol unterstützten Aktionen im Zusammenhang mit Drogen.

3.1.1 Synthetische Drogen

Die Europäische Union ist und bleibt ein wichtiger Standort zur illegalen Herstellung synthetischer Drogen, insbesondere Amphetamine und Ecstasy. Jedes Jahr werden rund 60 bis 90 große Produktionsstätten ermittelt und aufgedeckt.

Im Zuge der Ermittlungen in den Mitgliedstaaten werden häufig Lagerstätten für potenziell gefährliche Grundstoffe ausfindig gemacht, die bei der Drogenherstellung zum Einsatz kommen. Diese Grundstoffe werden aus Asien in die EU geschmuggelt oder dort selbst hergestellt.

Während sich die Herstellung von Amphetaminen auf einem stabilen, aber hohen Niveau eingependelt hat, war bei der Herstellung von Ecstasy nach einem deutlichen Rückgang in den vorangegangenen Jahren im Jahr 2011 wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Eine neue Tendenz in der EU ist die schnelle Verbreitung neuer psychoaktiver Substanzen. Aus dem 2011 veröffentlichten gemeinsamen Bericht¹⁸ von Europol und der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) geht hervor, dass den beiden Behörden offiziell insgesamt 41 neue psychoaktive Substanzen gemeldet wurden. Hierbei handelt es sich um die größte jemals innerhalb eines Jahres gemeldete Anzahl von Substanzen. Zu den gemeldeten Substanzen zählten synthetische Cannabinoide, synthetische Cathinone und synthetische Derivate anderer verbreiteter Drogen.

Die operative Unterstützung von Europol umfasst die Koordinierung und den Anstoß strafrechtlicher Ermittlungen im Bereich der Drogenkriminalität sowie die Unterstützung der EU-Strafverfolgungsbehörden vor Ort bei der sicheren Aufdeckung illegaler Drogenproduktionsstätten und das Sammeln der erforderlichen Beweise. Darüber hinaus führt Europol technische Untersuchungen individuell angefertigter und industrieller Vorrichtungen durch, die in Drogenproduktions- und -lagerstätten beschlagnahmt wurden.

Das EILCS (Europol Illicit Laboratory Comparison System, Europol-System für den Vergleich von illegalen Labors) beinhaltet detaillierte fotografische und technische Informationen zu Produktions- und Lagerstätten für synthetische Drogen sowie Deponien für Abfälle. So wird die Ermittlung von Übereinstimmungen beschlagnahmter Ausrüstung und beschlagnahmten Materialien und Chemikalien ermöglicht. Darüber hinaus umfasst das ESDS (Europol Synthetic Drug System, Europol-System zu synthetischen Drogen) Informationen über Modi Operandi und maßgebliche Auf diese Weise können Übereinstimmungen Beschlagnahmungen. Beschlagnahmungen ermittelt und Profile zur Verfolgung krimineller Gruppierungen angefertigt werden.

_

Jahresbericht 2010 der EBDD und von Europol zur Umsetzung des Beschlusses 2005/387/JI des Rates (...) betreffend den Informationsaustausch, die Risikobewertung und die Kontrolle bei neuen psychoaktiven Substanzen.

Operation De-Bads

Hauptkriminalitätsbereich Ecstasy, Amphetamine, Cannabis und Kokain -

Herstellung und Handel

Beteiligte Länder Belgien, Niederlande

Beitrag von Europol

• Organisation operativer Sitzungen für den Informationsaustausch

• Erstellung von acht Analyseberichten durch die Analysten von Europol, aus denen operative Beziehungen hervorgingen.

Gegenstand der Operation

Die belgische Polizei¹⁹ ermittelte gegen eine belgisch-niederländische kriminelle Gruppierung, die im Bereich der Herstellung und des Handels mit synthetischen Drogen aktiv waren.

Nachdem die Polizei im Raum Gent in Belgien 62 kg Amphetamin beschlagnahmt hatte, wurde klar, dass diese Drogen für eine örtliche kriminelle Motorradgang bestimmt gewesen waren. In enger Zusammenarbeit mit der niederländischen Polizei²⁰ konnte eine mögliche Produktionsstätte im niederländischen Tilburg ermittelt werden. Infolge dieser Zusammenarbeit kam es zu Festnahmen und der Beschlagnahme erheblicher Mengen von Drogen.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Zwölf Festnahmen: neun in Belgien, drei in den Niederlanden mit Auslieferung an Belgien
- Bei Hausdurchsuchungen in Belgien wurden 36 kg Amphetamin gefunden.
- Zehn weitere Hausdurchsuchungen führten zur Aufdeckung und Beschlagnahme von zwei Cannabisplantagen, 1 kg Amphetamin, 100 Ecstacy-Tabletten und 5 l Amphetaminöl.
- Die niederländische Polizei beschlagnahmte ein halbes Kilo Kokain, 30 kg Ecstasy-Tabletten (150 000 Stück), 5 kg Ecstasy-Pulver und 720 l Chemikalien für die Herstellung von Ecstasy-Tabletten.

3.1.2 Kokain

In Europa steht Kokain nach Cannabis an zweiter Stelle der am häufigsten konsumierten illegalen Substanzen. Etwa vier Millionen Europäer haben Berichten zufolge im vergangenen Jahr Kokain konsumiert²¹ und Schätzungen zufolge haben etwa 14,5 Mio. Erwachsene (im Alter zwischen 15 und 64 Jahren) im Laufe ihres Lebens Kokain konsumiert. Dieses Ergebnis deckt sich mit den schnell wachsenden Handelsströmen und der Ausbreitung des Kokainkonsums in Europa. Nach den Vereinigten Staaten hält die Europäische Union weiterhin Platz 2 der Länder bzw. Regionen mit dem weltweit höchsten Kokainkonsum.

Die Hauptherkunftsländer von Kokain sind Kolumbien, Peru und Bolivien. Die Droge gelangt neben anderen westlichen EU-Ländern in erster Linie über Spanien und Portugal in die EU, die über die Länder des westlichen Balkans und Südosteuropa eingeführten Mengen steigen jedoch. Westafrika dient als Durchgangs- und Lagerregion für Kokain aus Lateinamerika mit dem Ziel Europa.

¹⁹ Belgische föderale Kriminalpolizei Dendermonde.

²⁰ Dienst "Nationale Recherche" der niederländischen Polizei.

²¹ Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD), Jahresbericht 2011: Stand der Drogenproblematik in Europa.

Am Kokainschmuggel in die EU sind jedoch nicht nur europäische kriminelle Netzwerke beteiligt. Kriminelle Gruppierungen aus Kolumbien (darunter die revolutionäre Armee von Kolumbien FARC), der Dominikanischen Republik, Westafrika, den Ländern des westlichen Balkans, Mexiko, Russland und der ehemaligen Sowjetunion (z. B. Ukraine, Georgien und Moldau) sind ebenfalls daran beteiligt.

Bei Europol sind Netzwerke der organisierten Kriminalität, die mit Kokain in Verbindung gebracht werden können, Gegenstand eines speziellen Projekts mit folgenden Aufgaben:

- Bereitstellung eines zentralen Dienstes für die schnelle und effiziente Verarbeitung und Analyse von Daten im Zusammenhang mit kriminellen Netzwerken, die mit Kokain handeln;
- Verbreitung von Analyseberichten zur Unterstützung laufender Ermittlungen der Mitgliedstaaten, die zur Festnahme hochrangiger Zielpersonen und der Beschlagnahme mehrerer Tonnen Kokain geführt haben;
- Ermittlung von Möglichkeiten zur Einrichtung gemeinsamer Ermittlungsgruppen, Durchführung gemeinsamer Operationen und gleichzeitiger Ermittlungen, die eine europaweite Zusammenarbeit in der Strafverfolgung gestatten;
- Bereitstellung taktischer und strategischer Informationen für die Mitgliedstaaten über Hauptverdächtige und deren Komplizen;
- Nachverfolgung des aus dem Kokainhandel stammenden Geldflusses und Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Einfrieren und Beschlagnahmen dieser illegalen Erlöse, um die Stellung von kriminellen Gruppierungen zu schwächen, die Kokain herstellen und damit handeln;
- Einleitung und Ausdehnung der operativen und strategischen Zusammenarbeit sowie des Informationsaustauschs zwischen EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern mit dem Schwerpunkt der Schwächung der kriminellen Netzwerke.

Im Rahmen dieses Projekts betreibt Europol außerdem das **Europol Cocaine Logo System (ECLS, Europol-System der Kokain-Logos)** mit den Datenbanken "Cocaine Logo", "Cocaine Punch" und "Specific Means of Concealment".

Operation Aigle 35/Vortice Due

Hauptkriminalitätsbereich Kokainhandel

Beteiligte Länder Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande

Beitrag von Europol

- Unterstützung bei der Organisation operativer Sitzungen
- Koordinierung einer Reihe polizeilicher Operationen
- Sammlung großer Mengen von Daten und Erkenntnissen
- Unterstützung der maßgeblichen Ermittlungsteams in den Mitgliedstaaten durch eine Reihe von Erkenntnisberichten
- Auf Grundlage von Erkenntnissen von Europol wurden in einer Reihe von Fällen die richtigen Hauptverdächtigen identifiziert.

Gegenstand der Operation

Mit Hilfe von Europol und Eurojust konnten knapp 100 albanischsprachige Kokainhändler zur Rechenschaft gezogen werden, die in fünf EU-Ländern mit der Droge gehandelt hatten.

Die Ermittlungen der italienischen Behörden, in deren Mittelpunkt anfangs Gruppierungen der Camorra und 'Ndrangheta standen, konzentrierten sich im späteren Verlauf auf albanischsprachige kriminelle Gruppierungen. Dabei konnten 76 Verdächtige ermittelt werden

und entsprechende Hinweise an die Justizbehörden vor Ort ergehen. 40 verdächtige Personen wurden festgenommen, andere blieben auf freiem Fuß. Darüber hinaus wurden in Italien und Belgien vier bekannte albanische Straftäter festgenommen, die im Zusammenhang mit Kokainhandel gesucht wurden. Diese vier Personen wurden im Jahr 2011 zu hohen Strafen verurteilt.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Es wurde ein beachtliches Netzwerk, hauptsächlich albanischsprachiger Kokainhändler aufgedeckt.
- Im Rahmen der italienischen Ermittlungen kam es zu 40 Festnahmen, außerdem wurden 6 kg Heroin, 2,5 kg Kokain sowie verschiedene Streckungsmittel, Verpackungsmaterial und Ausrüstung beschlagnahmt.
- In Italien und Belgien wurden vier bekannte albanische Straftäter festgenommen, die im Zusammenhang mit Kokainhandel gesucht wurden.
- Die französische Polizei nahm 22 albanischsprachige Verdächtige fest, beschlagnahmte 3,2 kg Heroin sowie Bargeld im Wert von 127 000 EUR.
- Im Rahmen der niederländischen Ermittlungen wurden 20 kg Cannabis sowie Waffen, darunter auch Schusswaffen, beschlagnahmt.
- Von den sieben in Deutschland überprüften Personen wurden drei festgenommen.
- Die Ermittlungen in Belgien führten zur Festnahme von drei Personen und zur Beschlagnahme von 30 kg Cannabis, Streckungsmitteln, Verpackungsmaterial und Ausrüstung.

Operation Salonica

Hauptkriminalitätsbereich Kokain und Cannabis – Herstellung und Handel

Beteiligte Länder Albanien, Belgien, Deutschland, Italien, Ehemalige

Jugoslawische Republik Mazedonien, Österreich,

Serbien, Spanien

Beitrag von Europol

- Koordinierung der Unterstützung der Operation durch Analysen
- Unterstützung bei der Organisation operativer Sitzungen
- Sammlung von Daten und Erkenntnissen für die operative Analyse
- Europol unterstützte die internationale Überwachungsoperation, bei der ein LKW mit der verdächtigen Fracht durch Europa bis nach Albanien verfolgt wurde, wo die Drogen schließlich abgefangen wurden.

Gegenstand der Operation

Diese internationale Polizeioperation führte zur Aufdeckung einer kriminellen Vereinigung spanischer, marokkanischer und albanischer Straftäter, die große Lieferungen von Kokain aus Kolumbien und Haschisch aus Marokko nach Europa einführten und dort verbreiteten. Das kriminelle Netzwerk arbeitete mit einem Drogenkartell zusammen, um in industriellem Maßstab Kokain zu beschaffen und über eine mehrere europäische Länder umfassende Infrastruktur zu verbreiten.

Ziel der Operation war die erfolgreiche Beschlagnahme seitens der albanischen Strafverfolgungsbehörden von einer in 13 t Palmöl versteckten Kokainlieferung aus Kolumbien, die über Antwerpen in Belgien in die EU gelangt war.

Die kriminelle Gruppierung handelte außerdem mit verschiedenen anderen Betäubungsmitteln. Eine Teilgruppe war für den Anbau von Cannabis zuständig, eine andere organisierte die Versorgung mit Haschisch aus verschiedenen Quellen. Die Mitglieder der Gruppierung schmuggelten außerdem aus Spanien nach Italien und in die Niederlande Haschisch, indem sie diesesin den Fahrerhäusern gewerblich genutzter LKW versteckten..

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Beschlagnahme von knapp 1 t Kokain und 160 kg Haschisch
- Aufdeckung eines internationalen kriminellen Drogennetzwerks mit 22 Festnahmen, darunter einige der Hauptverdächtigen
- Aufdeckung der kriminellen Gruppierung in Albanien, die für die Extraktion des im Palmöl gelösten Kokains zuständig war.

3.1.3 Heroin

Die Europäische Union ist ein wichtiger Markt für Opiate. Obwohl Angebot und Nachfrage nach Opiaten, vorrangig Heroin, im Vergleich zu anderen illegalen Substanzen wie Cannabis und synthetischen Drogen relativ niedrig sind, gelten die sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Probleme, die sich aus deren Konsum ergeben, als erhebliche Bedrohung für die Sicherheit und Gesundheit der europäischen Gesellschaft.

Der globale Heroinhandel wird durch den groß angelegten Anbau und die Herstellung in Afghanistan beherrscht; es handelt sich um das bei weitem wichtigste Herkunftsland von in der EU gehandeltem Heroin. Der Großteil dieses Heroins wird über Pakistan und den Iran aus Afghanistan ausgeführt, da dies die kürzesten und direktesten Routen sind.

Beim direkten Schmuggel auf dem Luftweg aus Pakistan in einige EU-Länder ist ein Anstieg zu verzeichnen, große Mengen Heroins gelangen jedoch über Durchgangshäfen in Afrika auf dem Seeweg in die EU. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass Afrika sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Umschlagplatz für den Heroinhandel mit Ziel Europa entwickelt hat, zweifellos um die besser überwachten und kontrollierten Grenzen entlang der traditionellen Schmugglerrouten zu umgehen.

Aus dem Iran wird Heroin über die Grenze in die Türkei und dann weiter über die sogenannten Balkanrouten, die ein Netz von zahllosen Schmuggelmöglichkeiten durch die Region bieten, nach Europa gebracht. Trotz der immer vielfältigeren Muster des Drogenhandels mit Ziel Europa, die auf regionale Entwicklungen in Politik und Infrastruktur und bei den Strafverfolgungstätigkeiten zurückzuführen sind, bleiben die Balkanrouten weiterhin der bevorzugte Transportweg. Schätzungen zufolge werden jährlich etwa 100 t Heroin durch die Balkanländer geschleust, davon gelangen 85 t auf den lukrativsten Verbrauchermarkt – Westeuropa.

Im Jahr 2011 war Europol im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen Drogenhändler an einer Vielzahl von operativen Unterstützungsmaßnahmen beteiligt, insbesondere gegen Personen aus der EU, der Türkei, Westafrika und Pakistan. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten kriminelle Netzwerke, die am Handel mit dem wichtigsten chemischen Grundstoff für die Heroinherstellung, Essigsäureanhydrid, beteiligt waren.

Der Handel mit Heroin nimmt bei weitem den größten Schwerpunkt der Tätigkeiten von Europol ein. Die Herstellung der Droge ohne Essigsäureanhydrid ist jedoch äußerst schwierig. Daher ist dieser Grundstoff bei Heroinhändlern sehr gefragt, und diese versuchen, große Mengen bei legalen Chemieunternehmen zu unterschlagen, darunter auch Unternehmen mit Sitz in der EU. Europol war aus diesem Grund an verschiedenen Fällen im Zusammenhang mit dem Handel mit Essigsäureanhydrid in der EU beteiligt, die große Beachtung fanden und in deren Rahmen mehr als 30 t der Substanz beschlagnahmt wurden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Verwendung bei der Heroinherstellung in Afghanistan bestimmt waren. Essigsäureanhydrid unterliegt internationalen Kontrollen und ist in Großhandelsmengen

bereits für 1 USD pro Liter erhältlich, während es im Süden Afghanistans auf dem Schwarzmarkt den bis zu 400-fachen Wert erzielt.

Teilprojekt Watani

Hauptkriminalitätsbereich Illegale Heroinherstellung

Beteiligte Länder Bulgarien, Deutschland, Österreich, Rumänien,

Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, USA

(US DEA²²)

Beitrag von Europol

- Vorbereitung und Einberufung mehrerer erfolgreicher operativer Sitzungen zur Koordinierung der laufenden Ermittlungen und zum Austausch von Informationen in Zusammenarbeit mit Eurojust und der US DEA
- Bereitstellung von Fachkenntnissen, insbesondere in den Bereichen operative Zusammenarbeit und Erarbeitung von kriminaltechnischen Daten
- Sachverständige von Europol unterstützten die Ermittlungen der Mitgliedstaaten durch die Analyse von Falldaten und die Ermittlung operativer Beziehungen.

Gegenstand der Operation

Die betreffende OK-Gruppierung war am Handel mit erheblichen Mengen eines wichtigen chemischen Grundstoffs für die Heroinherstellung beteiligt. Die Ermittlungen haben bislang zu vier koordinierten Beschlagnahmungen von Essigsäureanhydrid geführt, von denen eine außerhalb der EU erfolgte.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Es wurde ein umfangreiches Netzwerk der organisierten Kriminalität aufgedeckt, das in großem Maße am Handel mit Essigsäureanhydrid inner- und außerhalb der EU beteiligt war.
- Mehr als 30 t dieses wichtigen Grundstoffs wurden bislang beschlagnahmt. Diese Menge ist insbesondere im Hinblick auf die Menge an Heroin von großer Bedeutung, die mit der Substanz hätte hergestellt werden können.

3.1.4 Cannabis

Cannabis ist weltweit betrachtet hinsichtlich Herstellung, Handel und Konsum in seinen verschiedenen Formen, wie Cannabiskraut (Marihuana), Cannabisharz (Haschisch) und Cannabisöl, die am weitesten verbreitete Droge in der EU. Die EU ist ein wichtiger Verbrauchermarkt für Cannabis. Auch die Herstellung ist in vielen Ländern ein zentrales Problem.

Die Herstellung von Cannabis und der Handel damit sind für viele Straftäter ein attraktives Geschäft, da sie augenscheinlich nur mit einem geringen Risiko behaftet sind. Folglich sind zahlreiche kriminelle Gruppierungen an der Herstellung von Cannabis beteiligt, handeln damit und spielen außerdem eine Rolle bei der anschließenden Geldwäsche. Diese kriminellen Netzwerke handeln jedoch selten ausschließlich mit Cannabis. Ihre Handlungen auf diesem Gebiet sind häufig Teil des Geschäfts mit zahlreichen verschiedenen Drogen, dessen Variablen von geografischen und ethnischen Parametern oder lediglich Gelegenheiten abhängen.

²² United States Drug Enforcement Administration (DEA).

Europol fördert, unterstützt und koordiniert die Erkenntnisaspekte von cannabisbezogenen Ermittlungen, während gleichzeitig der Informationsaustausch, die Kenntnisse und Erfahrungen in Bezug auf den Handel mit Cannabis verbessert werden sollen. Zwei Teilprojekte beschäftigen sich mit dem groß angelegten Handel mit Cannabis sowie dem Anbau und der Herstellung. Europol verfügt in erster Linie über Erkenntnisse über laufende Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Cannabishandel, in deren Mittelpunkt die Routen zwischen Nordafrika und Skandinavien stehen.

Europol unterhält das **Europol Cannabis Cultivation Site Comparison System** (ECCCS, Europol-System für den Vergleich von Anbaustätten für Cannabis) und das **Europol Logo System on Cannabis** (ELSC, Europol-System der Cannabis-Logos). Darüber hinaus gehört Europol zur **European Expert Group on Cannabis** (EEGC, Europäische Sachverständigengruppe zum Thema Cannabis), die bereits bei mehreren operativen Fällen einen Beitrag geleistet hat.

Im Jahr 2011 unterstützten spezialisierte Europol-Teams Ermittlungen durch Ad-hoc-Analysen und forensische Untersuchungen vor Ort. Dank der niederländischen Joint Action Taskforce (JAT) konnte ein erheblicher Anstieg im Bereich der Erkenntnisbeiträge verzeichnet werden. Daraus hat sich wiederum eine hohe Anzahl von Analyseinstrumenten ergeben, die bei Europol zur Sensibilisierung für die Lage in den Niederlanden geführt haben und die Identifizierung von Verbindungen zu laufenden Ermittlungen in anderen Mitgliedstaaten möglich machten.

Europol hat in Den Haag eine Schulung zum Thema **Aufdeckung illegaler überdachter Anbaustätten für Cannabis (Innenanbau)** abgehalten, an der Vertreter aus 20 EU-Ländern teilnahmen.

Zwei Sachverständige aus Belgien und den Niederlanden berichteten über die Methodik und die Risiken für Strafverfolgungsbeamte, die derartige Plantagen aufdecken. Bei der Schulung erhielten die Teilnehmer die erforderlichen Informationen, um Cannabisanbaustätten auf sichere Art und Weise aufzudecken und erfolgreich Beweismittel sicherzustellen. Darüber hinaus gingen die Sachverständigen auf die operativen Fähigkeiten von Europol ein. Zum Abschluss der Schulung reisten die Teilnehmer nach Belgien, um dort praktische Übungen mit simulierten überdachten Plantagen zu absolvieren.

Operation Mango

Hauptkriminalitätsbereich Handel mit Cannabis und Euro-Fälschungen

Beteiligte Länder Spanien; betroffen waren 20 EU-Länder

Beitrag von Europol

• Als europäische Zentralstelle für den Schutz des Euro spielte Europol eine wichtige Rolle bei der Operation und übernahm die Koordinierung der Ermittlungen in den Ländern, die von den Handlungen der Fälscher betroffen waren.

Gegenstand der Operation

Die spanische Nationalpolizei ermittelte bereits seit einiger Zeit wegen Drogenhandel und Euro-Fälschung gegen die betreffende kriminelle Gruppierung. Die spanischen Behörden deckten den ersten Teil des kriminellen Netzwerks auf, beschlagnahmten dabei über eine Tonne Cannabis und nahmen elf Verdächtige fest. Anschließend wurden die Ermittlungen mit dem Schwerpunkt Euro-Fälschung fortgesetzt.

Die Hauptzielperson war der Eigentümer eines Vertriebsunternehmens für Lebensmittelkonserven, in dem die Falschgelddruckerei aufgedeckt wurde. Der Verdächtige nutzte das Unternehmen als Deckung für die Falschgelddruckerei, in der 50-Euro-Noten gedruckt wurden. Die kriminelle Gruppierung führte außerdem von anderen kriminellen

Gruppierungen in Italien gefälschte 20-, 50- und 100-Euro-Noten ein, um diese in ganz Europa in Umlauf zu bringen.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Aufdeckung krimineller Gruppierungen im Zusammenhang mit Drogenhandel und der Verbreitung von Euro-Falschgeld mit einem Nennwert von über 2 Mio. EUR in 20 EU-Ländern
- Beschlagnahme von gefälschten Euro-Noten mit einem Nennwert von 1,5 Mio. EUR sowie Material für die Massenproduktion weiterer gefälschter Euro-Noten
- Beschlagnahme von mehr als 1 t Cannabis
- Beschlagnahme von Maschinen und Werkzeugen zur Fälschung spanischer Ausweisdokumente.

3.2 Menschenhandel

Auch im Jahr 2011 war der Menschenhandel in der EU ein großes Problem. Diese Kriminalitätsform verletzt die Menschenrechte einzelner Personen, da diese wie Waren behandelt werden.

Der Umfang und die Natur des Menschenhandels in der EU sind nicht leicht zu definieren, nicht zuletzt, weil diese Straftat häufig hinter anderen verborgen bleibt, beispielsweise hinter der Prostitution, der illegalen Einwanderung und Arbeitsstreitigkeiten. Dies hat zur Folge, dass Fälle von Menschenhandel oft nicht als solche registriert oder untersucht werden.

Es ist unvermeidbar, dass immer mehr EU-Staatsbürger als Opfer von Menschenhandel identifiziert werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass mittlerweile einige Länder, die traditionell Herkunftsländer des Menschenhandels sind, der EU beigetreten sind, während die Staatsbürger anderer EU-Länder mehr Möglichkeiten und Freiheiten genießen, d. h. beispielsweise reisen oder im Ausland arbeiten können. Wichtige Herkunftsländer, wie Russland, die Ukraine, Belarus, die Türkei, Moldau und die Länder des westlichen Balkans, sind jetzt nur noch durch eine Grenze von den EU-Ländern getrennt und ihre Staatsbürger werden im Zuge von Ermittlungen der EU-Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit Menschenhandel immer wieder entweder als Opfer oder als Täter identifiziert.

In der EU agieren darüber hinaus auch Menschenhändler aus Asien, Afrika und Südamerika. Die Anzahl der von diesen Kontinenten stammenden Personen, die im Zusammenhang mit Menschenhandel entweder als Opfer oder als Täter identifiziert werden, ist gestiegen.

Menschenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung ist die am weitesten verbreitete Form dieser Art von Kriminalität. Zwangsarbeit ist jedoch ebenfalls eine verbreitete Problematik, die aufgrund eines mangelnden allgemeinen Bewusstseins für das Thema häufig unentdeckt bleibt. Im Jahr 2011 konnte dank größerer Ermittlungserfolge eine neue Tendenz aufgedeckt werden: Straftäter, die Menschenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung betreiben, nutzen verstärkt das Internet, um Opfer anzuwerben oder sexuelle Dienste anzupreisen.

Im Jahr 2011 hat Europol 22 umfangreiche Ermittlungen gegen Schleuserringe aktiv unterstützt. Dabei hat Europol durch die Entsendung des mobile office von Europol operative Unterstützung vor Ort geleistet, damit die Ermittler direkt am Einsatzort auf Datenbanken und Analyseinstrumente zugreifen konnten.

Operation Veerde

Hauptkriminalitätsbereich Menschenhandel

Beteiligte Länder Tschechische Republik, Vereinigtes Königreich

Beitrag von Europol

• Die Operation richtete sich gegen einen Schleuserring, der an allen Phasen des Menschenhandels (von der Anwerbung bis hin zur Ausbeutung der Opfer) beteiligt war. Dank der Unterstützung einer GEG mit Beteiligung von Europol und Eurojust war die Operation äußerst erfolgreich.

Gegenstand der Operation

Gegen eine OK-Gruppierung, die tschechische Frauen in das Vereinigte Königreich einschleuste, wurde parallel von Strafverfolgungsbehörden der Tschechischen Republik und des Vereinigten Königreichs ermittelt. Den Frauen wurden 30 000 tschechische Kronen versprochen, damit sie sich auf Scheinehen mit Staatsbürgern des Vereinigten Königreichs einließen. Die meisten Betroffenen erhielten die versprochene Summe nie und ihre neu ausgestellten Pässe blieben im Besitz der OK-Gruppierung, vermutlich um weitere Frauen ähnlichen Aussehens einzuschleusen.

Nach der Ankunft im Vereinigten Königreich wurden die Tschechinnen misshandelt, vergewaltigt und zur Prostitution gezwungen oder gegen ihren Willen mit Pakistanis oder Indern verheiratet, um deren Status zu legalisieren. Die OK-Gruppierung stand außerdem im Verdacht des Betrugs mit Sozialleistungen im Vereinigten Königreich.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

• Elf Festnahmen im Vereinigten Königreich und der Tschechischen Republik, Aufdeckung der OK-Gruppierung.

Gemeinsame Ermittlungsgruppen (GEG)

Zur Optimierung der polizeilichen Zusammenarbeit können gemeinsame Ermittlungsgruppen gebildet werden. Diese Gruppen bestehen aus Angehörigen der Polizei- und Justizbehörden aus mindestens zwei Mitgliedstaaten. Sie sind für die strafrechtlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit spezifischen Angelegenheiten für einen begrenzten Zeitraum zuständig. An der Arbeit der GEG können sich Europol und Eurojust beteiligen und diese koordinieren.

Im Jahr 2011 hat sich Europol an der Arbeit von 17 gemeinsamen Ermittlungsgruppen beteiligt und war darüber hinaus auch ohne formelle Vereinbarung an der Arbeit zahlreicher weiterer GEG beteiligt bzw. hat diese unterstützt.

COSPOL (Comprehensive Operational Strategic Planning for the Police; umfassende operative Strategieplanung für den Polizeibereich)* –
Arbeitsgruppe WBOC (Western Balkans Organised Crime, organisierte Kriminalität in den Ländern des westlichen Balkans)

Infolge umfassender Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden unter polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit hat die COSPOL-Arbeitsgruppe WBOC eines ihrer Hauptziele für das Jahr 2011 erreicht: 18 albanische Flüchtlinge konnten festgenommen werden, nachdem sie sich jahrelang der Justiz entzogen hatten.

Unter Inanspruchnahme der Dienste von Europol sowie mit Unterstützung der COSPOL-Arbeitsgruppe WBOC und des nationalen Zentralbüros²³ von Interpol in Rom ermittelten die italienischen Justizbehörden die Hauptverdächtigen und konnten den albanischen Behörden Erkenntnisse zur Verfügung stellen, anhand derer der Aufenthaltsort dieser an schweren Straftaten beteiligten Personen ermittelt und diese festgenommen werden konnten.

Ein Schlüsselfaktor für diesen Erfolg war die Zusammenarbeit mit den albanischen Behörden, die den Aufenthaltsort von 18 albanischen Straftätern ermittelten, die später wegen der Verübung von Straftaten im Zusammenhang mit schwerer und organisierter Kriminalität festgenommen wurden, u. a. Zugehörigkeit zu einer internationalen kriminellen Vereinigung, Mord, Drogen- und Waffenhandel, Beihilfe zur illegalen Einwanderung und Ausnutzung von Prostitution.

Die Festgenommenen werden auf Grundlage eines neuen Auslieferungsübereinkommens zwischen Italien und Albanien an Italien ausgeliefert. Dieses Rechtsinstrument vereinfacht die Interaktion der Strafverfolgungsbehörden dieser beiden Länder erheblich und stellt außerdem einen wichtigen Meilenstein für die künftige internationale polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in dieser Region dar.

* Beim Projekt COSPOL handelt es sich um ein multilaterales Strafverfolgungsinstrument, das im Rahmen der europäischen Taskforce der Polizeichefs (European Police Chiefs Task Force, EPCTF) ins Leben gerufen wurde. Kürzlich wurde vereinbart, COSPOL im Zuge des EU-Politikzyklus in das EMPACT-Projekt zur Westbalkanregion zu integrieren.

3.3 Beihilfe zur illegalen Einwanderung

Unter dem Begriff "Beihilfe zur illegalen Einwanderung" wird eine Reihe schwerer Straftaten zusammengefasst, die alle darauf abzielen, zum Erwirtschaften eines finanziellen Gewinns und entgegen der Gesetze des jeweiligen Landes Hilfe bei der Einreise oder dem Aufenthalt in einem Land zu leisten. Unter die Beihilfe zur illegalen Einwanderung fallen demnach auch die Anfertigung und Beschaffung gefälschter Reisedokumente bzw. von unter falschen Voraussetzungen erlangten Genehmigungen sowie die Durchführung heimlicher Transporte und andere Hilfeleistungen zur illegalen Einreise von Personen bzw. deren Aufenthalt in einem Land – häufig in Verbindung mit einer Reihe weiterer krimineller Handlungen.

Im Allgemeinen sind OK-Gruppierungen, die Beihilfe zur illegalen Einwanderung leisten, eher als lose Netzwerke kleinerer Gruppen organisiert; die meisten haben außerdem ethnische oder andere kulturelle Verbindungen zu den illegalen Einwanderern, denen sie Beihilfe leisten. Die beteiligten OK-Gruppierungen zeichnen sich durch ein hohes Maß an Flexibilität sowie die ungeachtet ethnischer Unterschiede zusammenzuarbeiten - sogar in Regionen, in denen ethnische Konflikte Tradition haben. Personen, die Beihilfe zur illegalen Einwanderung leisten, erkennen gesellschaftliche zunutze, Veränderungen schnell und machen sich diese Strafverfolgungstaktiken, Änderungen von Gesetzgebung oder Rechtsvorschriften und die Eröffnung neuer bzw. kostengünstigerer Transportwege oder neuer Grenzübergänge.

Europol bietet den EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Beihilfe zur illegalen Einwanderung Unterstützung durch Analysen. Die kriminellen Netzwerke, die Beihilfe zur illegalen Einwanderung leisten, sind gelegentlich auch in anderen Kriminalitätsbereichen aktiv, wie der Fälschung von Reisedokumenten, Drogenhandel, Geldwäsche, Menschenhandel u. ä.

²³ Interpol National Central Bureau (NCB) in Rom.

Europol hat diesen Kriminalitätsbereich in Teilprojekte unterteilt, die sich mit bestimmten OK-Gruppierungen, Nationalitäten, Modi Operandi oder geografischen Regionen befassen. Im Jahr 2011 gab es neun aktive Teilprojekte mit den Schwerpunkten Beihilfe zur illegalen Einwanderung aus Vietnam, dem Irak, Afghanistan, dem Iran, Südasien, Nordafrika und China sowie der Erstellung und Verbreitung gefälschter Dokumente. Derzeit unterstützt Europol außerdem Italien bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung aus Nordafrika; Hilfe erhält auch Griechenland beim Vorgehen gegen Netzwerke, die an der griechischtürkischen Grenze aktiv sind.

Europol beteiligt sich an zwei gemeinsamen Ermittlungsgruppen, und zwar an einer GEG mit dem Schwerpunkt Scheinehen und einer GEG bezüglich der Beihilfe zur illegalen Einwanderung von Staatsbürgern Sri Lankas in die EU über Finnland.

Im Jahr 2011 hat Europol neun groß angelegte europäische Operationen unterstützt, deren Ziele kriminelle Netzwerke waren, die Beihilfe zur illegalen Einwanderung leisten.

- Im Rahmen dieser Operationen wurden 161 der Beihilfe zur illegalen Einwanderung verdächtigte Personen festgenommen.
- Die Koordinierung der operativen Tätigkeiten erfolgte im Rahmen von Sitzungen, die von Europol organisiert und durchgeführt wurden.
- Beamte von Europol waren in den operativen Koordinierungszentren vor Ort und leisteten mit technischem Fachwissen, speziellen Instrumenten zur Datenextraktion und durch die Bereitstellung des mobile office von Europol Hilfestellung.
- Während der Ermittlungsphasen konzentrierten sich die Europol-Beamten auf die operativen Analysen und konnten in zahlreichen Fällen Verbindungen zu anderen EU-Ermittlungen aufdecken.

Operation Cestia

Hauptkriminalitätsbereich Beihilfe zur illegalen Einwanderung afghanischer

Staatsbürger

Beteiligte Länder Deutschland, Frankreich, Italien

Beitrag von Europol

- Das mobile office von Europol sowie ein Analyst und ein Spezialist für illegale Einwanderung wurden für die Dauer der Operation zum Hauptsitz der italienischen Polizei in Rom entsandt.
- Die Sachverständigen von Europol stellten während der Ermittlungsphase ihre technischen Fachkenntnisse zur Verfügung und übernahmen die operativen Analysen. Darüber hinaus erstellten sie mehrere Erkenntnisberichte (Intelligence Reports) und sorgten für einen vereinfachten Informationsaustausch.

Gegenstand der Operation

Europol leistete Hilfestellung am Tag der Operation unter italienischer Leitung, die sich gegen einen großen Schleuserring richtete. Auch Eurojust war an der Koordinierung dieser grenzüberschreitenden Ermittlungen beteiligt, die nahezu zwei Jahre dauerten.

Im Mittelpunkt der Ermittlungen stand die Einschleusung afghanischer Staatsbürger aus Afghanistan über Pakistan, den Iran und die Türkei. Anschließend wurden die Migranten über Griechenland nach Rom gebracht. Von dort gelangten sie vorrangig in die bevorzugten Zielländer Vereinigtes Königreich, Norwegen und Schweden. Die Reise von Afghanistan nach Italien, die von wenigen Tagen bis hin zu mehreren Wochen dauern konnte, kostete die Migranten Schätzungen zufolge zwischen 3 500 EUR und 5 000 EUR. Im Zeitraum 2008-2011 wurden schätzungsweise etwa 200 Personen monatlich eingeschleust, dabei handelte es sich

vermutlich bei 20 % um Minderjährige. Bei den Hausdurchsuchungen im Rahmen der Operation wurden Minderjährige aus Afghanistan gefunden.

Das kriminelle Netzwerk verfügte über Zellen in zahlreichen Ländern und war gut etabliert. Die Gruppierung hatte außerdem Zugang zu gefälschten EU-Ausweisdokumenten und nutzte das sogenannte Hawala-System für Geldtransfers zwischen den verschiedenen Teilen des Netzwerks im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Italien und Pakistan sowie im Iran und in Griechenland. Die Drahtzieher des Netzwerks lebten im Vereinigten Königreich.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

• 26 Festnahmen, in erster Linie in Italien, aber auch in Frankreich und Deutschland.

Beim **Hawala-System** (oder Hundi-System) handelt es sich um ein informelles Überweisungssystem für Vermögenswerte, das auf dem Funktionieren eines umfangreichen Netzes von Händlern – vor allem mit Sitz im Nahen Osten, Nordafrika, am Horn von Afrika und in Südasien –, in erster Linie jedoch auf Vertrauen basiert.

Bei der einfachsten Hawala-Variante wird Geld über ein Netz von Hawala-Händlern, den sogenannten Hawaladar, transferiert. Dieser Transfer erfolgt ohne eine tatsächliche Überweisung des Geldes. Ein Kunde wendet sich in einer Stadt an einen Hawaladar und übergibt diesem eine Geldsumme, die an einen Empfänger in einer anderen Stadt, in der Regel im Ausland, transferiert werden soll. Der Hawaladar kontaktiert einen Hawaladar in der Stadt des Empfängers, gibt diesem Dispositionsanweisungen für den Betrag (abzgl. einer geringen Provision) und sichert zu, die Schulden zu einem späteren Zeitpunkt zu begleichen.

In einigen Teilen der Welt stellt dies die einzige Möglichkeit für legale Geldtransfers dar und wurde sogar bereits von Hilfsorganisationen in Regionen genutzt, in denen das System die zuverlässigste Methode bietet. Die Transfers erfolgen in der Regel informell und werden von Regierungen nicht wirksam reguliert. Dies ist insbesondere für Kunden vorteilhaft, die Probleme mit Steuern, Währungskontrolle, Einwanderung oder anderen Aspekten haben.

Operation Schwarz/White

Hauptkriminalitätsbereich Einschleusung illegaler Einwanderer aus Vietnam

Beteiligte Länder Deutschland, Frankreich, Tschechische Republik,

Ungarn, Vereinigtes Königreich

Beitrag von Europol

Operation in fünf Ländern mit Unterstützung und Koordinierung von Europol und Eurojust.

Gegenstand der Operation

Die europäischen Polizeibehörden gingen im Rahmen der Operation gegen eine Reihe raffinierter krimineller Netzwerke vor, die potenziellen Einwanderern ihre Dienste für die illegale Einreise aus Vietnam in das Vereinigte Königreich anboten.

Die Vorgehensweise der Schleuser sah wie folgt aus: Sie verschafften den Vietnamesen falsche Dokumente, brachten sie auf dem Luftweg nach Moskau und von dort aus mit Zügen, Autos oder Lastwagen weiter in die EU. Alle Personen, die in das Vereinigte Königreich einreisen wollten, konnten sich von einer kriminellen Gruppierung mit irakisch-kurdischem Hintergrund zum Preis von 2 000-3 000 EUR aus Belgien oder Frankreich in das Vereinigte Königreich einschleusen lassen. Diese Gruppierung brachte die Einwanderer in Lieferwagen oder Lastwagen versteckt über den Ärmelkanal.

Die Mitglieder der Gruppierung boten außerdem eine kostspieligere Methode (garantierte Einreise zum Preis von 10 000-15 000 EUR), in deren Rahmen sie den Einwanderern ungarische und tschechische Schengen-Visa verschaffte, die in Hanoi für Geschäftsreisen ausgestellt wurden. Die Einwanderer konnten dann per Direktflug nach Paris reisen. Dort wurden sie in von der Gruppierung arrangierten sicheren Häusern untergebracht, bis sie die letzte Etappe ihrer Reise ins Vereinigte Königreich antreten konnten. Es handelte sich um ein raffiniertes Netzwerk mit Zellen in Polen, der Tschechischen Republik, Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Vietnam.

Die Polizei führte Operationen in Lille, Paris, London, Prag, Berlin, München und Budapest durch, deren Ziel mutmaßliche sichere Häuser und Wohnungen waren.

In Frankreich wurde ein von Einwanderern genutztes Durchgangslager in Grande-Synthe in der Nähe von Dunkerque aufgedeckt. Dort wurden 38 Einwanderer (14 Vietnamesen und 17 Personen mehrerer anderer Nationalitäten) aufgegriffen, die sich unter beengten Verhältnissen in dem Lager aufhielten.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Verdächtige Personen, die Beihilfe zu Straftaten leisten, wurden in Frankreich (19), Deutschland (8), Ungarn (5), der Tschechischen Republik (2) und dem Vereinigten Königreich (1) festgenommen.
- In Frankreich wurde eine Plantage für den Innenanbau von Cannabis entdeckt.

Operation Truck

Hauptkriminalitätsbereich Beihilfe zur illegalen Einwanderung durch einen

chinesischen Schleuserring

Beteiligte Länder Frankreich, Portugal, Vereinigtes Königreich

Beitrag von Europol

- In dem bei Europol eingerichteten Koordinationszentrum standen Spezialwerkzeuge für die Kommunikation zur Verfügung, die für die Unterstützung und Koordinierung in Echtzeit benötigt wurden. Außerdem waren Vertreter aller beteiligten Ermittlungsbehörden anwesend.
- Auch Eurojust unterstützte das Koordinationszentrum mit wertvollen Beiträgen aus rechtlicher Sicht.
- Auf Grundlage der gewonnenen kriminalpolizeilichen Erkenntnisse erstellten die Analysten von Europol Analyseberichte.

Gegenstand der Operation

Die Operation richtete sich gegen ein chinesisches Netz, das chinesischen Staatsbürgern Beihilfe zur illegalen Einwanderung in das Vereinigte Königreich leistete. Die potenziellen Einwanderer zahlten den Schleusern bis zu 23 000 EUR für die Reise von China nach Westeuropa. In Europa erhielten die Einwanderer Dokumente, mit deren Hilfe sie in vielen Fällen von Frankreich und Portugal in das Vereinigte Königreich einreisten. Die chinesischen Straftäter beschafften auf betrügerischem Wege Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen sowie gefälschte Visa, Ausweis- und Reisedokumente und sorgten für Rechtsbeistand und die Unterbringung in sicheren Häusern.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

• Festnahme von 18 Verdächtigen: zehn in Frankreich, sechs in Portugal und zwei im Vereinigten Königreich

- Bei parallel stattfindenden Hausdurchsuchungen in Frankreich und Portugal wurden Dokumente, Geld, Kontoauszüge, Mobiltelefone und andere sachdienliche Beweismittel beschlagnahmt.
- Die Ermittlungen bestätigten die Existenz eines gut organisierten kriminellen Netzwerks, dessen Mitglieder Beihilfe zur illegalen Einwanderung leisteten.

3.4 Computerkriminalitätszentrum von Europol

Das Internet hat unsere Art zu leben revolutioniert und zur Schaffung einer grenzenlosen Gesellschaft beigetragen. Die vor 30 Jahren prognostizierte Datenautobahn ist zur Realität geworden und die Welt ist immer stärker von hoch technisierten Kommunikations- und Banksystemen abhängig. Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten für Straftäter und auch neue illegale Waren, insbesondere gestohlene personenbezogene Daten und Finanzdaten sowie illegale digitale Inhalte.

Anfang 2011 wurde im Rahmen der Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Internet-gestützten Kriminalität (Threat Assessment on Internet Facilitated Organised Crime, iOCTA)²⁴ von Europol bekannt, dass es bereits eine gut organisierte digitale Schattenwirtschaft gibt, in der Daten als illegales Gut gehandelt werden. Gleichzeitig erleiden die Opfer von Internetbetrug und Identitätsdiebstahl hohen immateriellen Schaden, denn viele Menschen sind aufgrund mangelnder Erfahrung im Umgang mit dem Internet gefährdet. Durch Internettechnologie sind außerdem kinderpornografische Inhalte einem viel größeren Publikum zugänglich und können darüber hinaus leichter verbreitet werden.

Das im Jahr 2002 eingerichtete Zentrum für Hightech-Kriminalität (High Tech Crime Centre, HTCC) von Europol bietet ein hohes Maß an Fachwissen in Form von drei Spezialistenteams, die sich auf die Bekämpfung der **sexuellen Ausbeutung von Kindern** sowie von **Zahlungskartenbetrug** und **Computerkriminalität** konzentrieren. Dieses Fachwissen stellen die Teams über Leistungen in den Bereichen Koordinierung, Schulung, operative Unterstützung und operative Analysen bereit.

Die Arbeit der drei Teams ist in vielen Aspekten ähnlich. Sie alle führen spezielle computerforensische Untersuchungen zur Unterstützung von Ermittlungen in den Mitgliedstaaten durch und arbeiten eng mit externen Partnern außerhalb des Bereichs der Strafverfolgung zusammen, insbesondere in der Finanz- und Kommunikationsbranche. Die drei Arten von Kriminalität sind weltweit verbreitet. Es ist außerdem offensichtlich, dass Straftäter, die in verschiedenen Bereichen der digitalen Schattenwirtschaft agieren, für eine Reihe von Zwecken dieselben Werkzeuge verwenden, z. B. Übernahme von Websites zur Verbreitung von kinderpornografischen Inhalten oder bösartige Software, die für Angriffe auf Geldautomaten entwickelt wurde.

Vor diesem Hintergrund haben die Beamten der drei Arbeitsbereiche sich zum **Computerkriminalitätszentrum von Europol** zusammengeschlossen. Dank dieser Weiterentwicklung können Fachleute für Online-Kriminalität ihre Fachkenntnisse einfacher austauschen und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen, um die Mitgliedstaaten nachhaltiger zu unterstützen und die Bürger der EU besser zu schützen.

_

²⁴ Auf der Website von Europol zum Herunterladen verfügbar.

3.4.1 Computerkriminalität

Entwicklungen im operativen Bereich

Im iOCTA werden Handlungen im Bereich der Computerkriminalität auf Grundlage von bösartiger Software und Bot-Netzen als eine der Hauptbedrohungen auf dem Gebiet der Internetkriminalität genannt.

Im Bereich der Computerkriminalität aktive Gruppierungen greifen weiterhin Finanzinfrastrukturen mit ausgefeilter Malware an. Im Jahr 2011 unterstützte Europol u. a. die nachstehenden Operationen gegen Malware-basierte Kriminalität:

- Operation Crossbill unter Leitung des Vereinigten Königreichs: Ziel der Operation war eine Gruppierung, die auf dem Gebiet der Malware-basierten Kriminalität aktiv ist und folgender Straftaten verdächtigt wurde:
 - Verbreitung von bösartigen Codes;
 - "Ernte" (Harvesting) von Bankdaten;
 - Betrug, d. h. Diebstahl von Geld von gehackten Konten, und anschließende Geldwäsche.

An diesem Fall war eine der ersten gemeinsamen Ermittlungsgruppen auf dem Gebiet der Computerkriminalität beteiligt, und die Operation ist ein gutes Beispiel für die künftige Zusammenarbeit.

- Bei der Operation Mariposa II handelte es sich um den Folgeeinsatz zur Aufdeckung einer kriminellen Gruppierung, die sogenannte Butterfly-Bots nutzten, im Jahr 2010 in Spanien. Diese schädlichen Butterfly-Bots werden verstärkt durch immer neue Gruppierungen in ganz Europa für Finanzbetrugsdelikte eingesetzt. Durch andauernde Ermittlungen konnte der Einsatz dieser Malware durch weitere Gruppierungen in aller Welt nachgewiesen werden. Um die Bot-Infrastruktur zu vernichten und die Ermittlungen zu koordinieren, wurde im Herbst 2011 eine operative Arbeitsgruppe bei Europol gebildet. Die am stärksten eingebundenen EU-Mitgliedstaaten werden die Arbeiten im Jahr 2012 in enger Zusammenarbeit mit den USA und Australien fortsetzen.
- Bei den operativen Sitzungen konnten durch Abgleiche mit anderen Datensätzen interessante Ergebnisse erzielt werden, die der Sammlung von Beweisen im Rahmen dieser Operation zuträglich sein werden. Des Weiteren wird durch die Ergebnisse ein klareres Bild von der Vorgehensweise der Hauptverdächtigen im Bereich der Computerkriminalität vermittelt.

Europol wird grundsätzlich auch im Jahr 2012 polizeiliche Operationen im Zusammenhang mit Malware unterstützen, dabei liegt jedoch besonderes Augenmerk auf der Ermittlung der raffinierteren Straftäter, beispielsweise Entwicklergruppen, die für die Erst- und Weiterentwicklung der effizienteren Arten von bösartiger Software verantwortlich sind, die in der digitalen Schattenwirtschaft zum Einsatz kommen.

Netzwerke von Geldkurieren werden dazu eingesetzt, die mit Computerkriminalität erzielten Erlöse weiterzuleiten, zu akkumulieren und "auszuzahlen". Die Aufdeckung derartiger Netzwerke zählte zu den wesentlichen Operationszielen des vergangenen Jahres. Bislang hat die Analyse der Beiträge in diesem Bereich zu besseren Einblicken in die Geldströme geführt. Darüber hinaus konnten verschiedene geografische Brennpunkte für die Auszahlung der Erlöse ermittelt werden.

 Ausgehend von der Zusammenarbeit mit den spanischen Behörden und Eurojust wurde ein Projekt zur Abbildung von Geldkuriernetzwerken und zur Ermittlung der Hauptverdächtigen in Europa ins Leben gerufen.

Neben der anhaltenden Bedrohung durch Computerkriminalität mit finanziellem Hintergrund war 2011 eindeutig das Jahr des "Hacktivismus". Anfang des Jahres wurden an der Zensur von WikiLeaks beteiligte Großunternehmen Opfer von Angriffen, später weiteten sich die

Angriffe auf Regierungen, Strafverfolgungsbehörden und politische Parteien aus. In der westlichen Hemisphäre kamen Ableger und Splittergruppen der ursprünglichen "Anonymous"-Bewegung auf.

- Angesichts der Angriffe seitens "Anonymous" und ähnlicher Gruppen gegen eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten organisierte Europol eine operative Sitzung, um die verschiedenen Ermittlungen miteinander zu verknüpfen und das weitere Vorgehen zu planen. Auf Grundlage der bei dieser Sitzung zusammengetragenen Erkenntnisse werden derzeit die Art und die Auswirkungen der Angriffe von "Anonymous" und ähnlichen Gruppen bewertet.
- Außerdem wurden dedizierte Erkenntnisberichte zu den Gruppen "Anonymous" und "Lulzsec" erstellt.

Erkenntnisse

Die Zuständigkeit für die Erkenntnisgewinnung auf dem Gebiet der Computerkriminalität wird weiter ausgebaut, dabei stehen Prognosen und die Enthüllung von Ereignissen im Internet im Vordergrund. Im Jahr 2011 wurden u. a. die folgenden Ereignisse und Bewegungen untersucht und Informationen darüber verbreitet:

- Stuxnet: eine technische Erläuterung dieser raffinierten bösartigen Software;
- "Lulzsec"-Gruppierung: Aufstieg der Gruppierung "Lulzsec" und der "Antisec"-Bewegung;
- "Phone Phreaking": strategische und operative Analyse von hauptsächlich VoIP (Voice over IP)-Missbrauch zur Manipulation eines Telefonsystems, offenbar eine Neuauflage des "Phone-Phreaking"-Konzepts;
- SSL-DoS-Angriffe: möglicher Missbrauch von sicheren Internetzahlungen über das SSL-Protokoll (Denial of Service).

Ergebnisse der andauernden Untersuchungen der Entwicklung des virtuellen Zahlungssystems "Bitcoin" und des kriminellen Missbrauchs des Anonymisierungsnetzwerks "Tor" werden im Jahr 2012 veröffentlicht.

Forensische und operative Unterstützung

Europol führte spezielle forensische Untersuchungen zur Unterstützung von umfangreichen Operationen durch, beispielsweise der vorstehend genannten Operation Crossbill. Im Allgemeinen werden die Ergebnisse der forensischen Untersuchungen von beschlagnahmten Daten auch zur Abbildung der höheren Gruppenstrukturen in der Computerkriminalitätshierarchie genutzt; dies geschieht durch den Abgleich mit anderen Datensätzen.

Schulungen

Schulungen im Bereich der Computerkriminalität werden im Rahmen der folgenden Tätigkeiten entwickelt und bereitgestellt:

- Bei einer gemeinsamen Veranstaltung von Europol und Eurojust wurden rund 80 Staatsanwälte und Richter in Rumänien zu Ermittlungsstrategien im Zusammenhang mit Malware geschult.
- Europol richtete zwei Sitzungen der European Cybercrime Training and Education Group (ECTEG, Europäische Gruppe für Schulung und Ausbildung in Bezug auf Cyberkriminalität) aus und beteiligte sich aktiv an der Arbeit dieser Gruppe durch die Erarbeitung, Koordinierung und Bereitstellung von Schulungen zum Thema Computerkriminalität. Zu

den Mitgliedern der ECTEG zählen CEPOL, Eurojust und Interpol sowie Schlüsselpartner aus akademischen Einrichtungen und der Privatwirtschaft.

- Europol-Mitarbeitern aus anderen Tätigkeitsbereichen wurden im Rahmen von drei akkreditierten Kursen Forensikgrundkenntnisse zu digitalen, netzwerkbezogenen und mobilen Medien vermittelt. Über das Programm erhalten Europol-Beamte praktisches Wissen zur Erleichterung ihrer Tätigkeiten als Fachleute.
- Die operativen Mitarbeiter von Europol wurden geschult, um das mobile kriminaltechnische Ressourcenpaket UFED (Universal Forensic Extraction Device, universelles kriminaltechnisches Extraktionsgerät) vor Ort einsetzen zu können.
- Fachleute für Computerkriminalität beteiligten sich an der CEPOL-Initiative zur Erarbeitung eines Online-Lernsystems zum Thema.

Netzwerk für Computerforensik (CFN)

Das Netzwerk für Computerforensik (Computer Forensic Network) wurde von Europol als Unterstützungsplattform für die AWF- und operationsübergreifende forensische Untersuchung beschlagnahmter Daten eingerichtet.

Im Jahr 2011 wurde im Rahmen des CFN-Projekts eine Plattform als Basis für forensische Untersuchungen digitaler Medien bereitgestellt. Diese Plattform bietet die Möglichkeit, maßgebliche Informationen aus einer großen Menge von Computerdaten zu filtern und zu verarbeiten, wobei die Zulässigkeit der Daten als Beweismittel oder Erkenntnisse gewahrt wird. Diese moderne Funktionalität zur Extraktion und Analyse straftatbezogener Informationen aus digitalen Daten wird im Laufe des Jahres 2012 weiter ausgebaut werden.

Taskforce für Cyberkriminalität in Europa (EUCTF)

In diesem Jahr fanden im Computerkriminalitätszentrum von Europol zwei Sitzungen der EUCTF (European Cybercrime Task Force) statt. Die Gruppe, die aus den Leitern der Einheiten für Computerkriminalität aus den Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und Eurojust besteht, legt die strategische Richtung für die Bekämpfung der Computerkriminalität durch die EU fest und hat die Aufgabe, die vom Ständigen Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) festgelegten strategischen Ziele in Bezug auf die Computerkriminalität in operative Tätigkeiten umzuwandeln.

3.4.2 Sexuelle Ausbeutung von Kindern

Die Produktion und Verbreitung illegaler kinderpornografischer Inhalte wird hauptsächlich durch das Internet erleichtert. Die augenscheinliche Anonymität, die dieses Kommunikationsmittel bietet, erschwert die erfolgreiche Identifizierung von Straftätern und die Aufdeckung ihrer Aufenthaltsorte. Die Entdeckung illegaler Materialien ist nur ein Teil – möglicherweise der Anfang – der Ermittlungen zu Straftaten gegen Kinder. Die Nachverfolgung und Identifizierung von Opfern im Kindesalter steht dabei im Mittelpunkt und stellt für die Strafverfolgung eine zusätzliche Herausforderung dar.

Sobald Material mit Bildern von Kindesmissbrauch das Internet erreicht, stellt es dort eine permanente erneute Viktimisierung des abgebildeten Kindes dar. Das Internet bietet auch eine Plattform für weitere Straftaten gegen Kinder, z.B. das sogenannte "Online-Grooming".²⁵

Im Jahr 2001 wurde eine spezielle Europol-Arbeitsdatei zu Analysezwecken angelegt, um die Tätigkeiten krimineller Netzwerke zu unterbinden und zu bekämpfen, die an der Produktion, dem Verkauf oder der Verbreitung kinderpornografischer Materialien und damit verbundener Straftaten beteiligt sind. Bisher hat Europol Tausende Erkenntnispakete sowie

Beim "Online-Grooming" schlägt ein Erwachsener einem Kind, das nach den nationalen Rechtsvorschriften noch nicht sexuell mündig ist, ein Treffen vor, um dort sexuelle Handlungen an/mit dem Kind vorzunehmen.

Analyseberichte an Strafverfolgungsbehörden herausgegeben, mit denen mehr als 3 000 Kinderschänder sowie eine kohärente Anzahl von Opfern identifiziert werden konnten. Darüber hinaus hat Europol die Mitgliedstaaten bei der computerforensischen Untersuchung digitaler Materialien unterstützt, die von den Polizeibehörden beschlagnahmt wurden.

Aktuelle Tendenzen

- Kinderschänder reisen oder emigrieren in bestimmte Länder, in denen Kinder von ihren Familien oder entsprechenden Mittelsmännern zum Zweck der Ausbeutung oder der Herstellung kinderpornografischer Materialien angeboten werden.
- Kinderpornografisches Material kann auch von Jugendlichen oder Kindern selbst angefertigt werden, die die Risiken einer Verbreitung ihrer Bilder oder Videos unterschätzen. In einigen Fällen werden sie von Kinderschändern im Zusammenhang mit "Online-Grooming" zur Produktion solcher Materialien überredet oder gezwungen.
- "Online-Grooming" und der Versand von Textnachrichten mit sexuellen Inhalten ("Sexting") an junge Menschen über Mobiltelefone und Multimediageräte zählen ebenfalls zu den bekannten Tendenzen.
- Kinderschänder nutzen immer häufiger ausgefeilte Software, um ihre Anonymität zu wahren. Sie verwenden Online-Speichermedien und moderne Verschlüsselungstechnologie, um computerforensischen Untersuchungen der Polizei entgegenzuwirken.
- Die Straftäter konzentrieren sich offenbar darauf, versteckte Kanäle zu nutzen, zu denen nur "ausgewählten" Nutzern privater Zugang gewährt wird. Diese "Auswahl" beruht auf der Anzahl und Art der kinderpornografischen Abbildungen, die sie selbst bereitstellen.
- Es sind andere aufkommende Phänomene zu beobachten, beispielsweise Cyber-Sextourismus, bei dem der Kindesmissbrauch nach Erhalt einer Aufforderung und der entsprechenden Zahlung vor einer Webcam stattfindet.

Operation Rescue

Hauptkriminalitätsbereich Weltweites Netz von Kinderschändern

Beteiligte Länder Australien, Belgien, Deutschland, Griechenland, Island,

Italien, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Polen, Rumänien, Spanien, Vereinigtes Königreich, Vereinigte

Staaten

Beitrag von Europol

- Bei der Identifizierung der Mitglieder eines Rings im Bereich des Kindesmissbrauchs und der Erleichterung operativer Maßnahmen durch die Polizeibehörden in mehreren Gerichtsbarkeiten war die Rolle von Europol von zentraler Bedeutung.
- Insbesondere konnten die Analysten von Europol die Sicherheitsfunktionen eines zentralen Servers des Rings überwinden, auf dem Angaben zur Identität und den Handlungen der mutmaßlichen Kinderschänder gespeichert waren.
- Infolgedessen erstellte Europol mehr als 4 000 Erkenntnisberichte für Polizeibehörden in über 30 Ländern in Europa und anderen Regionen, die zur Festnahme von Verdächtigen und dem Schutz von Kindern geführt haben.
- Aus den Berichten von Europol ergaben sich auch Verbindungen zwischen diesem Ring und anderen Netzwerken, die Ziel verschiedener anderer Ermittlungen waren.

Gegenstand der Operation

Hinter Operation Rescue verbirgt sich ein komplizierter Fall, zu dem die Ermittlungen drei Jahre andauerten, davon die letzten anderthalb Jahre mit Unterstützung von Europol. Das

Amt übernahm außerdem die Koordinierung der Ermittlungen. Strafverfolgungsbehörden aus 14 Ländern schlossen sich zusammen, um in einer weltweit angelegten Aktion gegen die Verdächtigen vorzugehen. In einigen anderen Ländern, die hier nicht genannt werden, laufen die Ermittlungen gegen bestimmte identifizierte Verdächtige noch.

Die mutmaßlichen Kinderschänder waren Mitglieder eines Internetforums (boylover.net), in dem sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jungen angebahnt wurden. Die Website wurde über einen Server in den Niederlanden betrieben; das Forum hatte zu Spitzenzeiten weltweit 70 000 Mitglieder.

Die Website wurde mittlerweile gesperrt. Sie war als Diskussionsforum getarnt, in dem die Mitglieder sich über ihr sexuelles Interesse an Jungen austauschen konnten, ohne sich damit konkret strafbar zu machen, da sie sich so "unter dem Radar" der polizeilichen Aufmerksamkeit bewegten. Nach der Kontaktaufnahme über die Website verlegten einige Mitglieder ihre Verbindungen auf privatere Kanäle, z.B. E-Mail, um illegale kinderpornografische Bilder und Filme auszutauschen und zu verbreiten. Auf Computern, die bei den Festgenommenen beschlagnahmt wurden, fanden die Ermittler riesige Mengen von Kinderpornografie in Bild- und Videoformaten.

Zu Beginn der Ermittlungen identifizierten die Internetteams der Polizei im Vereinigten Königreich und Australien Mitglieder des Forums boylover.net, die als besonders gefährlich für Kinder eingestuft wurden. Die Ermittler verfolgten außerdem den Wechsel der Straftäter auf andere Websites und setzten die Ermittlungen und Risikobewertungen in diese Richtungen fort.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Weltweit bereits 779 Verdächtige ermittelt
- 250 Festnahmen
- 252 Kinder gerettet
- Die Anzahl der geretteten Opfer ist die höchste, die je bei einer Operation dieser Art verzeichnet wurde, und die Ermittlungen dauern noch an.

Virtual Global Taskforce (VGT)

Europol ist seit April 2011 Mitglied der VGT (virtuelle globale Taskforce). Das Ziel der Taskforce ist der Aufbau einer wirksamen, internationalen Partnerschaft von Strafverfolgungsbehörden, NRO und Branchenvertretern zum Schutz von Kindern vor internetbasiertem Kindesmissbrauch. Durch den Beitritt zur VGT beabsichtigt Europol seine Zusammenarbeit in diesem grenzenlosen Kriminalitätsbereich mit Ländern außerhalb Europas zu intensivieren.

Europäische Finanzkoalition (EFK)

Europol führt den Vorsitz der neuen Europäischen Finanzkoalition (EFK). Die Koalition beschäftigt sich mit der Bekämpfung der Verbreitung illegaler Bilder, die den sexuellen Missbrauch von Kindern darstellen, im Internet mit dem Schwerpunkt Finanztransaktionen. Dabei dient die EFK interessierten Parteien wie Strafverfolgungsbehörden, Zahlungssystemanbietern, Internetdienstanbietern und NRO als ständige Plattform und als Ressourcenzentrum.

Filtertechnologie zur Vermeidung der Verbreitung kinderpornografischer Inhalte (Child Sexual Abuse Anti-distribution Filter, CSAADF)

Im Rahmen der COSPOL²⁶-Initiative CIRCAMP (Internet Related Child Abuse Material Project; Projekt über Material über Kindesmissbrauch im Internet)²⁷ wurde die Filtertechnologie zur

²⁶ Beim Projekt COSPOL handelt es sich um ein multilaterales Strafverfolgungsinstrument, das im Rahmen der europäischen Taskforce der Polizeichefs (European Police Chiefs Task Force, EPCTF) ins Leben gerufen wurde.

Vermeidung der Verbreitung kinderpornografischer Inhalte im Jahr 2011 erfolgreich eingeführt.

Zur weiteren Stärkung der operativen Fähigkeiten wurde die internationale Zusammenarbeit durch einen neuen Aktionsplan optimiert. Die im Rahmen der Ermittlungen gewonnenen Erkenntnisse müssen von Europol analysiert und in Form von Erkenntnispaketen an die beteiligten Länder weitergegeben werden.

Darüber hinaus koordiniert Europol die gemeinsamen Maßnahmen der beteiligten Länder und ermittelt internationale Querverbindungen. Zu den ersten gemeinsamen Maßnahmen im Rahmen von CIRCAMP zählte die Operation Icarus, die von Europol koordiniert wurde.

Operation Icarus

Hauptkriminalitätsbereich Online-Netzwerke für den Austausch (File-Sharing) von

kinderpornografischen Inhalten

Beteiligte Länder Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland,

Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Kroatien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien,

Tschechische Republik, Zypern

Beitrag von Europol

• Koordinierung der Operation, an der 23 Länder beteiligt waren

- Erkenntnisse und Zusatzinformationen wurden von Europol über das sichere Informationssystem zur Verfügung gestellt, um die Integrität der Daten und eine schnelle Reaktion in den betroffenen Mitgliedstaaten zu gewährleisten.
- Nach der Sammlung von Erkenntnissen durch die dänische Polizei organisierte Europol eine operative Sitzung zur Verbreitung von Erkenntnispaketen unter den beteiligten Ländern.
- Das Kooperationsnetzwerk von Europol wird die weiteren Ermittlungen außerdem durch die bedarfsabhängige Einbeziehung von Partnern wie Eurojust und Interpol erleichtern.

Gegenstand der Operation

Die Strafverfolgungsbehörden aus 23 europäischen Ländern führten eine groß angelegte Operation gegen ein Online-Netzwerk für den Austausch (File-Sharing) von kinderpornografischen Inhalten durch; diese Operation wurde von Europol unterstützt und koordiniert.

Ziel der Operation waren Personen, die mutmaßlich die schwerwiegendste Form kinderpornografischer Inhalte über das Netzwerk bereitstellten, nämlich Videos über den sexuellen Missbrauch von Babys und Kleinkindern. Ein Großteil des bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmten Materials muss noch forensisch untersucht werden, um festzustellen, in welchem Maße die Verdächtigen am tatsächlichen Kindesmissbrauch beteiligt waren.

Die Operation Icarus wurde im Rahmen einer CIRCAMP-Sitzung Anfang des Jahres 2011 geplant. Auf dieser Sitzung wurde vereinbart, dass die Einheit für Hightech-Kriminalität der dänischen Polizei (DK NITEC) die Operation und die damit verbundenen Ermittlungen leiten sollte, da sie über die umfangreichsten Kenntnisse im Zusammenhang mit dem Austausch von illegalen Materialien über File-Sharing-Systeme verfügte.

²⁷ Folgende Länder und Behörden sind an CIRCAMP beteiligt: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Malta, Niederlande, Norwegen, Schweden, Spanien, Europol und Interpol.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Bisher²⁸ wurden im Rahmen der Operation Icarus 273 Verdächtige in 23 Ländern ermittelt und 113 Verdächtige festgenommen.
- Es wurden bisher unbekannte Netzwerke von Kinderschändern aufgedeckt, die über verschiedene Internetkanäle agieren.
- Die Ermittlungen werden fortgesetzt und es wird von weiteren Festnahmen ausgegangen. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf die Urheber des Materials, die Kinderschänder und deren Opfer.

Europol-Schulung über die Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet

Die 12. jährliche Europol-Schulung über die Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet für Strafverfolgungs- und Justizbeamte fand in Selm (Deutschland) statt. Bei dieser Praxisschulung wurden Grundkenntnisse für Ermittlungen im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet vermittelt. Außerdem sollten die Teilnehmer Kenntnisse und Fachwissen über die Bekämpfung und Aufdeckung von Kinderschändernetzwerken sowie über die Rettung der betroffenen Kinder erlangen.

Projekt "HAVEN" (Halting Europeans Abusing Victims in Every Nation)

Das Projekt HAVEN dient der Koordinierung gemeinsamer EU-Bemühungen zur Bekämpfung von Straftaten im Bereich des Kindesmissbrauchs, die von Europäern außerhalb ihres Herkunftslandes oder Aufenthaltslandes begangen werden. Dazu zählt u. a. auch die Koordinierung internationaler Operationen europäischer Strafverfolgungsbehörden. Im Jahr 2011 wurde eine gemeinsame Operation an einigen der wichtigsten europäischen Flughäfen organisiert. Die beteiligten Länder waren Deutschland (Flughafen Frankfurt), die Niederlande (Flughafen Amsterdam) und Schweden (Flughafen Stockholm). Für das Jahr 2012 sind weitere Tätigkeiten geplant.

Langfristig müssen Präventionsmaßnahmen, wie permanente Meldungen oder ein Warnsystem, ergriffen werden, um reisende Sexualstraftäter zu verfolgen, ihre illegalen Handlungen einzudämmen und Kinder zu schützen.

3.4.3 Zahlungskartenbetrug

Beim Zahlungskartenbetrug handelt es sich um ein zunehmendes weltweites Problem, das innerhalb der Europäischen Union erhebliche finanzielle Verluste verursacht. Diese Verluste bilden gleichzeitig das Vermögen von OK-Gruppierungen, die ihre illegalen Einnahmen in die Ausweitung anderer Arten von kriminellen Handlungen investieren.

Als Ausgangspunkt für den Austausch von Erkenntnissen zu dieser Art von Betrug unterstützen die Europol-Fachleute Ermittlungen zum Schutz des EU-Binnenmarktes und seiner Kunden nicht nur in der EU, sondern weltweit.

Im Jahr 2011 unterstützte Europol die Ermittlungen mehrerer EU-Strafverfolgungsbehörden mit dem Ziel, Akteure im Bereich des internationalen Zahlungskartenbetrugs aufzudecken. Europol konzentrierte sich auf die gefährlichsten OK-Gruppierungen, die illegale Ausrüstung zum Kopieren und Fälschen sowie zum Missbrauch von Zahlungskarten herstellten und verbreiteten. Im Rahmen einer wirkungsvollen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurden mehrere Fabriken zur Herstellung von Skimming-Vorrichtungen sowie globale Schmugglerringe für Geräte, Kartendaten und Geld aufgedeckt.

Mittels der Nachrichten zum Zahlungskartenbetrug informiert Europol die Ermittler in den Mitgliedstaaten und Partnerländern über neue Tendenzen, kriminelle Praktiken und Modi Operandi.

²⁸ 15. Dezember 2011.

Die Zusammenarbeit zwischen Europol und der Privatwirtschaft hat zur Einrichtung der Kartenprüfungsdatenbank **Card Checker** bei Europol geführt. Diese enthält Informationen zu Herausgebern von Zahlungskarten in aller Welt (z. B. American Express, VISA, MasterCard und Tankkarten). Die Datenbank wird bei Europol täglich eingesetzt.

Das mobile office von Europol sowie das mobile kriminaltechnische Ressourcenpaket (einschließlich Card Reader, Universal Forensic Extraction Device (UFED) und Datenbank "Card Checker") liefern vor Ort wertvolle Unterstützung für Ermittlungsmaßnahmen.

- Der Card Reader (Kartenleser) kann die Daten vom Magnetstreifen oder Chip echter und gefälschter Zahlungskarten lesen.
- Die Mitgliedstaaten senden beschlagnahmte Karten zur Datenextraktion an Europol.
- Außerdem kann der Card Reader zum selben Zweck auch direkt bei Polizeirazzien eingesetzt werden.
- Mit dem UFED lassen sich Daten von einem Mobiltelefon abrufen.

Mit dem Videoüberwachungskatalog (**CCTV Catalogue**) hat Europol im Jahr 2011 ein neues Instrument eingeführt. Der Katalog enthält Bilder von Personen, die mit der Manipulation von Geldautomaten und dem Missbrauch von Zahlungskarten in Verbindung stehen. Der Katalog wird den Strafverfolgungsbeamten zur Verfügung gestellt und regelmäßig aktualisiert.

Im Jahr 2011 erarbeitete Europol außerdem eine **Bewertung der Bedrohungslage im Bereich des Zahlungskartenbetrugs in der Europäischen Union** (Threat Assessment on Payment Card Fraud in the European Union). Die Bewertung schildert die aktuelle Situation sowie künftige Tendenzen im Bereich der Kriminalität betreffend Zahlungskarten und Kartentransaktionen.

Es ist das erste Mal, dass eine solche Bewertung erstellt wurde. Bisher wurden keine Zahlen oder Informationen über bestimmte Modi Operandi veröffentlicht, d. h., den Strafverfolgungsbehörden und Entscheidungsträgern mangelte es an einem Gesamtüberblick. In Anerkennung des wachsenden Problems des Zahlungskartenbetrugs hat die Branche beschlossen, gemeinsame Bemühungen anzustrengen, und Europol äußerst sensible Daten zur Analyse übermittelt, die zur Erstellung des Bewertungsberichts führten.

Die Bewertung der Bedrohungslage soll Empfehlungen zu Gegenmaßnahmen und gezielten Aktionen liefern, die auf nationaler und europäischer Ebene ergriffen werden sollten, um die Zahl der Betrugsfälle zu senken. Die derzeitige Situation sowie die Höhe der illegalen Einnahmen der Straftäter, die sich auf mehr als 1,5 Mrd. EUR belaufen, erfordert ein umgehendes und gemeinsames Handeln.

Skimming: Das Kopieren der Daten vom Magnetstreifen einer Zahlungskarte – ohne das Wissen oder die Zustimmung des Karteninhabers – erfolgt in der Regel beim Einsatz der Karte an einem echten Geldautomaten oder einem Zahlungsterminal in einer Verkaufsstelle. Die ausgespähten Daten werden durch ein Gerät auf neue Karten geschrieben (geklont), mit denen dann meist außerhalb des Wohnsitzlandes des Karteninhabers illegale Bargeldabhebungen getätigt werden.

Operation Night Clone

Hauptkriminalitätsbereich Zahlungskartenbetrug

Beteiligte Länder Bulgarien, Italien, Polen, Spanien und die USA

Beitrag von Europol

- Europol richtete nicht nur Sitzungen aus und beherbergte das operative Zentrum, sondern leistete auch wichtige analytische, technische und logistische Unterstützung.
- Am Tag der koordinierten Operation nahmen die bulgarischen Behörden in Zusammenarbeit mit Beamten von Europol, die mit einem mobilen office vor Ort waren, und Beamten der italienischen Strafverfolgungsbehörden Verdächtige fest und führten Durchsuchungen durch.

Gegenstand der Operation

Infolge der mehrere Monate andauernden umfangreichen Ermittlungen konnten im Rahmen einer groß angelegten Polizeioperation die Mitglieder einer der größten kriminellen Gruppierungen identifiziert werden, die nachweislich in den vergangenen fünf Jahren in dem betreffenden Bereich aktiv gewesen waren.

Die Drahtzieher hinter dieser OK-Gruppierung standen im Verdacht, mit einer raffinierten Betrugsmethode mehr als 15 000 Zahlungskarten von EU-Bürgern kopiert und missbraucht zu haben. Die Verdächtigen konnten bei der Operation festgenommen werden. Die Festnahmen erfolgten unter Beteiligung von mehr als 200 Polizeibeamten im Rahmen von gleichzeitigen Operationen, weitere Festnahmen werden noch erwartet.

Die mutmaßlichen Anführer der Gruppierung mit Sitz in Bulgarien waren unter den Inhaftierten. Sie verfügen über Verbindungen zu kriminellen Zellen in Kenia, Südafrika und den USA. Die Methode der Gruppierung basierte u. a. darauf, Kleinkriminelle zu rekrutieren und dahingehend zu instruieren, illegale Bargeldabhebungen durchzuführen.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Ein umfangreiches internationales Netzwerk im Bereich des Zahlungskartenbetrugs wurde aufgedeckt. Die Mitglieder wurden verdächtigt, EU-Bürger um mehr als 50 Mio. EUR betrogen zu haben, indem sie Skimming-Methoden anwendeten, um die Zahlungskarten der Opfer zu kopieren und dann deren Bankkonten zu leeren.
- Festnahmen erfolgten in Bulgarien (48), Italien (9), Polen (1), Spanien (2) und den USA (2).

Operation Iasi

Hauptkriminalitätsbereich Skimming von Kreditkarten

Beteiligte Länder Polen, Rumänien, Schweden

Beitrag von Europol

- Koordinierung der Operation und Unterstützung der rumänischen Ermittler vor Ort während der abschließenden Razzien in Rumänien
- Erleichterung des Informationsaustauschs
- Bereitstellung von Fachwissen und operativen Analysen
- Organisation von zwei operativen Sitzungen in Den Haag für polnische, rumänische und schwedische Ermittlungsbeamte und Staatsanwälte
- Koordinierung der Ermittlungsmaßnahmen, da zahlreiche Mitglieder derselben OK-Gruppierung in Polen festgenommen wurden.

Gegenstand der Operation

Eine in ganz Europa aktive OK-Gruppierung hatte Zahlungskarten gefälscht, kopiert und illegale Bargeldabhebungen getätigt. Die kriminellen Handlungen und illegalen

Kartentransaktionen führten bei den Inhabern und Ausstellern der Karten zu erheblichen finanziellen Verlusten.

Die erfolgreiche Operation unter der Leitung der rumänischen Strafverfolgungsbehörden wurde von Europol und der polnischen Polizei unterstützt.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Fünf Mitglieder der internationalen kriminellen Gruppierung wurden in Rumänien festgenommen.
- Bei 14 Hausdurchsuchungen in mehreren rumänischen Städten beschlagnahmte die Polizei große Mengen Bargeld (50 000 EUR, 50 000 USD und 15 000 GBP) sowie Waren, die die Verdächtigen auf betrügerische Art und Weise erworben hatten.

Vorsicht bei der Nutzung von Geldautomaten

Europol empfiehlt einige einfache Schritte zum Schutz vor Skimming:

Stellen Sie sich möglichst dicht vor den Geldautomaten.

Seien Sie aufmerksam und achten Sie auf andere Personen in Ihrer Nähe.
Wenn sich jemand verdächtig benimmt, sich sehr nah hinter oder neben Sie stellt
oder Sie beobachtet, brechen Sie die Transaktion ab und benutzen Sie einen anderen
Geldautomaten.

Schützen Sie Ihren PIN-Code. Schirmen Sie stets das Tastenfeld mit Ihrer Hand und Ihrem Körper ab, um zu verhindern, dass andere Personen Sie bei der Eingabe des PIN-Codes beobachten können. Geben Sie Ihren PIN-Code nicht an Dritte weiter (selbst dann nicht, wenn diese sich als Polizeibeamte oder Bankmitarbeiter vorstellen).

Wenn Ihnen am Geldautomaten **etwas Ungewöhnliches** auffällt, benutzen Sie ihn nicht und melden Sie Ihre Beobachtungen umgehend der Bank oder der Polizei.

3.5 Kriminalität im Zusammenhang mit geistigem Eigentum

Ein Verstoß gegen Rechte des geistigen Eigentums (Intellectual Property Rights, IPR) bezieht sich auf die Verletzung von zwei Hauptkategorien anerkannter und geschützter Rechte. Die erste Kategorie betrifft die **gewerblichen Schutzrechte** und deckt Bereiche wie Zeichen mit Unterscheidungskraft (Marken), Patente, Muster und Modelle ab. Die zweite Kategorie betrifft die **Rechte des geistigen Eigentums** an literarischen und künstlerischen Werken wie Filmen, Musikstücken und Softwareprogrammen. Die Straftat im Zusammenhang mit dem Verstoß gegen gewerbliche Schutzrechte wird als **Nachahmung**, die Straftat in Verbindung mit einer Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums als **Piraterie** bezeichnet.

Seit einigen Jahren beschränken sich Nachahmungen nicht mehr auf Luxuserzeugnisse, es handelt sich vielmehr um ein globales Problem, von dem alle Arten von Waren betroffen sind.

Durch Nachahmungen und Produktpiraterie kann für die Gesellschaft, die Verbraucher und die Wirtschaft erheblicher Schaden entstehen. Sie wirken sich auf legale Unternehmen aus, indem Umsätze und Einnahmen geschmälert werden, und damit auch auf Innovationen, Investitionen und die Ressourcen, die für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zur Verfügung stehen. Sie begünstigen unfairen Wettbewerb, da die Fälscher nicht durch

Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Steuern und Zölle behindert werden, denen legale Unternehmen unterliegen. Die Folge sind Auswirkungen auf die Beschäftigung sowie Steuerbzw. Verbrauchsteuerverluste für die nationalen Haushalte.

Noch schwerwiegender ist aber u. U., dass Nachahmungen für Verbraucher ein erhebliches Gesundheits- und Sicherheitsrisiko darstellen können, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es bereits Nachahmungen von Erzeugnissen wie elektronischen Geräten, Getränken, Zigaretten, Lebensmitteln, Medikamenten, Pestiziden, Kleidung und Spielzeug gegeben hat.

Den von Europol zusammengetragenen Erkenntnissen und Beweisen ist zu entnehmen, dass OK-Gruppierungen tatsächlich an Piraterie und am illegalen Handel mit nachgeahmten Gütern beteiligt sind. Neben den gering ausfallenden Strafen sowie dem Mangel an wirksamer Strafverfolgung in diesem Bereich geben die hohen finanziellen Erlöse der illegalen Handlungen den kriminellen Vereinigungen die Möglichkeit, erhebliche Gewinne zu erzielen, die wiederum zur Finanzierung anderer krimineller Handlungen eingesetzt werden können. Dazu zählen Verbindungen zu illegaler Einwanderung, Geldwäsche, Schmuggel, Drogenhandel und Korruption.

Erhebungen zufolge hat der Zoll an den EU-Grenzen 2010 im Zusammenhang mit knapp 80 000 Fällen 103 Mio. nachgeahmte und unerlaubt hergestellte Artikel beschlagnahmt.²⁹ Bei diesen Zahlen wurden Ermittlungen und Beschlagnahmungen innerhalb der EU durch andere Strafverfolgungsbehörden wie die Polizei nicht berücksichtigt. Darüber hinaus beinhalten sie nicht die Aufdeckung in der EU hergestellter Produktfälschungen. Die Europäische Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie wurde geschaffen, um die Qualität der Informationen und Statistiken über die Marken- und Produktpiraterie im Binnenmarkt der EU zu verbessern.

In verschiedenen Mitgliedstaaten wurden bereits nachgeahmte Pestizide beschlagnahmt und Europol hat im Jahr 2011 eine operative Sitzung mit Beteiligung der betroffenen Länder abgehalten. Für 2012 plant Europol eine Schulungs- und Informationsveranstaltung für die Mitgliedstaaten, um den Wissensaustausch zu dieser Thematik zu fördern und gemeinsame Maßnahmen zu koordinieren.

Operation Opson

Hauptkriminalitätsbereich Nachgeahmte Lebensmittel und Getränke

Beteiligte Länder Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Italien, Niederlande,

Rumänien, Spanien, Türkei, Ungarn, Vereinigtes

Königreich

Beitrag von Europol

• Europol leistete nicht nur Hilfestellung bei der sechsmonatigen Planung der Operation, sondern auch operative Unterstützung durch die Entsendung von Teams zu Interpol in Lyon und in den Hafen von Rotterdam, wo sie dem niederländischen Zoll behilflich waren.

Gegenstand der Operation

Hunderte Tonnen nachgeahmter bzw. minderwertiger Lebensmittel und Getränke, darunter Champagner, Käse, Olivenöl und Tee, wurden im Rahmen dieser von Interpol und Europol koordinierten Operation in zehn Ländern beschlagnahmt; die verantwortlichen OK-Gruppierungen wurden so zerschlagen.

²⁹ Europäische Kommission – Generaldirektion Steuern und Zollunion: Report on EU customs enforcement of intellectual property rights. Results at the EU border – 2010 (Bericht über die Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die EU-Zollbehörden. Ergebnisse an den EU-Grenzen – 2010).

An der mehrwöchigen Operation waren Polizei, Zoll und nationale Lebensmittelaufsichtsbehörden sowie Partner aus der Privatwirtschaft beteiligt. Es wurden Flughäfen, Seehäfen, Geschäfte und Flohmärkte in den zehn beteiligten Ländern überprüft.

Die Operation Opson (Altgriechisch für "Lebensmittel") hatte drei Hauptziele:

- Sensibilisierung für die Gefahren, die von nachgeahmten und minderwertigen Lebensmitteln ausgehen;
- Aufbau von Partnerschaften mit der Privatwirtschaft mit dem Ziel einer kohärenten Reaktion auf diese Art von Kriminalität;
- Schutz der Verbraucher durch die Beschlagnahme und Vernichtung minderwertiger Lebensmittel sowie Ermittlung der Drahtzieher hinter diesen Netzwerken.

Die Ermittlungen dauern noch an und die endgültigen Ergebnisse der Operation Opson werden nach Abschluss der Operation veröffentlicht. Die Demokratische Republik Kongo beteiligte sich als Beobachter mit Blick auf eine für das kommende Jahr geplante Pilotoperation in Afrika.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Die Strafverfolgungsbehörden beschlagnahmten:
 - mehr als 13 000 Flaschen minderwertiges Olivenöl;
 - 30 t nachgeahmte Tomatensauce;
 - ca. 77 Tonnen nachgeahmten Käse;
 - mehr als 12 000 Flaschen minderwertigen Wein im Wert von 300 000 EUR;
 - 5 t minderwertigen Fisch bzw. Meeresfrüchte
 - knapp 30 000 nachgeahmte Schokoriegel.
- Der Verkauf von nachgeahmtem bzw. minderwertigem Kaviar über das Internet wird ebenfalls untersucht.

Internationale Konferenz in Madrid über die Durchsetzung des Rechts des geistigen Eigentums

Im September veranstaltete Europol gemeinsam mit Interpol und der spanischen Nationalpolizei diese dreitägige Veranstaltung. An der Konferenz nahmen mehr als 450 Ermittler, Staatsanwälte und Sachverständige für IP-Kriminalität aus 52 Ländern teil und vertraten dort sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor.

In operativen Workshops und Rundtischdiskussionen konnten sich die Teilnehmer über bewährte Verfahren austauschen und operative Methoden erörtern. Die Vertreter von Europol gingen auf die operativen Fähigkeiten des Polizeiamts ein.

Die Konferenz bot die perfekte Gelegenheit, auf die Gefahren hinzuweisen, die von nachgeahmten und unerlaubt hergestellten Waren ausgehen, und auf die hilfreichen Analysen und die operative Unterstützung von Europol aufmerksam zu machen, auf die Ermittler zurückgreifen können.

Operation Leatherface

Hauptkriminalitätsbereich Nachgeahmte bzw. minderwertige Elektrowerkzeuge

Beteiligte Länder Spanien

Beitrag von Europol

• Europol informierte die spanischen Strafverfolgungsbehörden über Erkenntnisse, die auf kriminelle Handlungen in ihrer Gerichtsbarkeit schließen ließen.

Gegenstand der Operation

Die Erkenntnisse gaben Aufschluss über Angehörige einer OK-Gruppierung in Spanien, die u. a. der Geldwäsche, der Steuerhinterziehung sowie Straftaten im Zusammenhang mit gewerblichem Eigentum verdächtigt wurden.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Die spanische Guardia Civil nahm 64 Personen fest. 62 der festgenommenen Personen waren Italiener mit Verbindungen zur Camorra.
- In Malaga, Madrid, Barcelona, Valencia und Sevilla wurden Räumlichkeiten durchsucht und große Mengen minderwertiger Waren sowie Markenfälschungen sichergestellt, darunter Generatoren, Kettensägen und andere Elektrowerkzeuge.

Card Sharing

Im Jahr 2011 organisierte Europol eine Schulung und eine operative Sitzung zum Thema "Card Sharing", d. h. der Herstellung und Verteilung unerlaubt hergestellter Smartcards für PayTV-Angebote. Trotz der enormen Erlöse, die beteiligte kriminelle Netzwerke mit diesen Handlungen erzielen, ist darüber nur wenig bekannt bzw. besteht seitens der Strafverfolgungsbehörden nur geringes Interesse. Den Erkenntnissen von Europol zufolge liegt der Großteil dieses Kriminalitätsbereichs in der Hand von EU-Staatsbürgern.

3.6 Zigarettenschmuggel

Europol unterstützt Strafverfolgungsbehörden bei der Vermeidung und Bekämpfung der Aktivitäten von OK-Gruppierungen im Zusammenhang mit der illegalen Herstellung von Zigaretten und Tabakerzeugnissen und dem Handel damit.

Auch der Tabakschmuggel ist keine Straftat ohne Opfer ("victimless crime"). Bei den Einnahmen, die Regierungen dadurch entgehen, handelt es sich um wichtige Gelder, die in grundlegende öffentliche Dienstleistungen fließen könnten, z.B. Schulen, Krankenhäuser, Straßenbau und Strafverfolgung.

- Schätzungen zufolge entstehen der EU durch den illegalen Tabakhandel jährlich Einnahmeverluste in Höhe von etwa 10 Mrd. EUR.
- In einen 40-Fuß-ISO-Container (12 m lang) passen bis zu 10 Mio. Zigaretten. Wird eine solche Menge beispielsweise nach Irland geschmuggelt, belaufen sich die Einnahmeverluste auf etwa 3 Mio. EUR; der Schmuggel in das Vereinigte Königreich würde Verluste in Höhe von 1,25 Mio. GBP verursachen.
- Dem Tabakunternehmen British American Tobacco Plc (BAT) zufolge verkaufen Schmuggler in der EU jährlich 52 Mrd. Zigaretten dies entspricht 6 000 der genannten 40-Fuß-ISO-Container. Der durchschnittliche Verkaufspreis in der EU für dieses illegale Erzeugnis liegt bei 2,50 EUR pro Päckchen.

Zur Steigerung der Gewinne wird ungeachtet von Gesundheitsrisiken und Qualitätskontrollen illegaler Tabak aus billigen Rohstoffen hergestellt. Diese Zigaretten werden anstelle echter Produkte, die gewisse Standards erfüllen müssen, an Raucher verkauft. Die Fälschungen enthalten gegenüber echten Markenprodukten in der Regel viel höhere Anteile an Teer und Nikotin, und beim Rauchen entsteht mehr schädliches Kohlenmonoxid. Die nachgeahmten Zigaretten können eine stark gesundheitsgefährdende Mischung aus krebserregenden chemischen Substanzen wie Arsen, Kadmium, Benzol und Formaldehyd enthalten, deren

Anteil deutlich höher ist als bei echten Zigaretten. Beschlagnahmte nachgeahmte Zigaretten enthielten u. a. Milben, Insekteneier, Pilze und sogar Fäkalien.

Nachgeahmte und geschmuggelte Tabakerzeugnisse werden auf offenen Märkten verkauft und die Kunden merken häufig nicht, dass sie illegale Erzeugnisse erwerben. Der Erlös geht direkt an kriminelle Gruppierungen, die damit andere Bereiche der schweren organisierten Kriminalität und des Terrorismus finanzieren.

- Die Ermittlungsstelle des UN-Sicherheitsrats (Expertengruppe) berichtete von Millionenbeträgen in USD, die als Erlöse aus dem Handel mit illegalen Tabakerzeugnissen an Al-Qaida, die Taliban und andere terroristische Organisationen fließen. Dem Bericht zufolge finanzieren sich mit diesen Mitteln auch kongolesische Rebellengruppen, die u. a. Kindersoldaten rekrutieren und für Massenvergewaltigungen und -morde verantwortlich sind.
- Nach Schätzungen der Royal Canadian Mounted Police (RCMP) aus dem Januar 2011 waren 69 % der 105 des Tabakschmuggels verdächtigen OK-Gruppierungen auch an Drogen- und Waffenhandel beteiligt.
- Viele Länder betrachten sich selbst lediglich als Durchgangsländer im illegalen Tabakhandel. Sie sind jedoch auch Opfer dieser Kriminalitätsform, da die OK-Gruppierungen Lager, Transportmöglichkeiten und finanzielle Unterstützung benötigen, um die illegalen Erzeugnisse von der Quelle auf den Markt zu bringen und die erzielten Erlöse mittels Geldwäsche "reinzuwaschen". Entlang der Transportrouten wird durch Schwarzmarktaktivitäten der Handel logistisch erleichtert; Strafverfolgungsbeamte sind möglicherweise bestechlich und den Schaden erleiden legale Unternehmen.

Operation Tsar

Hauptkriminalitätsbereich Internationale Zigarettenschmugglerringe

Beteiligte Länder Deutschland, Frankreich, Italien, Slowakei, Tschechische

Republik, Ungarn

Beitrag von Europol

- Die Operation wurde von Europol und Eurojust unterstützt und koordiniert und umfasste einen sorgfältig geplanten Operationstag, an dem mehr als 150 Strafverfolgungsbeamte im Einsatz waren.
- Mithilfe eines mobile office unter der Leitung eines Analysten von Europol wurde rasch ein Koordinationszentrum eingerichtet, das bereits von Beginn an wertvolle Unterstützung durch Analysen bot.
- Der mehrere Behörden übergreifende koordinierte Ansatz auf EU-Ebene gestattete den Austausch von Informationen und Beweisen in Echtzeit, die Zusammenarbeit der Zoll-, Polizei- und Justizbehörden in den beteiligten Ländern und den umgehenden Abgleich der gesammelten Daten.

Gegenstand der Operation

Europol und Eurojust halfen verschiedenen Mitgliedstaaten bei der Zerschlagung eines umfangreichen Netzwerks, das nachgeahmte Zigaretten aus der Ukraine in das Vereinigte Königreich schmuggelte.

Die von Frankreich im Zusammenhang mit einem Fall eingeleiteten Ermittlungen ergaben, dass sich in einer an mehrere EU-Mitgliedstaaten angrenzenden Region der Ukraine eine strukturierte kriminelle Vereinigung gebildet hatte. Dieses Netzwerk nutzte in mehreren der betroffenen Länder Scheinfirmen als Deckung und verfügte so über legale Transportmöglichkeiten.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Es wurden fünf europäische Haftbefehle ausgestellt und fünf Personen festgenommen. Die Verdächtigen warten auf ihren Prozess.
- Es wurden gleichzeitig 13 Häuser und Unternehmen durchsucht; dabei wurde eine große Menge an Beweismitteln, Computer, Mobiltelefone und IT-Geräte beschlagnahmt.

3.7 Euro-Fälschung

Der Auftrag von Europol beinhaltet die Prävention und Bekämpfung von Geldfälschung, insbesondere der Fälschung des Euro. Europol wurde als Zentralstelle der Europäischen Union zur Bekämpfung der Euro-Fälschung benannt. Aufgrund dieses Rechtsstatus ist Europol berechtigt, als weltweite Kontaktstelle im Zusammenhang mit der Euro-Fälschung zu fungieren.

Europol arbeitet eng mit den EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Zentralbank (EZB), der Europäischen Kommission, dem europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), Interpol und weiteren Partnern zusammen.

Um die Funktion als Zentralbüro zu erfüllen, bietet Europol seinen Partnern eine breite Palette von Produkten und Dienstleistungen:

- Europol unterstützt die Strafverfolgungsbehörden aktiv durch die Erfassung, Analyse, Verbreitung und Erleichterung des Austauschs kriminalpolizeilicher Erkenntnisse sowie die Bereitstellung von Fachwissen und Kenntnissen zur Unterstützung von Ermittlungen.
- Europol ist an allen wichtigen Ermittlungen im Bereich Euro-Fälschung in der EU beteiligt, u. a. durch die Mitgliedschaft in gemeinsamen Ermittlungsgruppen.
- Darüber hinaus gewährt Europol bei Bedarf finanzielle Unterstützung sowie Vor-Ort-Unterstützung.
- Die kriminaltechnische Unterstützung von Europol hilft Strafverfolgungsbehörden bei der Ermittlung des Ursprungs von Materialien und Geräten, die zur Anfertigung von Fälschungen eingesetzt werden.
- Außerdem liefert Europol technische Unterstützung und veranstaltet Schulungen zu taktischen und technischen Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz des Euro vor Fälschung.

Operation Gazeta

Hauptkriminalitätsbereich Massenproduktion von Euro-Fälschungen

Beteiligte Länder Polen

Beitrag von Europol

- Operationsunterstützung durch die Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit
- Aufdeckung des Verbreitungsnetzes für die Fälschungen außerhalb Polens
- Fachliche Beratung zu Drucktechniken für Fälschungen und mögliche Ausrüstung der Fälscher im Vorfeld der Razzia
- Beteiligung an der Untersuchung der Falschgelddruckerei und technische Unterstützung vor Ort.

Gegenstand der Operation

Im Rahmen einer von Europol unterstützten Operation der polnischen Polizei wurde eine der größten Falschgelddruckereien für Euro aufgedeckt.

Die polnische Polizei untersuchte anfangs Betrugsfälle im Zusammenhang mit der Verwendung gefälschter Dokumente und entdeckte dabei eine Fälscherwerkstatt für Ausweisdokumente. Es stellte sich heraus, dass in dieser Werkstatt auch Falschgeld hergestellt wurde.

Bei einer Razzia in der Nähe von Warschau entdeckten die Strafverfolgungsbeamten eine vollständig ausgerüstete Druckerei, in der sowohl Banknoten als auch Ausweisdokumente gefälscht wurden.

Durch diese erfolgreiche Operation konnte die potenzielle Herstellung und Verbreitung großer Mengen von Euro-Fälschungen von hoher Qualität vermieden werden, die geeignet waren, kommerzielle Vorrichtungen zur Echtheitsprüfung zu täuschen.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Es wurde eine Rekordmenge an gefälschten 50- und 500-Euro-Banknoten mit einem Nennwert von insgesamt mehr als 1 Mio. EUR beschlagnahmt.
- Eine Person wurde unter dem Verdacht der Herstellung gefälschter Banknoten und Dokumente festgenommen.
- 7 500 Blatt ungeschnittenes A4-Papier für 50-Euro-Noten mit Sicherheitsmerkmalen wie Hologrammen wurden ebenfalls beschlagnahmt.
- Außerdem wurde eine breite Palette an polygrafischer Ausrüstung und Materialien zur Herstellung von Fälschungen, darunter eine Offset-Druckmaschine, beschlagnahmt.
- Die Polizisten stellten große Mengen gefälschter Dokumente und zugehöriger Materialien für die Herstellung sicher, z. B. Ausweise, Pässe, Fahrzeugzulassungen aus mehreren europäischen Ländern, juristische Urkunden und Stempel verschiedener Landesämter.

Operation Chipmunk

Hauptkriminalitätsbereich Herstellung gefälschter Euro-Banknoten und -Münzen

Beteiligte Länder Belgien, Frankreich

Beitrag von Europol

- Im Koordinationszentrum stellten Sachverständige von Europol ihre technischen Fachkenntnisse zur Verfügung und unterstützten die operativen Analysen.
- Die technische Untersuchung der beschlagnahmten Banknoten durch Europol ergab eine Verbindung zu Ermittlungen der italienischen Strafverfolgungsbehörden und anderer internationaler Partner.

Gegenstand der Operation

Im Rahmen einer von den belgischen Behörden³⁰ eingeleiteten Ermittlung mit Unterstützung von Europol wurden zwei Euro-Falschmünzereien aufgedeckt und eine OK-Gruppierung zerschlagen, die für die Verbreitung gefälschter Euro-Banknoten und -Münzen verantwortlich war.

Die Verdächtigen italienischer und belgischer Herkunft wurden festgenommen, nachdem sie zwei Falschmünzereien industrieller Größenordnung in Belgien aufgebaut hatten, in denen gefälschte Euro-Münzen hergestellt wurden. Ausgehend von der Festnahme eines

Belgische föderale Polizei, Kriminalpolizei Mons, mit Unterstützung der örtlichen Polizei in La Louvière, der Königlichen Belgischen Münze (Koninklijke Munt van Belgie/Monnaie Royale de Belgique) und des belgischen zentralen Dienstes zur Bekämpfung der Falschmünzerei (Office central de la répression du faux monnayage, OCRFM/Centrale Dienst voor Beteugeling van Valsmunterij, CDBVM).

Verdächtigen in Frankreich, über den Verbindungen zu den Ermittlungen in Belgien aufgedeckt wurden, war auch die französische Polizei an dieser Operation beteiligt.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Insgesamt wurden gefälschte Euro-Banknoten mit einem Nennwert von etwa 60 000 EUR beschlagnahmt.
- Neben der Aufdeckung der Falschmünzereien und der Beschlagnahme der fertigen Münzen wurden bei der Operation auch Geräte und Materialien zur Herstellung falscher 1-Euro- und 50-Cent-Münzen wie Farben und Rohlinge beschlagnahmt.
- Es wurden auch mehrere Schusswaffen sichergestellt.

Gemeinsame Ermittlungsgruppe (GEG) Limón

Hauptkriminalitätsbereich Euro-Fälschung und Skimming von Kreditkarten

Beteiligte Länder Bulgarien und Spanien mit Unterstützung durch die USA

Beitrag von Europol

- Während der Ermittlungsphase fertigte Europol mehrere Erkenntnisberichte (Intelligence Reports) an und sorgte für einen schnellen Erkenntnisaustausch, der ebenfalls zur Aufdeckung neuer krimineller Verbindungen führte.
- Die Sachverständigen von Europol waren für die technische Unterstützung der Untersuchung einer Falschgelddruckerei im Zentrum von Sofia verantwortlich, in deren Rahmen sie mithilfe von Spezialausrüstung nach Spuren von Euro-Zeichen suchten.
- Europol unterstützte die Ermittlungen auch finanziell.

Gegenstand der Operation

Es wurde eine gemeinsame Ermittlungsgruppe mit Mitgliedern aus Bulgarien und Spanien sowie von Eurojust und Europol gebildet, deren Aufgabe die Bekämpfung von Euro-Fälschungen war. Unterstützung erhielt die GEG auch vom US-Geheimdienst (US Secret Service).

Die erfolgreiche Arbeit dieser GEG führte zur Aufdeckung von drei Euro-Falschgelddruckereien sowie zur Zerschlagung der an der Herstellung und Verbreitung des Falschgelds beteiligten OK-Gruppierung.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Sechs Festnahmen; Aufdeckung einer Falschgelddruckerei für 100-, 200- und 500-Euro-Banknoten in Plowdiw, Bulgarien
- Beschlagnahmung von gefälschten Banknoten mit einem Nennwert von mehr als einer halben Mio. EUR, einer Offset-Druckmaschine, einer Heißfolienprägemaschine, Farben, Druckerschwärze, Computern und Folien
- Später wurden zwei weitere Falschgelddruckereien in Sofia sowie Vororten der Stadt aufgedeckt, in denen gefälschte Euro und US-Dollar hergestellt wurden.
- Dabei wurden auch andere Fälschungen, z. B. Pässe, Steuerbanderolen und Kunststoffkarten, darunter einige mit Kreditkartenlogos, beschlagnahmt.

3.8 Mehrwertsteuerbetrug

Schätzungen der Europäischen Kommission zufolge belaufen sich die Verluste der Mitgliedstaaten durch Mehrwertsteuerbetrug auf etwa 60 Mrd. EUR jährlich. Innergemeinschaftlicher Mehrwertsteuerbetrug (Missing Trader Intra-Community, MTIC) ist

eine Form des raffinierten organisierten Steuerbetrugs, die sich gegen die Mehrwertsteuerregelungen von EU-Mitgliedstaaten richtet. Grundsätzlich sind am transnationalen innergemeinschaftlichen Mehrwertsteuerbetrug immer mindestens zwei Mitgliedstaaten beteiligt.

Straftaten im Bereich MTIC-Betrug werden von organisierten Straftätern verübt, die auf eine Reihe miteinander verbundener Unternehmen und Einzelpersonen zurückgreifen, um die nationaler Mehrwertsteuersysteme auszunutzen und aleichzeitia tatsächlichen den Verbindungen zwischen Beteiligten verschleiern. zu Mehrwertsteuerbetrug Beteiligten und ursprünglich für die Steuerverluste Verantwortlichen sind nur kurze Zeit, manchmal lediglich einige Wochen, aktiv, bevor sie vom Markt verschwinden. Die Betrugssysteme basieren entweder auf echten oder mittlerweile verstärkt auf virtuellen "Karusselltransaktionen", bei denen dieselben "Waren" mehrfach verkauft werden.

Herkömmlicher warenbasierter MTIC-Betrug – häufig unter Einbeziehung von Gütern wie Mobiltelefonen, Computerchips oder Edelmetallen – ist jedoch nicht mehr der einzige Grund zur Besorgnis. Es ist ein deutlicher Anstieg der Fälle von dienstleistungsbasiertem MTIC zu verzeichnen, wobei die Straftäter ihr Interesse an immateriellen Artikeln zeigen und ihre kriminellen Handlungen auf die Umwelt- und Energiemärkte ausgedehnt haben.

Zu den Prioritäten von Europol im Jahr 2011 zählte die Koordinierung und Verbreitung von Erkenntnissen zur Unterstützung der strafrechtlichen Ermittlungen in den Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit Mehrwertsteuerbetrug beim Handel mit Emissionszertifikaten sowie EU-Zertifikaten (European Union Allowances, EUA).

Europol schätzt die Verluste durch den Betrug im Zusammenhang mit Emissionsgutschriften zwischen Juni 2008 und Dezember 2009 auf etwa 5 Mrd. EUR. Seitdem haben die Strafverfolgungsbehörden in Deutschland (April 2010) und Italien (Dezember 2010) umfangreiche Operationen durchgeführt, bei denen zahlreiche Verdächtige festgenommen sowie Räumlichkeiten durchsucht wurden. Europol hat eine Spezialgruppe mit dem Ziel eingesetzt, die rund 30 strafrechtlichen Ermittlungen in den EU-Mitgliedstaaten zu koordinieren. Der erste Prozess gegen Betrugsverdächtige im Zusammenhang mit Emissionsgutschriften fand im Januar 2012 in Frankreich statt. Ähnliche Prozesse stehen in Deutschland und im Vereinigten Königreich an.

Das Europol-Analyseprojekt betreffend MTIC-Betrug ist die einzige Datenbank auf EU-Ebene zur Speicherung von strafrechtlich relevanten Informationen und hat sich zur wichtigsten Referenzquelle für Operationen von Strafverfolgungsbehörden entwickelt. Die bei Europol gespeicherten Kenntnisse und Daten ermöglichen die realistische Abbildung dieses Kriminalitätsbereichs sowie die Identifizierung der wichtigsten kriminellen Ziele. Europol hat sich zu einem Kompetenzzentrum für die Bekämpfung grenzüberschreitender Fälle von MTIC und damit zusammenhängender Straftaten entwickelt.

Im Jahr 2011 unterstützte Europol die Mitgliedstaaten bei Ermittlungen in folgenden Bereichen:

- kriminelle Handlungen in Verbindung mit dem EU-Emissionshandelssystem (Betrug im Zusammenhang mit Emissionsgutschriften);
- Diebstahl von handelbaren EU-Zertifikaten:
- erfolgreiche Phishing-Angriffe über Konten in den nationalen Registern;

Im Rahmen der Unterstützung unternahm Europol im Wesentlichen die nachstehenden Tätigkeiten:

• Entsendung des mobile office zur Unterstützung der Gewinnung und Analyse von Erkenntnissen in Dubai;

- gemeinsame Strategiesitzung von Europol und Eurojust zum Thema Mehrwertsteuerbetrug unter Beteiligung von rund 80 Sachverständigen aus Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie politischen Entscheidungsträgern aus ganz Europa;
- Sitzungen zur Koordinierung von strategischen und operativen Aspekten sowie Erkenntnissen mit einschlägigen Partnern wie Eurojust, der Steuer- und Zollverwaltung des Vereinigten Königreichs (HM Revenue and Customs, HMRC) und der Polizei von Dubai;
- acht Festnahmen und 20 Hausdurchsuchungen im Vereinigten Königreich im Rahmen von Operation Vista in Koordination mit 33 Hausdurchsuchungen in Deutschland und einigen in der Tschechischen Republik, einschließlich Anforderung von Unterstützung bei der Analyse der beschlagnahmten Beweismittel.

Es wurden auch Zahlungsplattformen und Einrichtungen zur Unterstützung der Finanzflüsse, die mit kriminellen Handlungen in Verbindung stehen, ermittelt und analysiert. Ausgehend von diesen Analysen wird Europol im Jahr 2012 eine Konferenz abhalten, um die Ergebnisse zu erörtern und die Reaktion der EU-Strafverfolgungsbehörden zu koordinieren.

Europol unterstützt TAIEX (Technical Assistance and Information Exchange Instrument), ein Instrument der Europäischen Kommission für den Informationsaustausch und die technische Unterstützung. Seminare gestatten den Austausch von Kenntnissen und bewährten Verfahren zwischen Strafverfolgungsbeamten und Staatsanwälten aus der EU und Nachbarländern. Zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug ist die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern entscheidend, da die Straftäter ihre durch kriminelle Handlungen erzielten Erlöse häufig außerhalb der Europäischen Union "waschen".

Operation Jacquo New

Hauptkriminalitätsbereich Mehrwertsteuerbetrug

Beteiligte Länder Belgien, Frankreich, Spanien, Vereinigtes Königreich

Beitrag von Europol

- Mehrere Mitgliedstaaten forderten für laufende strafrechtliche Ermittlungen im Zusammenhang mit Mehrwertsteuerbetrug beim Platinhandel operative Unterstützung sowie Unterstützung durch Analysen an.
- Die Analysen von Europol ergaben eindeutige Verbindungen zwischen den genannten beteiligten Ländern.
- Europol beteiligte sich außerdem an der gemeinsamen Ermittlungsgruppe.
- Frankreich bat um die Entsendung des mobile office von Europol, um die gewonnenen Daten vor Ort im Laufe der Operation zu prüfen und zu analysieren.
- Europol unterzog die bei den Durchsuchungen beschlagnahmten Dokumente zahlreichen Analysen. Dabei wurden Übereinstimmungen mit ähnlichen Ermittlungen sowie zwei neue Verbindungen zu einem der Hauptbetrugsverdächtigen im Zusammenhang mit Emissionsgutschriften aufgedeckt. Die Analyse der Beweise dauert noch an.

Gegenstand der Operation

Auf einer Sitzung bei Eurojust wurde die Bildung einer GEG mit Beteiligung von Belgien, Frankreich und Europol beschlossen.

Französische und belgische Ermittler identifizierten die mutmaßlichen Hauptverdächtigen im Zusammenhang mit dem Mehrwertsteuerbetrug und konzentrierten sich insbesondere auf ein belgisches Unternehmen, das mit Edelmetallen handelte und über Kunden im Vereinigten Königreich, Frankreich und Spanien verfügte.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

• Die französischen und belgischen Strafverfolgungsbeamten nahmen koordinierte Durchsuchungen vor und konnten dabei direkte Verbindungen zwischen sieben Personen und den Hauptverdächtigen der französischen Ermittlungen aufdecken.

3.9 Geldwäsche und Aufspüren von Vermögenswerten

Es deutet vieles darauf hin, dass es sich bei 70 % aller Straftaten um Delikte im Bereich der Beschaffungskriminalität³¹ handelt, die mit sehr hohen Erlösen verbunden sind. Daher lässt sich die Mehrheit der Fälle, die strafrechtlich untersucht werden, auf einen gemeinsamen Nenner reduzieren: ein finanzielles Motiv für die Verübung der Straftat. Durch die Nachverfolgung des Geldflusses können sich Spuren zu den Straftätern ergeben, ihre Komplizen verunsichert und möglicherweise sogar die durch Kriminalität erzielten Erlöse beschlagnahmt werden. Auf diese Weise kann die wirtschaftliche Basis krimineller Unternehmen geschwächt und vermieden werden, dass die Straftäter die illegal erzielten Erlöse in weitere kriminelle Handlungen investieren.

Europol unterstützt die Mitgliedstaaten durch ein dediziertes operatives Analyseprojekt bei der Prävention und Bekämpfung krimineller Geldwäscheaktivitäten, zu dem derzeit 25 EU-Mitgliedstaaten sowie Eurojust und Island Beiträge leisten. Im Rahmen des Projekts erhalten die Mitgliedstaaten Unterstützung durch die Analyse operativer Daten aus von den zuständigen Strafverfolgungsbehörden gefilterten Meldungen verdächtiger Transaktionen, Meldungen zu Fremdwährungstransaktionen und laufenden Ermittlungen im Zusammenhang mit Geldwäsche.

Bei den Analysen wird der inhärente Wert von finanzbezogenen Erkenntnissen, z.B. Meldungen verdächtiger Transaktionen, genutzt und mit Erkenntnissen aus laufenden Ermittlungen in Fällen von Geldwäsche und der grenzüberschreitenden Bewegung von Barmitteln kombiniert. Darüber hinaus bietet Europol horizontale Unterstützung für Spezialisten bei der Analyse von Finanzflüssen im Rahmen anderer laufender Europol-Projekte.

Tätigkeiten im Jahr 2011

Ungewöhnliche grenzüberschreitende Bewegungen großer Mengen von Barmitteln (USD)

Europol wurden Informationen über ungewöhnliche grenzüberschreitende Bewegungen großer US-Dollarbeträge entlang der Route Ukraine-Rumänien-Bulgarien-Türkei übermittelt. Im Laufe eines Zeitraums von zwei Jahren (März 2008-Juni 2010) wurden beim Zoll Bargeldbewegungen in Höhe von insgesamt etwa 200 Mio. US-Dollar angegeben. Auf Initiative der bulgarischen Behörden wurde im Jahr 2011 eine strategische Sitzung mit Beteiligung der rumänischen, türkischen und ukrainischen Behörden anberaumt, auf der u. a. die Kommunikationskanäle erörtert wurden. Außerdem erklärte sich die Ukraine bereit, Ermittlungen in der Angelegenheit einzuleiten.

Operation Spectre II: multinationale Operation im Zusammenhang mit Bargeldkurieren

Im November 2011 entsandte Europol das mobile Büro zur Unterstützung einer Operation mit dem Ziel der Beschlagnahmung bzw. Aufdeckung von Bargeld an Häfen und Grenzen des Vereinigten Königreichs, an der mehrere Behörden beteiligt waren. Europol bearbeitete im Laufe der Operation 271 Anfragen; dies führte zu Beschlagnahme in 19 Fällen und vier echten Übereinstimmungen. Insgesamt wurde im Laufe der Operation Bargeld im Wert von

_

³¹ UK Cabinet Office (britische Staatskanzlei), 2000.

418 136 GBP beschlagnahmt. Darüber hinaus wurden 1 412 722 GBP in bar sowie Silber, Schmuck und Khat aufgespürt.³²

Internationale-OK-Gruppierungen: Geldwäsche im Zusammenhang mit Erlösen aus dem Kokainhandel

Europol leistete horizontale Unterstützung für die GEG Playa in Form von dedizierten Finanzanalysen und verschiedenen Berichten zu operativen Analysen. Die internationalen Ermittlungen der GEG nahmen einige Zeit in Anspruch und führten zur Festnahme von zehn Verdächtigen, die einem internationalen Drogenhändlerring angehörten. Diese hatten ihre mit Kriminalität erzielten Erlöse in die Anschaffung von Privateigentum in Spanien und anderen Ländern investiert, z. B. Luxusfahrzeuge, Immobilien, Diskotheken und Sportboote. Um ihre Identität zu verschleiern, hatten die Mitglieder der kriminellen Gruppierung verschiedene Unternehmen gegründet. Europol erleichterte die Einziehung der Erträge aus den Straftaten außerdem durch Fachwissen und Ermittlungsunterstützung.

Umfangreicher Betrugsfall im Zusammenhang mit gemeinsamen Anlagesystemen nach dem Ponzi-Schema

Europol unterstützte eine umfangreiche, mehrere Gerichtsbarkeiten umfassende Ermittlung im Zusammenhang mit einem mutmaßlichen Betrugsfall, bei dem der Hauptverdächtige beschuldigt wurde, Privat- und Unternehmensanleger betrogen zu haben. Die Anleger hatten unter der Prämisse, dass ihnen erhebliche Rendite zugesichert wurde, hohe Geldbeträge zur Verfügung gestellt. Stattdessen nutzten die Hauptverdächtigen ein Netz von Bankkonten, um das Geld der Anleger auf ihre Privatkonten umzulenken.

Geldwäscheaktivitäten auf internationaler Ebene bestätigen die weltweite Anwendung traditioneller Methoden, wie Bargeldbewegungen mittels Geldkurieren sowie raffinierte Techniken, die dazu dienen, Off-Shore-Finanzinvestitionen unter dem Deckmantel anonymer Unternehmenstransaktionen durchzuführen. Aktuelle Fälle von Geldwäsche haben außerdem gezeigt, dass daran Fachleute, insbesondere aus anderen als den traditionellen Finanzsektoren beteiligt sind, die illegale Erlöse für gewerbliche Aktivitäten verwenden. OK-Gruppierungen investieren nach wie vor am häufigsten in Immobilien, gewerbliche Aktivitäten und Luxusgüter.

Die **Europol-Stelle für Erträge aus Straftaten (Europol Criminal Assets Bureau, ECAB)** unterstützt die Finanzermittler in den Mitgliedstaaten bei der weltweiten Nachverfolgung von durch Kriminalität erzielten Erlösen, wenn Vermögenswerte außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Ermittler versteckt wurden. Die Nachverfolgungsaktivitäten der ECAB stehen in erster Linie mit der Ermittlungsunterstützung von Europol in Zusammenhang.

Zu den anderen wichtigen Aspekten der Arbeit der ECAB zählt die Einrichtung von Vermögensabschöpfungsstellen in den Mitgliedstaaten, mit denen die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verbessert werden kann, und die Unterbringung des Sekretariats der EU-Initiative CARIN.

Camdener zwischenstaatliches Netz der Vermögensabschöpfungsstellen (Camden Assets Recovery Inter-Agency Network, CARIN)

Europol beherbergt das ständige Sekretariat des Camdener zwischenstaatlichen Netzes der Vermögensabschöpfungsstellen, eines informellen Netzes von Sachverständigen der Strafverfolgungs- und Justizbehörden im Bereich der Vermögensabschöpfung. Zu den registrierten Mitgliedern des CARIN zählen derzeit 49 Gerichtsbarkeiten, darunter die 27 EU-Mitgliedstaaten und neun internationale Organisationen.

_

³² Khat ist eine Pflanze, deren Blätter für eine Amphetamin-ähnliche Stimulationswirkung gekaut werden, die sich aus den aktiven Inhaltsstoffen Cathin und Cathinon ergibt. In den meisten EU-Ländern ist Khat verboten.

Jede Gerichtsbarkeit benennt je einen Ansprechpartner aus den Bereichen Strafverfolgung und Justiz, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu unterstützen und Vermögenswerte nachverfolgen, einfrieren, sicherstellen und beschlagnahmen zu können. Diese Ansprechpartner stehen bei allgemeinen Fragen zur Vermögensabschöpfung in ihrer jeweiligen Gerichtsbarkeit zur Verfügung und bieten über verfügbare legale Kanäle auch operative Unterstützung.

3.10 Mobile Gruppierungen der organisierten Kriminalität

Mobile Gruppierungen der organisierten Kriminalität (mobile OK-Gruppierungen) zeichnen sich bei ihren kriminellen Handlungen in verschiedenen Kriminalitätsbereichen durch ein hohes Maß an Flexibilität und Mobilität aus. Sie sind in erster Linie an Betrugsfällen und Beschaffungskriminalität beteiligt und begehen vorrangig Straftaten wie:

- (bewaffnete) Raubüberfälle;
- Einbrüche in Häuser und Unternehmen, Trickdiebstähle;
- · organisierter Laden- und Taschendiebstahl;
- Fracht- und Metalldiebstahl;
- gewalttätige Angriffe auf Werttransportunternehmen und an Geldautomaten;
- Diebstahl schwerer Maschinen von Baustellen;
- Diebstahl von Luxusfahrzeugen und LKW.

Mobile OK-Gruppierungen erschienen Ende der 1990er-Jahre bzw. zu Anfang des neuen Jahrtausends auf der Bildfläche. Damals stellte sich heraus, dass Gangs aus Ost- und Mitteleuropa verstärkt systematische Einbrüche in Häuser und Geschäfte, Raubüberfälle mithilfe eines "Rammfahrzeugs" und verschiedene Formen von Fahrzeugdiebstahl verübten. Ausgehend von ihren Modi Operandi ließ sich bereits damals darauf schließen, dass die gut organisierten Gangs systematisch vorgingen und in erster Linie an Bargeld und Waren interessiert waren, die sie über Hehler oder im Gebrauchthandel verkaufen konnten.³³

Die betreffenden kriminellen Vereinigungen versorgen die EU-Märkte mit Opfern von Menschenhandel³⁴ sowie gestohlenen oder illegalen Waren, darunter Drogen, und überführen die Erlöse dann in ihr Herkunftsland (innerhalb oder außerhalb der EU). In einigen Fällen übernehmen sie auch die endgültige Verbreitung der Waren. Die Anführer der meisten mobilen OK-Gruppierungen sowie ein erheblicher Teil ihrer Vermögenswerte befinden sich innerhalb der EU.

Zu den vorherrschenden mobilen OK-Gruppierungen zählen litauisch-, georgisch- und russischsprachige Vereinigungen.

OK-Gruppierungen aus Litauen sind in zahlreichen Mitgliedstaaten aktiv, darunter Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, den Niederlanden, Schweden, Spanien und dem Vereinigten Königreich. Diese Gruppierungen wurden bereits im OCTA 2011 als europaweite Priorität für die Arbeit von Europol ermittelt. Durch das Schwerpunktgebiet Nord-Ost³⁵ gelangen immer noch illegale Güter in die und aus der ehemaligen Sowjetunion, außerdem befindet sich dort der Ausgangspunkt für die Handlungen gewalttätiger Gruppierungen mit internationaler Reichweite, die in einer Vielzahl von Kriminalitätsbereichen aktiv sind. Die Gruppierungen aus Litauen sind an einer breiten Palette von Beschaffungskriminalität beteiligt und begehen außerdem Fahrzeugdiebstähle (eine neue

³³ Umgang mit Gruppierungen der organisierten Kriminalität ohne festen Wohnsitz: neue Herausforderungen; Veröffentlichung der belgischen Strafverfolgungsbehörden, 2010.

Trafficking in Human Beings, THB.

³⁵ Weitere Informationen enthält Anhang 1.

Tendenz hierbei ist LKW-Diebstahl), Raubüberfälle, Einbrüche, Taschendiebstähle und Betrugsdelikte. Darüber hinaus bestehen Verbindungen zum Drogenhandel aus dem Ursprungsland Lateinamerika über Westafrika sowie den Kriminalitätsschwerpunktgebieten Süd-West und Nord-West. Beim Heroinschmuggel aus Zentralasien nach Westeuropa arbeiten die litauischen OK-Gruppierungen mit kriminellen albanischsprachigen Vereinigungen zusammen.

Die litauischen OK-Gruppierungen spielen auch eine wichtige Rolle beim Schmuggel illegaler synthetischer Drogen nach Russland, Skandinavien und in die baltischen Staaten. Sie haben sich in der jüngeren Vergangenheit zu einem wichtigen Bindeglied in der Versorgungskette für Phenylaceton (Benzylmethylketon) entwickelt, das zur Amphetaminherstellung aus Russland in das Kriminalitätsschwerpunktgebiet Nord-West geschmuggelt wird. Genau wie bei den albanischsprachigen OK-Gruppierungen steigen mit den vergleichsweise hohen finanziellen Rücklagen der litauischen Vereinigungen ihre Rekrutierungs-, Bindungs-, Unterwanderungs- und Investitionskapazitäten.

Georgisch- und russischsprachige OK-Gruppierungen sind streng organisiert und werden von Untergruppierungen hierarchisch strukturierter Vereinigungen geleitet. Georgische OK-Gruppierungen sind in Belgien, Deutschland, Frankreich, Österreich, Spanien, der Tschechischen Republik sowie Russland und den USA aktiv. In mindestens einem Fall wurden die Aktivitäten einer Gruppierung, deren Mitglieder aus verschiedenen Teilen der ehemaligen Sowjetunion stammen, durch die Kenntnis der russischen Sprache erleichtert.

Kriminelle Gruppierungen aus Russland/Georgien haben u. a. mit Beschaffungskriminalität, illegaler Einwanderung, Fälschung von Ausweisdokumenten, Geldwäsche, Erpressung und Drogenhandel zu tun. Den georgischen Vereinigungen ist außerdem eine Beteiligung am Kokainschmuggel aus Südamerika nach Russland und in den Kaukasus zuzurechnen.

Erkenntnissen zufolge handelt es sich bei den Anführern mobiler Gruppierungen aus den GUS-Staaten³⁶, Tschetschenien und Georgien häufig um sogenannte *Wory w sakone* bzw. *Wory* (Diebe im Gesetz).³⁷ Die Mitglieder dieser Gruppierungen tragen durch Schutzgeldzahlungen und die Abgabe eines Teils ihrer Erlöse aus kriminellen Handlungen in die gemeinsame Kasse (*Abschtschjak*) des jeweiligen *Wor w sakone* bei – die *Wory* können also als eine Art Vermittler in der russischsprachigen OK-Szene betrachtet werden.

Die einflussreichsten *Wory* sind so vermögend, dass sie in strategischen Wirtschaftsbereichen wesentlichen Einfluss nehmen können. Durch Ermittlungen in der jüngsten Vergangenheit wurden beispielsweise Verbindungen zu bekannten eurasischen Energieunternehmen aufgedeckt. Die *Wory* nutzen diese Verbindungen für eine Kombination aus legalen und illegalen Tätigkeiten und gleichzeitig als Deckmantel der Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit gegenüber den beteiligten Personen und Aktivitäten. Es besteht der Verdacht, dass *Wory* Zugang zu legalen europäischen Wirtschaftskreisen haben; dieser Umstand ist zu überwachen und gegebenenfalls zu bekämpfen.

Im Zusammenhang mit diesem Bereich hat Europol EU-Mitgliedstaaten und Drittländer wie folgt unterstützt:

- Bereitstellung von operativen Analysen sowie strategischer und technischer Unterstützung für verschiedene Ermittlungen der EU-Mitgliedstaaten;
- · Abhaltung von operativen Sitzungen/Koordinierungssitzungen;

36 Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS): Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan.

_

Wory w sakone bzw. Wory (Diebe im Gesetz bzw. Diebe, die sich an das "Diebesgesetz", den "Kodex der Diebe", halten) sind Straftäter, die respektiert werden und über Autorität und eine hohe Stellung innerhalb der kriminellen Schattenwelt verfügen. Die Wory zählen zur Elite der organisierten Kriminalität in Russland. Sie gehören keiner bestimmten Gruppierung an, sondern fungieren vielmehr als Vermittler zwischen den verschiedenen Vereinigungen (z. B. Solntsevskaya, Ismailovskaya, Tambovskaya). Jede Vereinigung verfügt über einen Vertreter bei den Wory, und alle OK-Gruppierungen müssen sich den Entscheidungen der Wory beugen.

 Beteiligung am operativen Aktionsplan (Operational Action Plan, OAP) betreffend mobile OK-Gruppierungen zur Reduzierung der allgemeinen Kapazitäten dieser Gruppierungen für die Verübung krimineller Handlungen (COSI/EMPACT).

Operation Vigilant

Hauptkriminalitätsbereich Kraftfahrzeugkriminalität

Beteiligte Länder Belgien, Frankreich, Niederlande

Beitrag von Europol

- Europol entsandte sein mobile office und versorgte die an der Operation beteiligten niederländischen Strafverfolgungsbehörden³⁸ vor Ort mit Fachwissen.
- Darüber hinaus ermöglichte Europol die direkte Überprüfung der gesammelten Informationen mithilfe der Europol-Verbindungsbeamten.

Gegenstand der Operation

Europol unterstützte die Polizei von Rotterdam in den Niederlanden am Tag der Operation. Mit stationären Kameras zur automatischen Nummernschilderkennung (Automated Number Plate Recognition, ANPR) wurden 351 Fahrzeuge überprüft. Mehr als 100 Fahrzeuge wurden dann im Rahmen von polizeilichen Verkehrskontrollen überprüft.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- 5 Festnahmen
- 23 beschlagnahmte Fahrzeuge
- 41 Bußgelder verhängt 33 000 EUR eingezogen
- 24 verdächtige Dokumente untersucht.

Operation Oakleaf

Hauptkriminalitätsbereich Beschaffungskriminalität und Betrug

Beteiligte Länder Anfangs: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland,

Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Schweden, Tschechische Republik, Vereinigtes Königreich Später zusätzlich: Österreich, Portugal, Schweiz, Spanien,

USA; außerdem Unterstützung seitens Interpol

Beitrag von Europol

• Europol veranstaltete eine Koordinierungssitzung in Den Haag, damit die beteiligten Länder den koordinierten Ansatz für die Ermittlungen gegen diese Art von mobilen OK-Gruppierungen planen konnten.

• In verschiedenen Fällen leistete Europol Hilfestellung durch kurzfristige Ad-hoc-Analysen, die die Ermittler bei Überwachungsmaßnahmen nutzen konnten. Dank der schnellen Rückmeldungen konnten die Staatsanwälte die Verdächtigen in Untersuchungshaft behalten. Im Dezember 2011 unterstützte ein Analyst die französischen Behörden vor Ort in Paris bei der Eingabe von Daten in das Schengener Informationssystem.

³⁸ Steuerbehörde Rotterdam (Belastingdienst – Douanedistrict Rotterdam), niederländische Zollbehörde, Straßenverkehrsbehörde (Rijksdienst voor het Wegverkeer, RDW) und verschiedene Teams der Polizei Rotterdam-Rijnmond.

- Seit Ende 2010 fungiert Europol als Hauptsammelstelle für Erkenntnisse und Analysen im Zusammenhang mit der betreffenden Gruppierung. Mithilfe der bisherigen Analysen konnten sechs Hauptzielpersonen und ihre Komplizen ermittelt werden.
- Bisher wurden mehrere Erkenntnislücken ermittelt, mehr als 900 SIENA-Nachrichten verarbeitet und über 11 000 Einträge angelegt. Außerdem gehen weiterhin Beiträge ein, die verarbeitet und nachbereitet werden müssen.
- Auch das SCAN-Team von Europol unterstützte die Operation und übermittelte den Strafverfolgungsbehörden im Juli 2011 eine Ad-hoc-Bedrohungsmeldung. Diese Meldung enthielt eine Beschreibung des Modus Operandi der Straftäter und lieferte der allgemeinen Öffentlichkeit und den Strafverfolgungsbehörden Hinweise auf die reisebezogenen Straftaten der Mitglieder der Gruppierung. So konnten potenzielle Opfer gewarnt werden, die im Besitz von Rhinozeroshorn sind.
- Zusätzlich wurde Europolfür Erträge aus Straftaten im Zusammenhang mit den finanziellen Verhältnissen dieser Straftäter um Unterstützung gebeten.

Gegenstand der Operation

Die Operation Oakleaf begann im November 2010 auf Initiative Irlands. Im Mittelpunkt der Operation standen die Handlungen einer mobilen OK-Gruppierung irischen Ursprungs. Die betreffende Gruppierung wurde in erster Linie folgender Straftaten verdächtigt: Asphaltbetrug, Verbreitung nachgeahmter Erzeugnisse (z. B. Elektrowerkzeuge und Generatoren), organisierter Raub, Geldwäsche und Drogenhandel in zahlreichen EU-Ländern. Jüngsten Erkenntnissen zufolge haben die Straftäter mittlerweile auch damit begonnen, sich auf den Diebstahl von Rhinozeroshorn sowie den illegalen Handel damit zu spezialisieren, sodass Meldungen über Aktivitäten der Gruppierung inzwischen auch aus Nord- und Südamerika, Südafrika, China und Australien eingehen.

Im Rahmen ihrer kriminellen Unternehmungen gründet diese straff organisierte Gruppierung Unternehmen in ganz Europa, um ihre illegalen Handlungen augenscheinlich zu legalisieren und zu verschleiern. Die Mitglieder der OK-Gruppierung haben ihre illegalen und nicht angegebenen Einkünfte mittels Geldwäsche "bereinigt" und die Erlöse in Immobilien, neue Luxusfahrzeuge und andere Vermögenswerte in Irland investiert. Bisher liegen gegen neun Mitglieder der Gruppierung Steuerforderungen in Höhe von 9 Mio. EUR vor; mit weiteren ist zu rechnen.

Nachdem die Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten und Drittländer sich geeinigt hatten, dass ein koordiniertes Vorgehen gegen diese Gruppierung vonnöten ist, wurde im Jahr 2011 eine Sitzung bei Europol organisiert. Auf der Sitzung wurde deutlich, dass die Gruppierung für Dutzende von Bagatelldelikten in der gesamten EU verantwortlich ist und dass zur Unterbindung ihrer Aktivitäten ein gemeinsamer Ansatz verfolgt werden muss.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

• In ganz Europa wurden Dutzende Verdächtige festgenommen, nicht zuletzt dank der Sensibilisierung durch die Analyseberichte von Europol.

Operation Baia Mare

Hauptkriminalitätsbereich Kraftfahrzeugkriminalität

Beteiligte Länder Deutschland, Frankreich, Österreich, Rumänien, Ungarn

Beitrag von Europol

• Bei Europol wurde eine operative Sitzung mit Beteiligung von Europol und den betroffenen Mitgliedstaaten anberaumt.

 Verschiedene Erkenntnisbeiträge wurden an Europol übermittelt und die darauf basierenden Analysen führten zur Ermittlung der Hauptverdächtigen und ihres Modus Operandi.

Gegenstand der Operation

Im Rahmen einer von Eurojust unterstützten und koordinierten Operation gingen Polizei, Gendarmerie und Staatsanwaltschaft aus fünf Ländern gegen mehrere raffinierte kriminelle Netzwerke vor, die am Frachtdiebstahl auf Autobahnen in der EU beteiligt waren. Ziel der Operation war es insbesondere, OK-Gruppierungen aufzuhalten, die es auf LKW auf Parkplätzen abgesehen hatten, deren Fahrer schliefen.

Die Untersuchungen in dem Fall gingen von Frankreich aus, da Schätzungen zufolge zwischen 2010 und März 2011 in Frankreich mehr als 70 solcher Diebstähle verübt worden waren, die zu Verlusten in Höhe von etwa 3 Mio. EUR führten. Nach kurzer Zeit wurde der Fall von der lokalen Ebene auf die nationale³⁹ und schließlich auf die europäische Ebene ausgeweitet.

Die Ermittler deckten den Modus Operandi des kriminellen Netzwerks auf. Die Diebstähle hochwertiger Waren wurden von mehreren Teams in Frankreich verübt. Gelegentlich wurde Österreich als Durchgangsland genutzt. Die logistische Planung erfolgte in Deutschland, und dort befand sich auch ein Treffpunkt für den Tausch von LKW. Die Drahtzieher sowie das Lager für die gestohlenen Waren befanden sich in Ungarn. Die meisten Mitglieder der kriminellen Vereinigung stammten aus Rumänien.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Insgesamt wurden 22 mutmaßliche Straftäter festgenommen.
- Es wurden 13 europäische Haftbefehle ausgestellt.
- Bei etwa 20 Hausdurchsuchungen in den beteiligten Ländern konnte eine große Menge an Beweisen sowie Diebesgut sichergestellt werden.

Operation Caucase

Hauptkriminalitätsbereich Raubdelikte

Beteiligte Länder Frankreich

Beitrag von Europol

• Bereitstellung von Analysen und Unterstützung durch die Entsendung des mobile office für die Tage der Operation

• Aufdeckung von verschiedenen Verbindungen zu anderen in Frankreich aktiven Gruppierungen sowie zu Gruppierungen und *Wory w sakone³⁷*, die in anderen EU-Mitgliedstaaten operieren.

Gegenstand der Operation

Im Jahr 2011 wurde in Toulouse im Süden Frankreichs ein umfangreiches OK-Netzwerk aufgedeckt, dessen Mitglieder georgischer und armenischer Herkunft waren.⁴⁰

Auf nationaler Ebene wird dieser Fall in Frankreich von der französischen Gendarmerie Nationale (SR Limoges und französisches Zentralbüro zur Bekämpfung von mobiler Kriminalität [OCLDI, Office central de lutte contre la délinquance itinérante]) unter der Leitung der JIRS Bordeaux untersucht.

⁴⁰ Aufdeckung durch das französische Zentralbüro zur Bekämpfung von mobiler Kriminalität (OCLDI) der Gendarmerie Nationale und der Gendarmerie Midi-Pyrénées mit Unterstützung der Spezialeinheit für Terrorismusbekämpfung (Groupe d'Intervention de la Gendarmerie Nationale, GIGN).

Die Mitglieder des Netzwerks stehen in dem Verdacht, im Raum Toulouse mehr als 1 000 Straftaten verübt zu haben, in erster Linie Einbrüche und Diebstähle in Wohnhäusern und Geschäften. Das Diebesgut, z. B. Computer, Elektronikartikel und Luxuskleidung, wurde in Containern und LKW ins Ausland gebracht, während gestohlener Schmuck regelmäßig zum Verkauf nach Gewicht ins belgische Antwerpen geschickt wurde. Die kriminelle Gruppierung war auf verschiedenen Ebenen hierarchisch strukturiert (Einbrecher, Fahrer und Organisatoren) und wurde von mindestens einem *Wory*³⁷ koordiniert.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Bislang wurden 23 Verdächtige festgenommen.
- Mehrere Kilo Gold und Schmuck wurden beschlagnahmt.
- Der letzte Container mit Diebesgut konnte vor Verlassen des Hafens aufgehalten werden.
- Bei den Hausdurchsuchungen wurden zwei Verdächtige georgischer Herkunft aufgegriffen, deren Tätowierungen auf die Zugehörigkeit zu einer *Wory*-Gruppierung schließen ließen.

GEG Balcar

Hauptkriminalitätsbereich Kraftfahrzeugkriminalität

Beteiligte Länder Estland, Lettland, Litauen

Beitrag von Europol

- Europol und Eurojust unterstützen die Gemeinsame Ermittlungsgruppe.
- Europol hat außerdem mehrere operative Sitzungen organisiert und finanziert.
- Europol entsandte das mobile office und erstellte regelmäßig Analyseberichte.

Gegenstand der Operation

Im Mittelpunkt der Operation standen OK-Gruppierungen aus Litauen, die mutmaßlich am Diebstahl von Luxusfahrzeugen in Deutschland und den baltischen Staaten beteiligt waren. Im Jahr 2009 kam es in Estland zu einer Welle von Neuwagendiebstählen. Im Rahmen der Ermittlungen wurden Verbindungen nach Lettland und Litauen aufgedeckt. Im späteren Jahresverlauf wurde die erste "Brigade" in Estland festgenommen. Europol stieß im Jahr 2010 zur GEG und kurz darauf wurde eine weitere "Brigade" in Estland festgenommen. Die Ermittlungsdauer der GEG wurde verlängert und die Ermittlungen richten sich jetzt gegen eine der aktivsten OK-Gruppierungen in Litauen.

Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit

- Bisher wurden drei OK-Gruppierungen aufgedeckt.
- Einige der festgenommenen Mitglieder der aufgedeckten OK-Gruppierungen aus Litauen und Lettland wurden bereits verurteilt.
- Mehrere Mitglieder einer weiteren OK-Gruppierung wurden festgenommen und die Ermittler sammeln nun zusätzliche Beweise. Zu gegebener Zeit ist mit weiteren Festnahmen zu rechnen.

3.11 Kriminelle Motorradgangs

Die meisten Mitglieder von Motorradclubs in aller Welt sind gleichzeitig ganz normale Mitglieder der Gesellschaft. Ein geringer Prozentsatz hält sich jedoch nicht an das Gesetz oder gesellschaftliche Regeln. Die Betreffenden nennen sich selbst "Outlaws" (Gesetzlose) oder "Onepercenter" (auch "1%er", um die eigene Zugehörigkeit zu der kleinen Gruppe der Gesetzlosen zu unterstreichen). Häufig gehören sie kriminellen Motorradgangs (Outlaw

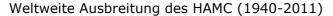
Motorcycle Gangs, OMCG) an und tragen als Erkennungszeichen auf ihren Jacken einen speziellen rautenförmigen Aufnäher mit der Aufschrift "1 %".

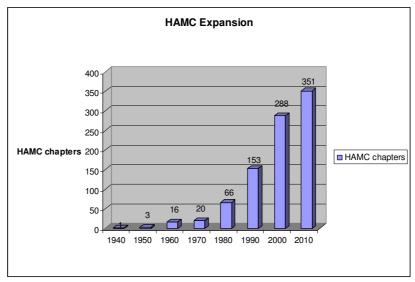
Das Europol Projekt "Monitor" dient der Vermeidung und Bekämpfung der gesetzeswidrigen Handlungen krimineller Motorradgangs wie dem Hells Angels Motorcycle Club (HAMC), der Bandidos oder der Outlaws und ähnlicher Clubs, die diese unterstützen, um der Bedrohung durch diese Gangs entgegenzuwirken. Das Projekt folgt einem multidisziplinären und horizontalen Ansatz und konzentriert sich eher auf die OK-Gruppierungen selbst, als ausschließlich auf die kriminelle Bedrohung, die von solchen Gruppierungen ausgeht. Dazu werden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Ermittlung der Strukturen und der Mitglieder von OMCG;
- Aufdeckung der Bedeutung neuer Phänomene innerhalb dieser Subkultur und Erkennung neuer Tendenzen durch strategische Analysen;
- Initiierung, Förderung und Koordinierung neuer operativer Aktivitäten durch operative Analysen;
- Unterstützung von Partnern im Bereich der Strafverfolgung bei der polizeilichen Überwachung von Großveranstaltungen von Motorradfahrern, z.B. dem HAMC (Hells Angels Motorcycle Club) World Run in Laconia (USA) im Jahr 2011, sowie andere operative Tätigkeiten durch die Entsendung des mobile office von Europol;
- Organisation von Schulungen zum Thema OMCGs in ganz Europa;
- hochrangige Unterstützung für leitende Strafverfolgungsbeamte sowie Justiz- und Regierungsbehörden;
- Unterstützung der Europäischen Sachverständigenplattform für Bandenkriminalität von Europol, die Strafverfolgungsbeamten, die mit der Bekämpfung von OMCGs, Straßengangs und ähnlichen Banden betraut sind, als einzigartige Umgebung für den Austausch von strategischen Informationen, bewährten Verfahren, Wissen und Erkenntnissen dient.

Die extrem gewalttätigen Auseinandersetzungen rivalisierender Clubs und Straßengangs der zweiten Generation stellen für die allgemeine Öffentlichkeit ein Sicherheitsrisiko dar und müssen daher unbedingt von Strafverfolgungsbehörden überwacht werden. Kriminelle Motorradgangs werden in der Mehrheit der 15 Länder, die sich am Projekt "Monitor" beteiligen, als nationale Bedrohung sowie als nationale Priorität im Bereich der Polizeiarbeit angesehen. Um seine Partner wirksamer zu unterstützen, hat Europol strategische und operative Prioritäten festgelegt, darunter die Untersuchung der Ausbreitung von OMCGs in weitere Regionen Europas sowie ihre Rekrutierungsbemühungen in der rechtsgerichteten Hooligan-Szene.

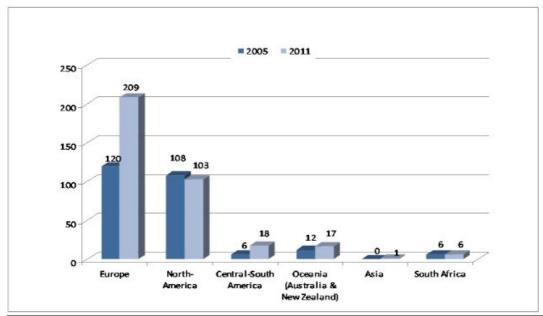
Anstieg der Mitgliederzahl des Hells Angels Motorcycle Club (HAMC)





HAMC Expansion	Ausbreitung des HAMC
HAMC chapter	HAMC-Chapter

Ausbreitung des HAMC nach Regionen (2005-2011)



Europe	Europa
North-America	Nordamerika
Central-South America	Mittel- und Südamerika
Oceania (Australia & New Zealand)	Ozeanien (Australien und
	Neuseeland)
Asia	Asien
South Africa	Südafrika

3.12 Terrorismus

Mehr als zehn Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York stellt der Terrorismus immer noch eine ernste Bedrohung für die Europäische Union dar. Extremistische und terroristische Gruppierungen wie Al-Qaida und andere sind in der EU aktiv und beeinflussen das Leben der Bürger Europas. Die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus zählt daher auch weiterhin zu den Schwerpunkten der EU und von Europol.

Europol unterstützt die Mitgliedstaaten durch folgende Instrumente und Dienste bei der Durchführung erfolgreicher Ermittlungen in diesem Bereich:

- Analysen und Analyseinstrumente, wie Berichte, Bewertungen der Bedrohungslage und Verbindungslücken in laufenden internationalen Ermittlungen;
- Informationsaustausch und Zugang zu den Datenbanken, Austauschsystemen und anderen Sachverständigenplattformen von Europol;
- Fachwissen durch das mobile office von Europol, das Vor-Ort-Unterstützung bietet;
- Erstellung des jährlichen Tendenz- und Lageberichts über den Terrorismus in der EU (TE-SAT) durch Europol, in dem grundlegende Daten und Fakten über terroristische Anschläge und Festnahmen sowie neue Tendenzen in der EU zusammengefasst werden.

3.12.1 Modus Operandi Monitor

Der sogenannte "Modus Operandi Monitor" bietet ein übergeordnetes Tätigkeitsmodell zur fortlaufenden Bewertung terroristischer Angriffe und/oder Ermittlungen, bei dem der Schwerpunkt auf bestimmten Elementen des Modus Operandi von Terroristen liegt. Besonders berücksichtigt wird dabei die Tatsache, dass das Ergebnis mit anderen Instrumenten für Erkenntnisse von Europol verknüpft ist und darauf abzielt, den relevanten Behörden der Mitgliedstaaten in Echtzeit Wissen und Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen.

3.12.2 First Response Network (FRN)

Das Ersthilfenetz von Europol bietet allen Mitgliedstaaten Hilfestellung, in denen größere terroristische Anschläge verübt werden, indem die nationalen Sachverständigen über eine internationale Plattform Verbindung zu Sachverständigen für die Terrorismusbekämpfung sowie Analysten im Bereich der Erkenntnisauswertung, u. a. von Europol, aufnehmen können. Europol stellt europäischen Partnern im Bereich der Strafverfolgung über diese Plattform seine einzigartigen Fähigkeiten zur Verfügung, z. B.:

- eine internationale Datenbank zu Terrorismusverdächtigen und Extremisten;
- die Möglichkeit zum Aufspüren der Terrorismusfinanzierung;
- eine operative Plattform zur Koordinierung umfangreicher internationaler Ermittlungsrichtungen.

In solchen Fällen wird das Team zur Gewährleistung eines effizienten Informationsaustauschs mit allen beteiligten Parteien das operative Europol-Zentrum nutzen. Neben der Bereitstellung von Unterstützung in Krisensituationen soll das FRN außerdem hochrangige Terrorismussachverständige strategisch beraten, wobei die Beratung genau auf den jeweiligen Modus Operandi eines Anschlags abgestimmt ist. Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist der entsetzliche Anschlag in Norwegen, bei dem der Attentäter eine Autobombe und Schusswaffen einsetzte. Unmittelbar nach der Tat im Juli 2011 aktivierte Europol das FRN⁴¹ zur Unterstützung der Ermittlungen.

⁴¹ In diesem Fall waren Vertreter aus Dänemark, Deutschland, Finnland, Griechenland, Norwegen, Polen, Schweden und dem Vereinigten Königreich am FRN beteiligt.

Im Anschluss an FRN-Workshops bei Europol wurde dem Rat "Justiz und Inneres" ein Bericht mit drei wesentlichen Empfehlungen für künftige Tätigkeiten übermittelt. Diese Empfehlungen wurden auf einer Sitzung hochrangiger Sachverständiger im Oktober 2011 gebilligt und bilden nun die maßgebliche Grundlage für die Schaffung einer virtuellen Taskforce für gewalttätigen Extremismus (Task Force on Violent Extremism):

- Es sollte eine virtuelle Taskforce für gewalttätigen Extremismus gebildet werden, dere maßgeblich Sachverständige aus den EU-Mitgliedstaaten angehören, deren Aufgabe es ist, die Umsetzung einer EU-weiten Strategie auf Grundlage eines erfolgreichen Projekts im Vereinigten Königreich (Projekt Guillemot) zu untersuchen und darüber Rückmeldung zu geben.
- Das Konzept der Europol-Initiative "Check the Web" sollte repliziert werden, um ein EU-Portal für den Austausch bewährter Verfahren, Analysen und Bewertungen in Verbindung mit der Nutzung des Internets durch Einzelpersonen und Gruppierungen bereitzustellen, denen rechtsextreme (extreme Right Wing, XRW) Aktivitäten zugeschrieben werden.
- Europol sollte eine vollständige EU-weite Bewertung der Bedrohung vornehmen, die von Einzelpersonen und/oder Gruppierungen ausgeht, die mit gewalttätigem Extremismus und/oder rechtsextremen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden.

3.12.3 Europäisches Netz für die Beseitigung von Explosivstoffen (EEODN)

Das Netz wurde eingerichtet, damit Sachverständnisse Kenntnisse über die Beseitigung von Explosivstoffen austauschen können. Es beteiligt sich an der Ermittlung bewährter Verfahren und organisiert gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten und Dritten Schulungen. Darüber hinaus hält es mit der Beseitigung von Explosivstoffen betraute Einheiten über die neuesten maßgeblichen Entwicklungen auf dem Laufenden. Das Netz steht allen Polizei-, Regierungsund Militäreinheiten offen, die mit Explosivstoffen zu tun haben. Im Jahr 2011 fanden in Ungarn und Polen zwei Konferenzen und zwei Schulungen zum Thema Beseitigung von Explosivstoffen (Explosive Ordnance Disposal, EOD) statt. Diese Tätigkeiten wurden von der Europäischen Kommission kofinanziert.

Zur Umsetzung einer der Maßnahmen im CBRN-Aktionsplan der EU wurde das EEODN-Protokoll geändert, um eine bessere Einbeziehung der $\mathsf{CBRN}^{42}\text{-}\mathsf{Gemeinschaft}$ zu gewährleisten. Aus diesem Grund soll das EEODN nun demselben ursprünglichen Zweck dienen, jedoch sowohl für die EOD- als auch für die CBRN-Gemeinschaft. Dies wurde auf der zweiten EEODN-Konferenz in Polen erörtert und vereinbart.

3.12.4 Europäisches Bombendatensystem (EBDS)

Das Europäische Bombendatensystem (EBDS) ist eine Plattform für den Austausch aktueller und relevanter Informationen und Erkenntnisse über Vorfälle mit Explosivstoffen, Brand- und Sprengvorrichtungen (IED, IID)⁴³ sowie chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Stoffen (CBRN-Stoffe). Das EBDS umfasst außerdem Datenbanken zu Vorfällen im Zusammenhang mit Explosivstoffen und CBRN-Stoffen sowie Bibliotheken und Foren für Sachverständige. Das im Oktober 2010 ins Leben gerufene Projekt wurde von der Europäischen Kommission kofinanziert und im November 2011 fertiggestellt. Nahezu alle EU-Mitgliedstaaten sind bereits an das System angeschlossen, das im Jahr 2011 einen starken Anstieg bei der Anzahl der neuen Nutzer sowie bei Aktivitäten und Beiträgen verzeichnen konnte.

⁴² CBRN-Stoffe (Chemical, Biological, Radiological and Nuclear materials – chemische, biologische, radiologische und nukleare Stoffe).

Behelfsmäßige Sprengvorrichtung (Improvised explosive device, IED); behelfsmäßige Brandvorrichtung (Improvised incendiary device, IID).

Anschläge auf IKEA-Filialen

Im September 2011 bat Europol nach Bombenanschlägen in europäischen IKEA-Filialen im Auftrag der belgischen und niederländischen Behörden um Informationen. Die Attentäter hatten behelfsmäßige Sprengvorrichtungen in IKEA-Filialen deponiert und dann das Geschäft fluchtartig verlassen. Die Detonationen der Vorrichtungen verursachten Personen- und Sachschäden.

Europol leistete Unterstützung in Fällen mit demselben Modus Operandi in Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und der Tschechischen Republik. Im Zusammenhang mit der Identifizierung der Hauptverdächtigen auf Grundlage von Aufnahmen der Überwachungskameras und Zeugenaussagen wurde die Öffentlichkeit um Hilfe gebeten.

Bei Europol fanden zwei operative Sitzungen unter Beteiligung einer steigenden Anzahl von Mitgliedstaaten statt (Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Polen, Schweden und Tschechische Republik sowie die Schweiz). Europol spielte bei diesem Fall eine zentrale Rolle, bei dem sich auch die Möglichkeit bot, die Zusammenarbeit mit den beteiligten Mitgliedstaaten im Bereich der Terrorismusbekämpfung weiter auszubauen.

Für den sicheren und rechtzeitigen Informationsaustausch in diesem Fall wurde das Europäische Bombendatensystem genutzt, was schließlich zur Identifizierung und Festnahme der Attentäter führte. Zum Zeitpunkt des letzten Anschlags in der Tschechischen Republik standen über das EBDS bereits alle verfügbaren Informationen über die verwendeten Vorrichtungen bereit.

Anschlag in Norwegen

Neben der Unterstützung, die die norwegischen Behörden nach dem Anschlag im Juli 2011 über das FRN erhielten, versorgte Europol die EU-Mitgliedstaaten auch mit aktuellen Informationen sowie einer ersten Bewertung des Vorfalls mit der gezündeten Autobombe und des Inhalts des Manifests, das der Attentäter vor dem Anschlag veröffentlicht hatte.

Das Potenzial und der Nutzen eines solchen Systems zeigen sich u. a. darin, dass diese Informationen, die bereits wenige Stunden nach dem Anschlag zusammengestellt wurden, den Nutzern des EBDS unmittelbar zugänglich gemacht wurden. Letztlich führten diese Ereignisse dazu, dass die norwegischen Behörden den Zugang zum EBDS anforderten und diesen auch erhielten.

In den Wochen nach dem Anschlag war Europol bei der Rekonstruktion der verwendeten Vorrichtungen zugegen und besuchte außerdem die verschiedenen Tatorte.

3.12.5 Seepiraterie

Seitdem sich die Seepiraterie zu einem schwerwiegenden Problem entwickelt hat, sind die Ausgaben der Schifffahrtindustrie aufgrund der höheren Versicherungsbeiträge, Sicherheitskosten und des durch längere Alternativrouten verursachten Anstiegs der Betriebskosten in schwindelerregende Höhen gestiegen.

Europol tauscht in enger Zusammenarbeit mit Interpol und mit der Unterstützung von zehn EU-Mitgliedstaaten und Eurojust Erkenntnisse über Seepiraterie aus. Die Rolle von Europol konzentriert sich auf die Identifizierung der wichtigsten Straftäter, der logistischen Ressourcen und der Finanzflüsse, die mit dieser kriminellen Handlung in Verbindung stehen. Erkenntnissen zufolge ist die Seepiraterie häufig mit anderen Handlungen der organisierten Kriminalität verbunden, wie dem Schmuggel von Menschen, Waffen und Drogen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in einer einstimmig angenommenen Resolution⁴⁴ alle 192 Mitgliedsländer dazu aufgerufen, zusammen mit Europol und Interpol kriminelle Netzwerke zu bekämpfen, die an der Seepiraterie vor der Küste Somalias beteiligt sind. Bei dieser Resolution handelte es sich um einen entscheidenden Schritt, da die internationalen Strafverfolgungsbehörden die kritische Verbindung zwischen Festnahmen im Rahmen militärischer Interventionen und der Ermittlung und Verfolgung von Seepiraten und zugehörigen kriminellen Netzwerken darstellen.

Europol unterstützt die Operation Atalanta $(EU-NAVFOR)^{45}$ zur Entwicklung einer Datenbank für alle relevanten Informationen über alle Fälle von Seepiraterie. In diesem Zusammenhang steht Europol in ständigem Kontakt mit Interpol, dem $NCIS^{46}$ und den beteiligten Mitgliedstaaten.

Im Jahr 2011 stellte Europol zwei gemeinsamen Ermittlungsgruppen im Zusammenhang mit Terrorismus, an denen mehrere Mitgliedstaaten beteiligt waren, Räumlichkeiten zur Verfügung.

3.12.6 "Check the Web"

Das Portal zur Europol-Initiative "Check the Web" gestattet den zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten den freiwilligen Austausch von Informationen über Internetaktivitäten islamistischer Terroristen über das sichere Europol-Netzwerk und die nationalen Europol-Stellen. Ziel des Portals ist die Schaffung von Synergien zwischen den Mitgliedstaaten durch die Analyse der genannten Aktivitäten. Im Jahr 2011 hat die Initiative "Check the Web"

- operative Unterstützung für sechs EU-Mitgliedstaaten geleistet;
- die laufenden Untersuchungen zu Inspire, einem englischsprachigen Online-Magazin, das Erkenntnissen zufolge von der Gruppierung AQAP (Al-Qaeda in the Arabian Peninsula, Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel) veröffentlicht wird, erleichtert;
- die Beteiligung von Australien und der Schweiz am Projekt und den zugehörigen AWF verzeichnen können.

Insgesamt verfügen mittlerweile 44 Kontaktstellen aus 24 Ländern über Zugang zu "Check the Web"; zehn EU-Mitgliedstaaten leisten aktiv Beiträge. Seit März 2011 ist die Menge der Datenbeiträge für "Check the Web" um 21 % gestiegen; davon entfallen 75 % auf die EU-Mitgliedstaaten.

Police Working Group on Terrorism (PWGT)

Im Jahr 2011 waren Europol und die niederländische KLPD (Korps Landelijke Politiediensten, Landespolizeikorps) gemeinsam Gastgeber der polizeilichen Arbeitsgruppe zum Thema Terrorismus (PWGT). Zum ersten Mal seit Gründung der PWGT wurde Europol gebeten, einen Überblick über die Lage im Zusammenhang mit den Beiträgen der beteiligten Dienststellen zu geben. Die ersten eingegangenen Rückmeldungen sind durchweg positiv.

Operation Munda der Greater Manchester Police im Vereinigten Königreich

Die Greater Manchester Police verlieh Europol im Jahr 2011 eine Auszeichnung verbunden mit ihrem Dank für die geleistete Unterstützung.

Gelobt wurde vor allem die Hilfestellung von Europol, als es darum ging, einen Fall vor Gericht zu bringen. Im Rahmen des erzielten Gerichtsverfahrens wurde der dschihadistische Rekrutierer Munir Farooqi zu einer Haftstrafe von viermal lebenslänglich verurteilt. Der 54-jährige ehemalige Taliban-Kämpfer rekrutierte von seinem Zeitungskiosk in einer Einkaufsstraße von Manchester aus potenzielle Kämpfer für den Einsatz gegen die britischen Truppen in Afghanistan. Durch verdeckte Ermittlungen der Greater Manchester Police

⁴⁴ Resolution 1950/2010 der Vereinten Nationen.

⁴⁵ Seestreitkräfte der Europäischen Union (European Union Naval Force): www.eunavfor.eu.

⁴⁶ United States Naval Criminal Investigative Service (Strafverfolgungsbehörde der US-Marine).

konnten rund 600 Stunden Gesprächsmaterial aufgezeichnet werden, in denen der Taliban-Rekrutierer von Angriffen auf britische Truppen sowie der Freilassung von Gefangenen sprach und die Namen von Ausbildungslagern nannte. Schwierigkeiten bereitete jedoch die Bewertung der Echtheit dieser Einzelheiten, sodass sich die Polizei des Vereinigten Königreichs hilfesuchend an Europol wandte.

Der Ansatz von Europol beinhaltete die Überprüfung der erhaltenen Informationen mit den verfügbaren Analyseinstrumenten, um operative Einzelheiten vergleichen zu können, u. a. in der Terrorism Event Database (Datenbank zu terroristischen Zwischenfällen) von Europol. Mithilfe der Analysen konnten einige wichtige Fakten bestätigt werden, beispielsweise dass bestimmte Ereignisse an den von Munir Farooqi genannten Orten und zu den genannten Zeitpunkten stattgefunden hatten. Auf Grundlage einer Zusammenfassung der Erkenntnisse von Europol konnte das Gericht die Ergebnisse der verdeckten Ermittlungen seitens der Greater Manchester Police beurteilen.

Gewalttätige Tierschutz-Extremisten

Bei einer gemeinsam von Europol und Eurojust organisierten Konferenz trafen 58 Sachverständige aus Strafverfolgungsbehörden und Staatsanwaltschaften sowie Vertreter von 35 Organisationen der Privatwirtschaft zusammen, um dieser Tendenz zugrundeliegende Aspekte zu erörtern.

Die steigende Gewaltbereitschaft unter Extremisten gab allen Konferenzteilnehmern Anlass zur Besorgnis; ein Beispiel ist der zunehmende Einsatz von IED und IID. Da nach Ansicht der Teilnehmer eindeutig die Notwendigkeit für einen umfassenderen Informationsaustausch besteht, damit sich die Behörden der Mitgliedstaaten ein klares Bild von aktuellen kriminellen Handlungen machen können, wurden im Rahmen der Konferenz Empfehlungen erarbeitet.

Künftige Entwicklungen

- Virtual Task Force on Violent Extremism (virtuelle Taskforce für gewalttätigen Extremismus);
- Portal zu gewalttätigem Extremismus;
- An der Einrichtung der nachstehenden Online-Plattformen für Sachverständige wird derzeit gearbeitet:
 - ◆ First Response Network (FRN);
 - ♦ CBRNE-Projekt für Bedrohungen durch chemische, biologische, radiologische, nukleare und explosive (behelfsmäßige) Stoffe;
- Unterstützung bei großen Sportveranstaltungen wie den Olympischen Spielen 2012 in London und der Fußballeuropameisterschaft UEFA EURO 2012 in Polen und der Ukraine;
- verbesserte Zusammenarbeit mit SitCen (Gemeinsames Lagezentrum der Europäischen Union, Joint Situation Centre) durch die Erarbeitung einer zukunftsorientierten beschränkten Bewertung. Entsprechend den Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung Verknüpfungen zwischen den internen und externen Aspekten Terrorismusbekämpfung⁴⁷ und Europol aufgefordert, "komplementär sind SitCen zusammenzuarbeiten, um die terroristische Bedrohung der EU umfassend zu analysieren, und dabei zu berücksichtigen, welche Arbeiten sie in diesem Bereich bereits leisten, und zu bedenken, dass das sich daraus ergebende Gesamtbild ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Gewährleistung einer effektiven Politikgestaltung ist".

⁴⁷ 11075/11, Brüssel, 6. Juni 2011 (vom Rat "Justiz und Inneres" angenommen am 9. Juni 2011).

3.12.7 Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP)

Im Anschluss an das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (Terrorist Finance Tracking Program, TFTP) am 1. August 2010 wurden Europol verschiedene Aufgaben übertragen. Zur Ausübung dieser neuen Zuständigkeiten hat Europol innerhalb seiner operativen Abteilung ein spezielles TFTP-Referat eingerichtet.

Die Spezialisten von Europol übernehmen drei unterschiedliche Aufgaben:

- 1. die Überprüfung von Ersuchen der Vereinigten Staaten um Finanzdaten von bezeichneten Anbietern (Artikel 4 des TFTP-Abkommens);
- 2. den Empfang von seitens des US-Finanzministeriums bereitgestellten Informationen ohne Ersuchen (Artikel 9 des TFTP-Abkommens);
- 3. als zuständiges Amt für Ersuchen der EU um TFTP-Suchabfragen gewährleistet Europol die enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und sorgt für einen integrierten Informationsaustausch zwischen Europol, den Mitgliedstaaten und Eurojust (Artikel 10 des TFTP-Abkommens).

Für die Bearbeitung von Ersuchen um TFTP-Suchabfragen hat Europol eine zentrale Anlaufstelle (Single Point Of Contact, SPOC) für die EU-Mitgliedstaaten und Eurojust eingerichtet.

Die bei Europol eingehenden Erkenntnisse werden unter strikter Beachtung der Anforderungen an die Verbreitung von Informationen einem Abgleich mit den Datenbanken von Europol unterzogen. Anschließend werden die Informationen mit der Zustimmung des Datenverantwortlichen an das US-Finanzministerium weitergeleitet, das die TFTP-Prüfungen vornimmt. Ziel dieser Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU ist es, die Finanzierung des Terrorismus zu ermitteln und aufzuspüren und sowohl Terroristen als auch die Terrorismusfinanzierung zu verfolgen. In diesem Zusammenhang ist Folgendes zu bemerken:

- Europol hat im Jahr 2011 zahlreiche Ersuchen um TFTP-Suchabfragen gemäß Artikel 10 des TFTP-Abkommens bearbeitet. Diese Ersuchen gingen von verschiedenen Mitgliedstaaten, aber auch von Europol selbst aus.
- Die Behörden der Mitgliedstaaten erhielten im Rahmen des TFTP Informationen, die wertvolle Erkenntnisse zur Förderung laufender Ermittlungen im Zusammenhang mit Terrorismus lieferten.
- Im Juli 2011 hat Europol zur Unterstützung Norwegens zusammen mit mehreren betroffenen EU-Mitgliedstaaten mehrfach um TFTP-Suchabfragen gemäß Artikel 10 ersucht. Diese Ersuchen standen im Zusammenhang mit dem Anschlag, bei dem der Täter zunächst in Oslo eine Autobombe zündete und später zahlreiche Menschen erschoss bzw. durch Schüsse verletzte. Im Rahmen der genannten Ersuchen gemäß Artikel 10 erhielten die norwegischen Behörden unmittelbar Unterstützung, und den betroffenen EU-Mitgliedstaaten wurden Informationen zur Verfügung gestellt.
- Das TFTP-Referat von Europol steht in engem Kontakt mit dem FRN-Team, sodass ein konstanter Informationsaustausch sichergestellt ist.
- Die im Rahmen des TFTP durch die USA bereitgestellten Informationen lieferten zahlreichen Ländern inner- und außerhalb der EU unmittelbare operative Unterstützung in Echtzeit.
- Europol übermittelte den EU-Mitgliedstaaten außerdem Informationen, die von den Vereinigten Staaten ohne Ersuchen bereitgestellt wurden. Diese Informationen und Antworten auf Ersuchen um TFTP-Suchabfragen gemäß Artikel 10 waren für die operativen Untersuchungen der Mitgliedstaaten von großem Nutzen. Aus ihnen ergaben sich neue operative Ermittlungsrichtungen für Länder inner- und außerhalb der EU.

4. Reichweite von Europol

4.1 Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten

Europol verfügt über eine rund um die Uhr verfügbare Echtzeitverbindung zu den nationalen Europol-Stellen in den 27 EU-Mitgliedstaaten. Dieser ständige Austausch von Kommunikation und kriminaltechnischen Daten wird durch die Verbindungsbüros am Sitz von Europol ermöglicht. Es handelt sich um eine entscheidende und wirksame Methode, um mit den etwa 2 Millionen Strafverfolgungsbeamten in der EU und insbesondere mit allen Ermittlern, deren Operationen von einer Unterstützung durch Europol profitieren könnten, in Kontakt zu bleiben und diese zu unterstützen.

Europol organisiert regelmäßig Sensibilisierungsveranstaltungen für EU-Strafverfolgungsbeamte, um ihre Kenntnisse über die Dienste von Europol zu verbessern, die ihnen bei grenzüberschreitenden Fällen von Nutzen sein könnten. Im Jahr 2011 haben mehr als 750 Strafverfolgungsbeamte an den sieben veranstalteten Seminaren teilgenommen. Die "Roadshows" von Europol haben zu einer Optimierung der Zusammenarbeit beigetragen und die Qualität und Quantität der ausgetauschten kriminalpolizeilichen Erkenntnisse verbessert.

Regionale Unterstützungsbeamte

Im Jahr 2011 wurde ein neues Konzept für regionale Unterstützung eingeführt. In diesem Zusammenhang wurden drei regionale Unterstützungsbeamte (Regional Support Officers, RSO) benannt, die den Dialog mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten stärken und den Überblick über die organisierte Kriminalität in ihren geografischen Zuständigkeitsbereichen – Westeuropa, Nordosteuropa bzw. Südosteuropa – wahren sollen.

Die ersten konstruktiven Ergebnisse, wie die Ermittlung neu aufkommender Bedrohungen in den Regionen, die tägliche Unterstützung von Schlüsselpartnern und die stetige Integration von Dritten in die Europol-Landschaft, zeugen von der wertvollen Arbeit, die die regionalen Unterstützungsbeamten leisten.

4.2 Externe Zusammenarbeit von Europol

Die Zusammenarbeit mit Europol ist sowohl für Strafverfolgungsbehörden inner- und außerhalb der EU als auch für andere Partneragenturen und -einrichtungen in der EU entscheidend. Europol arbeitet zurzeit mit 18 Nicht-EU-Ländern⁴⁸, 9 EU-Einrichtungen und -Agenturen⁴⁹ sowie drei weiteren internationalen Organisationen⁵⁰, darunter Interpol, zusammen – dies zeigt sich in vielen Aspekten der operativen Arbeit von Europol.

Der Informationsaustausch mit diesen Partnern erfolgt auf der Grundlage von Kooperationsabkommen. Zwei Arten von Abkommen sind maßgeblich für das Wesen der Zusammenarbeit: Im Rahmen strategischer Abkommen können beide Parteien mit Ausnahme personenbezogener Daten sämtliche Informationen austauschen, während operative Abkommen auch den Austausch personenbezogener Daten ermöglichen. Im Jahr 2011 wurden zwei neue operative Abkommen geschlossen – mit Monaco und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Albanien, Australien, Bosnien und Herzegowina, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kanada, Kolumbien, Kroatien, Island, Moldau, Monaco, Montenegro, Norwegen, Republik Serbien, Russland, Schweiz, Türkei, Ukraine, Vereinigte Staaten von Amerika.

Eurojust, Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), Europäische Zentralbank, Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), Europäische Kommission, Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD), Gemeinsames Lagezentrum der EU (SitCen), Europäische Polizeiakademie (CEPOL) und Frontex.

Interpol, United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC, Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung) und Weltzollorganisation (World Customs Organization, WCO).

Europol hat die enge Zusammenarbeit mit anderen EU-Agenturen und -Organisationen, die im Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts aktiv sind, wie in den vergangenen Jahren fortgesetzt. Im Jahr 2011 hat Europol im Rahmen einer Reihe von Initiativen auf bilateraler Basis mit Partnern zusammengearbeitet.

Europäische Polizeiakademie (CEPOL)

- Europol und CEPOL haben Möglichkeiten für E-Learning erörtert und in enger Zusammenarbeit entsprechende Möglichkeiten erarbeitet. Thema des ersten E-Learning-Kurses bei CEPOL wird Europol selbst sein; das Amt hat daher wesentlich zu Format und Inhalten des Kurses beigetragen. Weitere E-Learning-Kurse zu Computerkriminalität und Schengen werden derzeit erarbeitet.
- Die beiden Agenturen arbeiten gemeinsam an einem Projekt zur Standardisierung des Wissensmanagements.
- Die Zusammenarbeit von Europol und CEPOL betraf auch die Entwicklung eines künftigen Lehrgangs über den neuen EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität.
- Europol hat eine Reihe externer Schulungsaktivitäten koordiniert, die mithilfe der verschiedenen Anwendungen des e-Net (elektronisches Netz) von Europol und CEPOL entwickelt wurden, z. B. die Police Knowledge Bases (polizeiliche Wissensdatenbanken) und das Lernmanagementsystem (LMS, Learning Management System).
- Im Rahmen des europäischen Austauschprogramms haben Europol und CEPOL gemeinsam das Programm für eine Studienwoche bei Europol für Strafverfolgungsbeamte aus den Mitgliedstaaten ausgearbeitet. Aufgrund der großen Nachfrage wurden im Jahr 2011 drei Kurse abgehalten, und für 2012 sind zwei weitere Studienwochen geplant.

Eurojust

- Europol hat 2011 an zwei Drittel aller Koordinierungssitzungen bei Eurojust teilgenommen. Bei einer großen Anzahl dieser Sitzungen ging es um die Einrichtung gemeinsamer Ermittlungsgruppen.
- Europol steht in regelmäßigem Kontakt mit dem GEG-Sekretariat bei Eurojust und wird sich auch weiterhin an der Organisation der jährlichen Sitzungen der nationalen GEG-Sachverständigen beteiligen.
- Im Bereich der GEG-bezogenen Aus- und Weiterbildung verbindet die beiden Agenturen eine fruchtbare Zusammenarbeit.
- Europol unterstützt Eurojust derzeit im Rahmen von unterzeichneten Vereinbarungen bei 17 GEG.
- Zur Überwachung und Verbesserung der Zusammenarbeit der beiden Agenturen ist eine gemeinsame Taskforce vorgesehen.
- Es wurde ein Austauschprogramm für Mitarbeiter ins Leben gerufen, das im Jahr 2012 weiter ausgebaut werden soll (der Personalaustausch soll monatlich erfolgen).

Frontex

Europol hat eine Reihe von Operationen unterstützt, die von Frontex koordiniert wurden. Der neue Rechtsrahmen von Frontex trat am 12. Dezember 2011 in Kraft und verleiht der Agentur eingeschränkte Rechte zur Verarbeitung personenbezogener Daten. Es wird daher davon ausgegangen, dass die Zahl der gemeinsamen Operationen in Zukunft steigen wird. Es wurde eine Sachverständigengruppe eingerichtet, die Geschäftsprozesse und -verfahren für den künftigen Austausch personenbezogener Daten erarbeiten soll.

Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)

Derzeit beraten das OLAF und Europol über die Einrichtung einer sicheren Kommunikationsleitung und eine operative Arbeitsvereinbarung. Europol hat Beiträge und

Unterstützung für Operationen des OLAF geleistet; darüber hinaus haben Europol, das OLAF und die Europäische Zentralbank (EZB) im November 2011 gemeinsam die 2. Internationale Konferenz zum Schutz des Euro gegen Fälschung (Euro-Konferenz 2011) ausgerichtet.

Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD)

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht kooperiert mit Europol in einer Reihe von Bereichen, nicht zuletzt in Bezug auf den EU-Pakt zur Bekämpfung synthetischer Drogen der polnischen Ratspräsidentschaft. Europol und die EBDD haben außerdem gemeinsame Veröffentlichungen⁵¹ erarbeitet. Das dritte Dokument dieser Art – zum Thema Amphetamine – soll im Jahr 2012 veröffentlicht werden.

Interpol

Interpol und Europol haben ihre enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität durch die Einrichtung einer sicheren Kommunikationsleitung zwischen den Organisationen sowie durch die Billigung eines gemeinsamen operativen Aktionsplans zu wichtigen Sicherheitsbereichen ausgebaut. Gemäß der unterzeichneten Vereinbarung verbindet die Kommunikationsleitung die sicheren Netzwerke der beiden Agenturen. Sie wird den Austausch operativer und strategischer kriminalpolizeilicher Informationen erleichtern. In diesem Zusammenhang sollen die jeweiligen Verbindungsbeamten bei Interpol in Lyon bzw. bei Europol in Den Haag den Austausch der Erkenntnisse zwischen den Agenturen fördern.

4.3 European Police Chiefs Convention

An seinem neuen Sitz in Den Haag hat Europol am 30. Juni/1. Juli 2011 die erste Tagung der europäischen Polizeichefs (European Police Chiefs Convention, EPCC) veranstaltet.

Bei der Veranstaltung kamen knapp 300 Polizeichefs, leitende Strafverfolgungsbeamte und Wissenschaftler zusammen, um Möglichkeiten der Bekämpfung und Vermeidung von schwerer organisierter Kriminalität und Terrorismus in Europa zu erörtern.

Die zur Konferenz entsandten Delegierten beteiligten sich an hochrangigen Diskussionen und Arbeitsgruppen und tauschten sich in diesem Rahmen über Veränderungen im Bereich der organisierten Kriminalität und die steigende Flexibilität und Dynamik aus. Nach der Ermittlung von Aspekten, die allen Teilnehmern Anlass zur Besorgnis geben, wurden gemeinsame Schlussfolgerungen und Leitlinien für künftige politische Strategien formuliert und den EU-Ministern für Justiz und Inneres vorgelegt.

Der Rede von Europol-Direktor Rob Wainwright am letzten Tag der Konferenz wohnten u. a. die Europäische Kommissarin für Inneres Cecilia Malmström und der Generalsekretär von Interpol Ronald Noble bei. Wainwright machte auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam, das strategische Verständnis der Herausforderungen zu verbessern, die von organisierter Kriminalität und Terrorismus ausgehen, und innovative und wirksamere Reaktionen darauf zu entwickeln. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Konferenz wurden in einem im Anschluss veröffentlichten Bericht zusammengefasst.⁵²

Die zweite European Police Chiefs Convention wird im Mai 2012 stattfinden.

⁵¹ Auf der Website von Europol zum Herunterladen verfügbar.

⁵² Auf der Website von Europol zum Herunterladen verfügbar.

5. Ausblick auf künftige Zielsetzungen

5.1 Strategie und Ziele

Die bereits im Europol-Jahresbericht 2010 dargestellte Strategie und die Ziele von Europol werden auch weiterhin als Bezugsrahmen für das Tagesgeschäft dienen, um die optimale Unterstützung für die Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung in der EU zu gewährleisten.

Im Rahmen seiner ehrgeizigen Strategie wird sich Europol mit den wichtigsten künftigen Herausforderungen beschäftigen, aber auch alle sich bietenden Gelegenheiten für Fortschritte nutzen und messbare Vorteile liefern. Europol orientiert sich auf dem geplanten Weg zur Umsetzung seiner Hauptziele bei der Strategie, indem in drei Hauptbereichen eine Reihe einzigartiger operativer Dienste für die EU bereitgestellt wird:

· Stellung als wichtigstes EU-Zentrum zur Unterstützung strafrechtlicher Ermittlungen

Die Bemühungen zur Maximierung des operativen Nutzens der Informationen, die Europol zur Verfügung stehen, sowie zur effizienteren Bereitstellung von Analysen und anderen operativen Diensten werden verstärkt. Europol übernimmt eine Führungsrolle bei der Verwirklichung einer wirksameren Zusammenarbeit zwischen den Agenturen und Partnern im Bereich der Strafverfolgung, darunter Eurojust und Interpol.

Entwicklung zur Drehscheibe für kriminalpolizeiliche Informationen der Europäischen Union

Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Feststellung allgemeiner Informationslücken und Schwerpunkte für Ermittlungen ist von grundlegender Bedeutung und wird verstärkt. Die speziellen Fähigkeiten von Europol bieten die Gelegenheit, in seiner Rolle als Informationszentrale in der EU zu wachsen, um diese Probleme anzugehen und eine Informationsplattform einzurichten, die eine wirksamere operative Reaktion auf bedeutende Sicherheitsbedrohungen ermöglichen kann. Durch die Weiterentwicklung des Informationssystems SIENA (Secure Information Exchange Network Application) wird Europol im Bereich der Strafverfolgung stärker an die vorderste Front rücken.

Weiterentwicklung zum EU-Kompetenzzentrum für die Strafverfolgung

Europol ist Vorreiter beim Einsatz neuer Techniken auf der Grundlage von Innovationen und bewährten Praktiken, bei der Erleichterung des Austauschs von Kenntnissen und auch bei der Veranstaltung hochwertiger Schulungen in Spezialbereichen, wie Euro-Fälschung, Terrorismus und Aufdeckung von Drogenlabors.

Wissens- und Kompetenzlücken werden durch die Erarbeitung und Verbreitung bewährter Praktiken geschlossen; darüber hinaus bietet Europol den Mitgliedstaaten Hilfestellung durch Unterstützung, Beratung und Forschung in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, technische Unterstützung, Prävention von Straftaten, kriminaltechnische und forensische Methoden und Analysen sowie Ermittlungsverfahren.

5.2 Ausblick

Europol hat auf EU-Ebene durch den Vertrag von Lissabon, seinen neuen Rechtsstatus (Europol-Ratsbeschluss) und seine eigene neue Strategie sowie seine verbesserten Fähigkeiten in den vergangenen Jahren eine wichtigere Stellung eingenommen. All diese Entwicklungen machen Europol zu einem wichtigen Kooperationspartner für die Strafverfolgungsbehörden der EU, der auch einen wesentlichen Beitrag zum Prozess der Entscheidungsfindung in der EU leistet.

Im Jahr 2011 hat der Verwaltungsrat von Europol einer einzigen Evaluierung der Umsetzung des Europol-Ratsbeschlusses sowie der Tätigkeiten von Europol zugestimmt. Diese Evaluierung erfolgt gemäß Artikel 37 Absatz 11 des Europol-Ratsbeschlusses⁵³, und die Ergebnisse dieser Evaluierung werden bei der Erstellung einer Folgenabschätzung der Europäischen Kommission vor der Erarbeitung ihres Vorschlags für die künftige Europol-Verordnung berücksichtigt werden. Der Verwaltungsrat hat einen Lenkungsausschuss bestimmt, dem der Vorsitzende des Verwaltungsrats sowie die Mitglieder des Verwaltungsrats aus Belgien, Deutschland, Portugal, Spanien, Ungarn und der Europäischen Kommission angehören. Der Direktor von Europol ist als Beobachter an den Arbeiten des Lenkungsausschusses beteiligt.

Im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens beauftragte der Verwaltungsrat RAND Europe mit der Durchführung der Evaluierung; ein entsprechender Vertrag wurde im August 2011 unterzeichnet. Für die Evaluierung werden Gespräche mit Europol-Mitarbeitern und maßgeblichen Interessenträgern geführt. Im November 2011 hat RAND Europe einen ersten Zwischenbericht vorgelegt, der endgültige Bericht wird im Juni 2012 erwartet. Der Verwaltungsrat wird die Ergebnisse der Evaluierung erörtern und anschließend der Europäischen Kommission seine Empfehlungen übermitteln.

Als führende Strafverfolgungsbehörde der EU ist Europol bestrebt, immer neue Gelegenheiten zu ermitteln, um die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus effizienter zu gestalten. Neue Gelegenheiten dieser Art wurden bereits ermittelt und bedingen

- die Schaffung der Voraussetzungen für wirksamere Ermittlungen im Bereich der Computerkriminalität mit Unterstützung durch zentrale Kenntnisse und Ressourcen der EU;
- eine bessere Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor, um Kenntnisse über Themen wie Computerkriminalität, Geldwäsche und Kriminalität im Zusammenhang mit geistigem Eigentum optimaler nutzen zu können.

Gegen Ende 2011 wurde auf einer Sitzung von Europol und des Ministeriums für Innere Sicherheit der Vereinigten Staaten (US Department of Homeland Security, DHS) ein gemeinsames Projekt zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus ins Leben gerufen. In Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten werden Europol und das DHS Informationen über Fallstudien austauschen, in denen es in erster Linie um verdächtige Verhaltensweisen und andere Indikatoren geht. Darüber hinaus sollen bewährte Verfahren erarbeitet werden, um der Radikalisierung von Terroristen entgegenzuwirken.

Ungeachtet neuer politischer Möglichkeiten bleibt der Hauptzweck von Europol die Unterstützung der europäischen Strafverfolgungsgemeinschaft, um Gruppierungen der schweren organisierten Kriminalität und des Terrorismus aufzuhalten und aufzudecken. Die Strafverfolgungsgemeinschaft als Ganzes muss weiterhin neue Strategien, Instrumente und

Artikel 37 Absatz 11 Europol-Ratsbeschluss: "Innerhalb von vier Jahren nach Beginn der Geltung dieses Beschlusses und danach alle vier Jahre gibt der Verwaltungsrat eine unabhängige externe Evaluierung der Durchführung dieses Beschlusses sowie der von Europol durchgeführten Tätigkeiten in Auftrag. Der Verwaltungsrat erteilt zu diesem Zweck ein besonderes Mandat. Der Evaluierungsbericht wird dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zugeleitet."

Taktiken erarbeiten, um mit den globalen Entwicklungen Schritt zu halten und den Straftätern einen Schritt voraus zu sein.

Angesichts der zunehmenden Raffinesse krimineller Handlungen wären lokale oder nationale Bemühungen, im Alleingang gegen die organisierte Kriminalität oder den internationalen Terrorismus vorzugehen, nur von mäßigem Erfolg gekrönt. Europol kann jedoch gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten und Partnerorganisationen bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit der EU eine immer bedeutendere Rolle spielen.

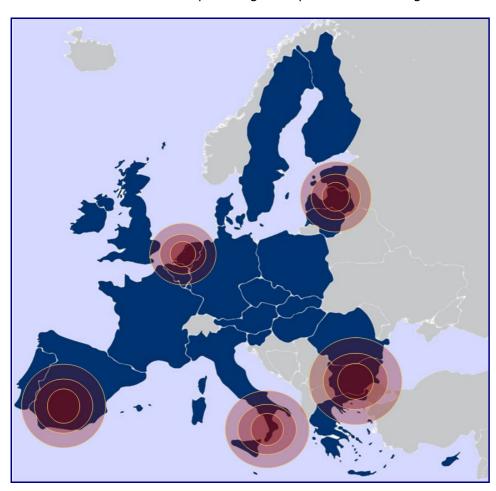
Eine gestärkte Europol-Behörde ist gleichbedeutend mit einer höheren Zahl von Ermittlungserfolgen und verbessertem Schutz für die EU-Bürger vor den Bedrohungen durch die schwere internationale Kriminalität und den Terrorismus.

Anhang 1

Kriminalitätsschwerpunktgebiete in der EU⁵⁴

Bei Kriminalitätsschwerpunktgebieten handelt es sich um Regionen von großer Bedeutung für die Logistik krimineller Gruppierungen, in denen illegale Ströme aus verschiedenen Quellen verzeichnet werden und deren Einfluss sich auf ganz Europa erstreckt. Derartige Schwerpunkte erleichtern nicht nur den Handel mit illegalen Waren, sondern auch die Formierung neuer krimineller Märkte, durch die sich für kriminelle Gruppierungen neue Möglichkeiten ergeben. Die nachstehenden Schwerpunktgebiete wurden auf Grundlage ihrer räumlichen Nähe zu großen Zielmärkten, der gewerblichen und verkehrstechnischen Infrastruktur, des Vorherrschens krimineller Gruppierungen sowie vorhandener Möglichkeiten der Migration von Kriminalität ermittelt:

- Nord-West Schwerpunktregion: Niederlande und Belgien
- **Nord-Ost** Schwerpunktregion: Litauen, Estland, Lettland und die Exklave Oblast Kaliningrad (Russische Föderation)
- Süd-Ost Schwerpunktregion: Bulgarien, Rumänien und Griechenland
- Süden Schwerpunktregion: Süditalien
- Süd-West Schwerpunktregion: Spanien und Portugal



⁵⁴ Es ist zu beachten, dass die Schwerpunktregionen, die den Radien auf der Karte entsprechen, nur als Annäherungen zu betrachten sind und nicht Städte oder Regionen mit einer hohen Anzahl krimineller Handlungen darstellen.